



16. Heft | 10. August 1911

EDMUND FISCHER · DIE DEUTSCHE GEWERBE- INSPEKTION

NICHT so sehr von der Beschaffenheit der Paragraphen der Arbeiterschutzgesetze als von den Einrichtungen zur Durchführung der Gesetze wird die Größe des Arbeiterschutzes eines Landes bestimmt. Die Gewerbeinspektion ist deshalb der wichtigste Teil des Arbeiterschutzes. Damit ist aber noch keineswegs gesagt, daß das Vorhandensein einer Gewerbeaufsicht, selbst wenn sie gut organisiert ist und von Beamten gebildet wird, die den Anforderungen entsprechen, eine Garantie für die Durchführung der Gesetze bietet. Denn ebenso wie ein jedes Gesetz ein toter Buchstabe und wirkungslos bleibt, das nicht von einem Volkswillen getragen wird, der für seine Anwendung Sorge trägt, so schwebt auch eine Gewerbeinspektion sozusagen in der Luft, die, losgelöst vom Ganzen, als polizeilich-bureaokratisch organisierter Apparat, ohne Mitwirkung derjenigen, für die das Gesetz bestimmt ist, lediglich kraft ihrer Polizeimacht die Durchführung der Gesetze erzwingen will. Ohne Mitwirkung des Volkes würden beispielsweise die Polizei und die Gerichte nur wenige Verbrechen und Gesetzesverletzungen aller Art verhindern oder, wenn sie bereits begangen sind, feststellen können. Nicht anders aber steht es mit der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze. Es ist unmöglich neben jeden Unternehmer einen Schutzmann oder Gewerbeinspektor zu stellen, der ihn täglich von früh bis abends überwacht. Wenn die Revisionen auch noch so oft erfolgen, es bleiben immer noch die meisten der 365 Tage des Jahres zur Übertretung der Gesetze übrig. Mit gelegentlichen Strafen allein erreicht überdies kein Gesetz sein Ziel. Daß das Kinderschutzgesetz vom 30. Mai 1903 nach 8jähriger Dauer immer noch nicht zur Durchführung gelangt ist, wie die Gewerbeinspektoren in ihren letzten Jahresberichten übereinstimmend festgestellt haben, liegt im wesentlichen daran, daß die Eltern der arbeitenden Kinder — ganz gleich, aus welchen Gründen — kein Interesse an der Durchführung des Gesetzes zeigen, ja sogar ihm entgegenwirken. Eine ständige und vollständige Kontrolle durch die Gewerbeaufsichtsbeamten ist aber eine Unmöglichkeit, und eine andere Aufsicht der einzeln oder in einer Familie beschäftigten Kinder besteht nicht.

Eine ständige und lückenlose Beaufsichtigung der Betriebe und eine Überwachung der Arbeiterschutzgesetze ist eben nur durch die zu verwirklichen, die ständig im Betrieb anwesend sind und zugleich ein Interesse an der Durchführung der Gesetze haben: Das sind die Arbeiter. Nur durch deren Mitwirkung — als eine Art Selbstverwaltung — kann der gesetzliche Arbeiterschutz restlos zur Durchführung gelangen. Mehr als es auf beiden Seiten wahrgenommen oder zugestanden wird erreicht deshalb auch die Gewerbeinspektion nur dann ihren Zweck, wenn die Kontrolle in Verbindung mit den Arbeitern und deren Organisationen ausgeübt wird. Daher ist auch in dem Maß wie sich in Deutschland ein solches Zusammenarbeiten entwickelt hat der tatsächliche Schutz der Arbeiter wirksamer geworden.

Nach der einseitigen und irrigen Auffassung, nach der sich die ganze Gesellschaft in zwei Klassen scheidet, in eine kapitalistische mit kapitalistischen Interessen und Anschauungen und eine proletarische mit proletarischen Interessen und Anschauungen, wäre der Staat nichts anderes als ein Instrument der Kapitalistenklasse, und seine Beamten infolgedessen nicht nur verpflichtet sondern auch von selbst dazu bereit lediglich im kapitalistischen Interesse zu wirken. Von Staatsbeamten könnten dann die Arbeiter niemals eine Wahrung ihrer Interessen erwarten, und sie hätten alle Ursache der Gewerbeinspektion unter allen Umständen mißtrauisch, wenn nicht feindselig gegenüberzustehen. Daß sich in eine solche einfache Formel der heutige Staat mit seinen Beamten und somit auch den Gewerbeinspektoren nicht einordnen läßt, daß eine solche Anschauung vielmehr grundfalsch ist, bestätigte August Bebel in seiner Besprechung der Berichte der österreichischen Gewerbeinspektion vom Jahr 1889: »Die Berichte zeigen, daß die Inspektoren bemüht sind den ihnen gestellten Aufgaben nach Kräften gerecht zu werden, daß sie fast überall als die eigentlichen Anwälte der Arbeiter sich betrachten und benehmen und aus diesem Grund auch in stetig steigendem Maß durch das Vertrauen der Arbeiter ausgezeichnet werden, wie das die wachsende Zahl der Anliegen und die immer häufigere Inanspruchnahme aus den Kreisen der Arbeiter zeigt.«¹⁾

Die Zahl der Arbeiter, die sich im Jahr 1889 an die Gewerbeinspektion in Österreich wandte, betrug 4348 gegen nur 1350 im Jahr vorher. Vom Bericht der österreichischen Gewerbeinspektion im Jahr 1892 sagt Dionys Zinner, er enthalte »eine Fülle belehrenden Materials über die österreichischen Arbeiterverhältnisse« und gewinne dadurch eine sozialpolitische Bedeutung, »die ihm einen hervorragenden Platz in der sozialpolitischen Literatur anweist«. Der Gerechtigkeitssinn mancher Aufsichtsbeamten habe »die Gewerbeinspektion zur beliebtesten, populärsten Behörde bei den Arbeitern gemacht«. Freilich habe sie sich auch »in fast dem selben Maß die Ungnade der Unternehmer zugezogen, die bei der Regierung wiederholt Maßregelungen von Gewerbeinspektoren durchzusetzen mußten.«²⁾ Aber alles ist doch beim alten geblieben: »Der Stolz der österreichischen Gewerbeinspektion, das Vertrauen der Arbeiter, ist ihr auch im Berichtsjahr erhalten geblieben.« Und es fand ein erfreuliches »Zusammenwirken von Arbeitern und Gewerbeinspektoren« statt.³⁾ Ein gleiches Urteil wurde damals in der *Neuen Zeit* über die Fabrikinspektion in der Schweiz in den Jahren 1890 und 1891 gefällt: Es heißt da:

1) Siehe Bebel *Die österreichische Gewerbeinspektion im Jahr 1889* in der *Neuen Zeit*, 1890-1891, 1. Band, pag. 721 ff.
 2) Siehe Zinner *Die österreichische Gewerbeinspektion im Jahr 1892* in der *Neuen Zeit*, 1892-1893, 2. Band, pag. 582.
 3) Siehe Zinner, loc. cit., pag. 588.

»Die Berichte zeigen . . . , daß die Inspektoren bemüht sind den ihnen gestellten Aufgaben nach Kräften gerecht zu werden, daß sie fast überall als die eigentlichen Anwälte der Arbeiter sich betrachten und benehmen.«⁴⁾

Die Schweiz und Österreich sind kapitalistische Gemeinwesen wie Deutschland, und die Gewerbeinspektoren sind dort wie hier staatliche Behörden. Ein Vergleich zeigt aber auch, daß die Berichte der österreichischen Gewerbeinspektoren heute noch im allgemeinen so beschaffen sind wie vor 20 Jahren; und ferner daß die heutigen Berichte der deutschen Gewerbeinspektoren kein geringeres sozialpolitisches Verständnis bekunden als die ihrer Kollegen in Österreich. Vor 20 Jahren war das freilich vielfach anders; aber die Kritiken lassen im ganzen recht deutlich eine Entwicklung der Gewerbeinspektionen auch in Deutschland erkennen.

Über die sächsische Gewerbeinspektion im Jahr 1892 sagte Dr. Max Quarck, nach außen trete sie »mit einigen Erfolgen bezüglich Intensität, aber nach innen ohne jeden namhaften Gewinn oder Fortschritt« auf.⁵⁾ Die Berichte von Württemberg hatten nur einen bescheidenen Inhalt, die von Bayern blieben ganz an der Oberfläche.⁶⁾ Aber in der gleichen Zeit vollzog sich auch bereits eine Wendung zum Bessern in Preußen. Hierüber schreibt Quarck, die unermüdliche Kritik an der preußischen Gewerbeinspektion seit Jahren trage bereits ihre Früchte. Es sei unverkennbar, daß die Berichte einen Fortschritt bedeuten. Das Personal sei um 32 Köpfe erhöht worden, und »frischeres, jüngeres Blut sei in die alte Institution gekommen; trotz aller Siebung hat man nicht verhindern können, daß neben die alten Gewerberäte Elemente eingerückt sind, die doch etwas von den sozialen Strömungen unserer Zeit abbekommen haben. Der badische Inspektor wird doch nunmehr nicht der einzige mehr sein, der dem Fabrikantentum die Wege weist.« Freilich ständen die Berichte aber immer noch »tief, tief unter demjenigen, was seit 20 Jahren hätte geleistet werden können.«⁷⁾ In Baden wirkte damals Wörishoffer, dessen Tätigkeit bekannt ist. Aber wie ein Reif sei es im Jahr 1893 auf die Frische gefallen, mit der die badische Fabrikinspektion unter Oberregierungsrat Dr. Wörishoffer seit Jahren für die Arbeiterinteressen eintrat. Die Unternehmervereinigungen von Mannheim und Pforzheim machten der Inspektion das Leben sauer. Auf das preußische Niveau sei sie freilich nicht gesunken.

»Daß die Fabrikinspektion im heutigen kapitalistischen Staat keine Berge umreißen kann, und daß auch der beste deutsche Aufsichtsbeamte mit den Unternehmerinteressen rechnen muß, ist selbstverständlich.«⁸⁾

Trotzdem ging es vorwärts. Im Jahr 1895 zeigte die Fabrikinspektion in Süddeutschland ein erfreuliches Außenbild, innerlich sei sie aber nicht besser als in Norddeutschland. Das habe seinen Ursprung in der bürgerlichen Gesetzgebung und Verwaltung sowie dem »fortgesetzten Einfluß dieser beiden kapitalistischen Machtfaktoren«.

⁴⁾ Siehe Schmid *Die schweizerische Fabrikinspektion in den Jahren 1890 und 1891 in der Neuen Zeit*, 1892-1893, 1. Band, pag. 540.

⁵⁾ Siehe Quarck *Sozialzustände und Gewerbeinspektion im Königreich Sachsen in der Neuen Zeit*, 1892-1893, 2. Band, pag. 85.

⁶⁾ Siehe Quarck *Die Ergebnisse der Gewerbeaufsicht in Bayern und Württemberg für 1892 in der Neuen Zeit*, 1892-1893, 2. Band, pag. 202.

⁷⁾ Siehe Quarck *Preußische Gewerbeinspektion im Jahr 1892 in der Neuen Zeit*, 1893-1894, 1. Band, pag. 276 ff.

⁸⁾ Siehe Quarck *Die badische Fabrikinspektion und die Unternehmer im Jahr 1893 in der Neuen Zeit*, 1893-1894, 2. Band, pag. 89.

»Erst das Vordringen der Arbeiter auch an diesen beiden Stellen wird allmählich grundsätzlichen Wandel schaffen helfen. Ansätze dazu sind schon vorhanden. Wenigstens kann man sagen, daß in Süddeutschland die Einwirkung der Arbeiter auf die Fabrikinspektion bereits auch innerlich eine Entwicklung der Aufsicht über die engen Grenzen der Harmonieduselei hinaus bewirkt hat, welche ihr durch die bundesrätlichen Dienstweisungsnormen von 1878 eigentlich vorgeschrieben waren.«⁹⁾ Im Verkehr mit den Arbeiterorganisationen speziell nehmen sämtliche Gewerbeinspektionen Süddeutschlands »einen korrekten Standpunkt ein.«¹⁰⁾ Auch Wurm konstatierte, daß die Arbeiter in Süddeutschland mehr Einfluß hätten als die in Norddeutschland, weshalb die Gewerbeaufsicht sich in Süddeutschland besser entwickelte als im Norden. In den süd- und mitteldeutschen Staaten bestehe eine Verbindung der Gewerbeaufsicht mit den Arbeiterorganisationen, in Baden bereits seit 1891, während in Preußen Herr von Berlepsch in einem Geheimerlaß vom 22. Januar 1896 es den Gewerbeaufsichtsbeamten verboten hatte mit den von den Arbeitern gegründeten Beschwerdekommisionen in Verbindung zu treten. Die Gewerbeaufsicht werde erst besser, wenn die Regierungen abhängiger von den Arbeitern werden,¹¹⁾ was demnach in Süddeutschland der Fall sein muß.

In Österreich ist nun allerdings vor 20 Jahren die Regierung nicht abhängiger von den Arbeitern gewesen als die Regierungen in Deutschland, und doch war damals die österreichische Gewerbeinspektion bereits vorzüglich, während noch 1892 auch Dr. Kuno Frankenstein sein Urteil über die deutsche Fabrikinspektion in die Worte des Altmeisters Goethe kleidete: »Das Unzulängliche, hier wird's Ereignis.«¹²⁾

Gestaltung, Wirksamkeit und Entwicklung der Gewerbeinspektion sind also noch von anderen Faktoren abhängig als allein von dem Einfluß der Arbeiter auf die Gesetzgebung und die Regierung. Die österreichische Gewerbeinspektion erlangte ihre Bedeutung durch das Vertrauen, das sie bei den Arbeitern genießt, und das dadurch ermöglichte Zusammenwirken von staatlichen Behörden und Arbeitern. Dieses Vertrauen erwarben sich die österreichischen Inspektoren durch ihren sozialen Sinn, ihr Vorgehen gegen die die Gesetze verletzenden Unternehmer. Es kommt also auch sehr auf die persönliche Qualifikation der Beamten an, wofür ja Wörishoffer den besten Beweis geliefert hat. Und aus solchen Tatsachen heraus wird es auch klar, welche Bedeutung es für die soziale Entwicklung hat, wenn die sogenannten *Intellektuellen* und andere Kreise, die weder ein kapitalistisches Interesse haben noch zum Proletariat gehören, die aber die einflußreichen Stellen in der staatlichen Verwaltung einnehmen, für ein soziales oder sozialistisches Denken gewonnen werden, auch wenn sie den Klassenkampf verwerfen.

Die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung und das dadurch bewirkte Wachsen des sozialen Geistes im allgemeinen haben auch die deutsche Gewerbeinspektion auf eine höhere Stufe gehoben. Bereits im Jahr 1901 wurde der deutschen Gewerbeinspektion in der *Neuen Zeit* nur Anerkennung gezollt. Über den Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1900 schreibt Helene Simon:

»Die Berichte der Gewerbeinspektoren zählen bekanntlich zu den besten Quellen des

⁹⁾ Siehe Quarek *Die Fabrikinspektion in Süddeutschland während des Jahres 1895* in der *Neuen Zeit*, 1895-1896, 2. Band, pag. 309 ff.

¹⁰⁾ Siehe Quarek, loc. cit., pag. 314.

¹¹⁾ Siehe Wurm *Die Gewerbeaufsicht im Deutschen Reich* in der *Neuen Zeit*, 1899-1900, 1. Band, pag. 598 ff.

¹²⁾ Siehe Frankenstein *Die deutsche Fabrikinspektion* | München 1892, pag. 72.

Einblicks in die gewerblichen Verhältnisse... Sein wesentliches Verdienst in diesem Jahr liegt wohl in der geschilderten vorurteilsfreien und nachdrücklichen Würdigung der Arbeiterpresse und -vereine für die Durchführung der Schutzgesetze.«¹²⁾ Den bayrischen Bericht nennt die Verfasserin »ein sehr unterrichtendes Quellenbuch. Es zeigt, daß in mancher Hinsicht vieles besser geworden. Und nicht weniger deutlich und gewissenhaft, was zu tun bleibt.«¹³⁾ Dem hessischen Bericht wird ein freier Geist nachgerühmt, dem »der wachsende Verkehr sowohl mit den Arbeitern selbst als mit ihren Vertretern zu danken« sei.¹⁴⁾ Nur der sächsische Bericht zeigte eine Kühle gegen die Arbeiterorganisationen. Indessen dringe aber auch in Sachsen der »Geist der Zeit« durch.¹⁵⁾

Die Entwicklung ist auch aus diesen sehr vorsichtigen und schüchternen Urteilen deutlich erkennbar. Heute treten alle Gewerbeinspektoren mit den Organisationen oder Vertretern der Arbeiter in Verbindung, und mit Ausnahme der sächsischen zeugen alle Jahresberichte von einem sozialen Sinn, von einem Empfinden für die Arbeiter, von einer verständigen Beurteilung der gewerkschaftlichen Organisationen und Bestrebungen und einem hohen Ernst den Arbeiterschutz zur Durchführung zu bringen. In Sachsen liegt es auch nicht an den Aufsichtsbeamten, daß die Berichte so nichtssagend sind, sondern an den strengen Anweisungen der Regierung und der geheimrätlichen Redaktion der Berichte. Nach den Jahresberichten allein läßt sich aber auch kein Urteil über den Wert der Gewerbeinspektion fällen. Und wie vorsichtig die Statistik zur Beurteilung des Standes der Gewerbeinspektion verwandt werden muß, zeigt recht deutlich die vom *Internationalen Arbeitsamt* vorgenommene Zusammenstellung über die Gewerbeaufsicht in Europa.¹⁶⁾

Nach dieser außerordentlich interessanten Publikation haben zurzeit in Europa 22 Staaten Aufsichtswege über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze eingeführt. Nur Monako, San Marino, Griechenland, Montenegro und die Türkei haben noch keinen Gewerbeaufsichtsdienst. Nach Dänemark hat Deutschland die kleinsten Aufsichtsbezirke. Denn der Umfang der einzelnen Aufsichtsbezirke beträgt im Durchschnitt 2024 Quadratkilometer in Dänemark, 2372 in Deutschland, 2586 in Luxemburg, 2945 in Belgien. In allen übrigen Ländern sind die Aufsichtsbezirke durchschnittlich größer.

Was die Zahl der ausgeführten Revisionen betrifft, so stehen Großbritannien und Deutschland in erster Reihe. Die Zahl der Revisionen (ohne ärztliche Kontrollen) betrug in den Jahren 1905, 1906, 1907, 1908, 1909 in Großbritannien (ohne Bergwerksinspektion) 372 586, 382 284, 352 707, 361 424, 424 777. Im Deutschen Reich 1907, 1908 und 1909 (mit Einschluß der bergbehördlichen Revisionen) 229 177, 240 272 und 250 856. Österreich und Rußland weisen für 1909 nur 25 500 und 24 779 Revisionen auf, Frankreich in den Jahren 1906, 1907, 1908 und 1909 dagegen 178 007, 181 842, 192 148 und 200 623. Vergleichende Schlüsse lassen sich aus diesen Zahlen aber nicht

¹²⁾ Siehe Simon *Der Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1900* in der *Neuen Zeit*, 1900-1901, 2. Band, pag. 533 ff.

¹³⁾ Siehe Simon *Die Jahresberichte der bayrischen Fabrik- und Gewerbeinspektoren in der Neuen Zeit*, 1900-1901, 2. Band, pag. 368.

¹⁴⁾ Siehe Simon *Der Jahresbericht der hessischen Gewerbeinspektion für das Jahr 1900* in der *Neuen Zeit*, 1900-1901, 2. Band, pag. 596.

¹⁵⁾ Siehe Simon *Jahresberichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten in der Neuen Zeit*, 1900-1901, 2. Band, pag. 721.

¹⁶⁾ Siehe den Bericht des *Internationalen Arbeitsamts* / Jena 1911.

ziehen, weil die Zahl der gewerblichen Anlagen in allen Ländern verschieden, und auch die Revisionen nicht gleichwertig sind. In England schließt zum Beispiel die für Revisionen angegebene Ziffer auch amtliche persönliche Erkundigungen der Beamten in ungeschützten Betrieben ein. Deshalb können auch die Zahlen über das Verhältnis der ausgeführten Revisionen zu den revisionspflichtigen Anlagen kein richtiges Bild geben. Es entfielen auf je 100 revisionspflichtige Betriebe in Großbritannien 191, in Rußland 168, in Dänemark 150, in Norwegen 130, in der Schweiz 113, in Ungarn 95, im Deutschen Reich 77,9, in Österreich 63,5, in Italien 63, in Frankreich 37, in Finnland 33, in den Niederlanden 32, in Schweden 11 Revisionen.

Weit wichtiger für den Stand der Gewerbeaufsicht und die Intensität des Aufsichtsdienstes ist die Personalstärke. Die stärkste Besetzung (ohne Bergbehörden) weisen auf: das Deutsche Reich 543 Personen, Rußland 268, Großbritannien 200, Frankreich 139 und Österreich 107. In Großbritannien treten allerdings zu den 200 Fabrikinspektoren noch die Sanitätsinspektoren hinzu. Auf einen Beamten entfielen nun:

Land	Revisionen	Erwerbstätige der Industrie
Deutsches Reich	505,7	20730
Österreich	311,5	33828
Belgien	348,2	36113
Dänemark	663,8	11488
Spanien	351,2	50815
Finnland	435,3	55669
Frankreich	1 443,3	48394
Großbritannien	2 123,7	36187
Ungarn	190,5	21675
Italien	447,7	85485
Luxemburg	212,5	18375
Norwegen	350,5	127693
Niederlande	401,2	12756
Portugal	123,9	58020
Rußland	92,5	20884
Schweden	256,0	50163
Schweiz	935,1	77111

Aus diesen Zahlen ist nur ersichtlich, daß die Verhältnisse in allen Ländern verschieden liegen, die deutsche Fabrikinspektion quantitativ aber jedenfalls hinter keinem andern Land zurücksteht. Indes ist damit noch nicht viel gesagt; im wesentlichen kommt es natürlich auf die Qualität an, die sich nicht mit Zahlen messen sondern nur subjektiv beurteilen läßt.

Geschichte und Organisation der Gewerbeaufsicht weisen in den einzelnen deutschen Bundesstaaten auch große Verschiedenheiten auf, weshalb sich auch ihre Entwicklung verschiedenartig gestaltete. In Preußen hatte bereits das Gesetz vom 9. Februar 1849 Gewerberäte vorgesehen, die in allen Angelegenheiten zu hören waren, »bei denen es sich um Anordnungen handelt, welche in die Verhältnisse des Handwerks- und Fabrikbetriebs eingreifen«. Daß diese Gewerberäte mehr als ungenügend waren, bestätigte Handelsminister von der Heydt in einer Verfügung vom 22. Mai 1851, in der er sagte, daß »die Aufgabe, welche die Entwicklung der sozialen Verhältnisse der Staatsregierung stellt, von den Behörden nicht überall nach ihrer ganzen

Bedeutung erkannt und gewürdigt wird. Das preußische Gesetz vom 16. Mai 1853 sprach zum erstenmal von Fabrikinspektoren, und in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen und Arnsberg wurden 1854 solche Beamte auch angestellt, ohne irgendwelche Bedeutung zu erlangen. Auch die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 brachte noch keine einheitliche Regelung. Sachsen stellte auf Grund dieser Gewerbeordnung am 4. September 1872 4 Fabrik- und Kesselinspektoren an. Baden hat in seinem Gesetz vom 16. April 1870 Fabrikinspektoren vorgesehen. Württemberg kannte vor 1879 keine Fabrikinspektion. Erst durch die Gewebenovelle vom 17. Juli 1878 wurde die Fabrikinspektion in Deutschland im Jahr 1879 eine allgemeine Einrichtung. Die Novelle vom 1. Juni 1891 dehnte die Inspektion dann auf die gewerblichen Betriebe, das Handwerk und die Hausindustrie aus, soweit gewerbliche Arbeiter beschäftigt werden. Die alten Beamten, der alte Geist und die überlieferten Formen haben in Preußen und Sachsen die Entwicklung lange gehemmt. In Sachsen sind die Gewerbeinspektoren aber auch immer noch mit der Kesselinspektion belastet. Hinderlich sind der Gewerbeaufsicht in Deutschland auch die Bestimmungen der Dienstweisungen. Die Gewerbeordnung verleiht in § 139 b den Gewerbeaufsichtsbeamten alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörde; die Vorschriften des Bundesrats zur Ausführung dieser Paragraphen haben aber angeordnet, daß sie von dem Recht polizeiliche Straffestsetzungen zu treffen keinen Gebrauch machen sollen. Sie sollen durch sachverständige Beratung und »wohlwollende Vermittlung« die gesetzlichen Bestimmungen durchführen und sich eine Vertrauensstellung bei Arbeitgebern und Arbeitern gewinnen. Damit ist der Gewerbeinspektion das stärkste Mittel zur Durchführung der Gesetze genommen, und die Bundesratsverfügung erreicht nicht einmal ihren Zweck. Denn der Unternehmer, der auf Anzeige des Gewerbeinspektors bestraft wird, wird gegen diesen ebenso aufgebracht sein wie wenn er ihn selbst bestraft hätte. Auch hat dieses Verfahren viele unnötige Schreiberien und andere Unzuträglichkeiten zur Folge.

Was der deutschen Fabrikinspektion noch fehlt, ist ferner eine Vermehrung des Personals, obwohl, wie die eben mitgeteilte internationale Übersicht zeigt, Deutschland bereits verhältnismäßig mehr Gewerbeaufsichtsbeamte hat als alle anderen Länder. Nach dem Stand vom Jahr 1908 gab es im Deutschen Reich Gewerbeaufsichtsbeamte:

Land	Regierungs- und Gewerbe- räte	Ge- werbe- inspek- toren	Assistenten		Andere Hilfs- kräfte	insge- samt	Berg- auf- sichts- beamte
			männ- liche	weib- liche			
Preußen	40	151	80	5	—	276	70
Bayern	1	10	16	4	—	31	10
Sachsen	5	15	26	5	6	57	13
Württemberg	1	4	10	2	—	17	1
Baden	1	2	8	1	—	12	1
Deutsches Reich	49	219	157	27	26	475	115

Wie die internationale Übersicht zeigt, ist die Zahl der Beamten seit 1908 wieder um 68 Köpfe gewachsen. Weibliche Assistenten sind auch bereits in

allen Bundesstaaten vorhanden, wenn auch noch erst in ungenügender Anzahl. In Baden und Hamburg werden nur Frauen mit akademischer Bildung angestellt, in Preußen, Sachsen, Württemberg und Hessen wird keine Vorbildung von den Frauen verlangt. Nur Bayern, Württemberg und Baden haben bis jetzt auch vereinzelt Arbeiter als Assistenten angestellt. Preußen und Sachsen sträuben sich bisher dagegen.

Eine einheitliche und damit eine bessere Ausgestaltung der Gewerbeinspektion wäre von ihrer Unterstellung unter das Reich zu erwarten. Das Reichsamt bildet zwar die oberste Spitze der Gewerbeinspektion, aber die Beamten unterstehen den Ministerien der Bundesstaaten. Dadurch kommt es, daß der Reichstag zwar die Arbeiterschutzgesetze beschließt, aber selbst nicht die Macht zu ihrer Durchführung besitzt. Graf von Posadowsky hat diesem Mangel im Reichstag einmal dadurch einen Ausdruck gegeben, daß er Bebel auf eine Kritik erwiderte: »Aber mein lieber Herr Bebel, ich kann die besten Verordnungen erlassen, aber ich habe keine Macht sie durchzuführen.«

Auch die in der Gewerbeaufsicht tätigen Ärzte sind viel zu gering an Zahl. In Preußen sind die Inspektoren berechtigt Medizinalbeamte zur Unterstützung heranzuziehen. In Bayern ist seit 1909 ein Landesgewerbearzt als hygienischer Berater angestellt. In Württemberg ist ein Mitglied des Medizinalkollegiums mit dieser Aufgabe betraut. Baden aber, das einen einheitlichen Bezirk bildet, hat einen Arzt als Gewerbeinspektor angestellt.

Die deutsche Gewerbeinspektion bedarf also noch sehr des Ausbaus. Aber vieles kann auch ohne gesetzliche Reformen gebessert werden, und zwar durch ein stärkeres Zusammenarbeiten der Arbeiter mit den Beamten, wie es sich in Süddeutschland ganz erfreulich entwickelt hat. Der württembergische Oberamtmann Hugo Schäffer schreibt:

»Eine weitestliche, Ergänzung der Inspektionstätigkeit bilden für den Gewerbeinspektor die Mitteilungen, welche ihm die in den gewerblichen Betrieben beschäftigten Arbeiter selbst über die tatsächlichen Betriebsverhältnisse machen; denn bei den einzelnen Revisionen sieht der Beamte nur die Betriebsverhältnisse wie sie jeweils am Tag der Revision selbst vorliegen, und manche für die Beurteilung der Arbeiterverhältnisse wichtigen Dinge sind äußerlich überhaupt nicht wahrzunehmen.«¹⁹⁾

In Württemberg nimmt der Gewerbeinspektor an den Konferenzen der Vertrauenspersonen der Arbeiter teil, um die Beschwerden entgegenzunehmen. Fast überall treten heute die Beamten aber auch mit den Gewerkschafts- und Arbeitersekretären in Verbindung. Und wo dies nicht der Fall ist, liegt die Schuld zum Teil auch an den Arbeitern. Die Gewerbeinspektoren können sich heute der Mitwirkung der Arbeiter gar nicht mehr entziehen und keine Beschwerden unbeachtet lassen. Der Einfluß der Arbeiterorganisationen auf die Entwicklung der Gewerbeinspektion und auf die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze vollzieht sich aber auch noch auf andere Art, ohne direkten Verkehr mit den Aufsichtsbeamten. Wo starke und gut geleitete Organisationen bestehen, kann es der Unternehmer viel weniger wagen die Arbeiterschutzgesetze zu übertreten, und der Gewerbeinspektor erhält einen viel größeren Einfluß auf die Unternehmer. Und wenn heute noch jemand behaupten wollte, die Gewerbeinspektion habe in Deutschland bisher versagt, so wäre das in erster Linie ein vernichtendes Urteil über die Arbeiter und ihre Organisationen.

¹⁹⁾ Siehe Schäffer *Die württembergische Gewerbeinspektion* / Stuttgart 1906/, pag. 166

Davon kann auch nicht mehr die Rede sein, daß die deutsche Gewerbeinspektion ihrer Aufgabe nicht gerecht werde, soweit das bei ihrem jetzigen Stand in ihrer Macht liegt. Die Billigkeit verlangt anzuerkennen, daß im allgemeinen die heutigen Beamten ernstlich bemüht sind nicht nur den Gesetzen Anerkennung zu verschaffen sondern auch den Arbeiterschutz weiter zu entwickeln. Vor einigen Jahren hatte Dionys Zinner von der österreichischen Gewerbeinspektion gesagt:

»Gerne Notiz nehmen wir davon, daß der Zentralgewerbeinspektor als hauptsächlichsten *moralischen Erfolg* der 10 Jahre Fabrikinspektion die Erziehung der Unternehmer zur Achtung vor dem Gesetz und die Festigung ihres Rechtssinns bezeichnet.«¹⁹⁾ Soweit das in Österreich erreicht wurde, ist es in Deutschland sicher auch der Fall. Aber allein darauf beruht die Bedeutung der Gewerbeinspektion nicht. Landesgesetzlich kann bekanntlich der Wirkungskreis der Gewerbeinspektion erweitert werden. Ohne derartige Gesetze vollzieht sich jedoch die Erweiterung des Wirkungskreises nach verschiedenen Richtungen hin. Die besonderen Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbeamten über die Heimarbeit, die Frauenarbeit, die Kinderarbeit, die Arbeiterferien, das erste Frühstück der Arbeiter, über die Lage der Fabrikarbeiter usw. haben nicht nur ein sehr wertvolles Material herbeigeschafft sondern zweifellos auch direkte Wirkungen zur Verbesserung der Verhältnisse erzielt. Man braucht den direkten Einfluß der Gewerbeaufsichtsbeamten auf den Unternehmer nicht zu überschätzen, um dennoch zu erkennen, daß er nicht ohne Bedeutung ist. Die Begutachtung der Pläne neuer Fabrikbauten nennt Dr. Stephan Poerschke in seinem vor kurzem veröffentlichten sehr interessanten Buch über die Entwicklung der Gewerbeaufsicht in Deutschland mit Recht eine sehr wichtige Aufgabe der Gewerbeinspektion. Er schreibt:

»Es ist bei der Errichtung oder beim Umbau von Fabriken und Werkstätten von der größten Wichtigkeit, daß diejenigen Einrichtungen, welche zum Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit erforderlich sind, schon bei der Aufstellung der Pläne für den Neu- oder Umbau beziehungsweise bei der Bauausführung Berücksichtigung finden, da sie später oft gar nicht mehr oder nur mit erheblich größeren Kosten ausführbar sind.«²⁰⁾

Die Gewerbeaufsichtsbeamten setzen hierbei aber auch manche hygienische oder für den Arbeiterschutz sonst bedeutsame Einrichtung durch, die nicht vom Gesetz vorgeschrieben ist.

Auch die letzten Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten — mit Ausnahme der von Sachsen²¹⁾ — lassen den allgemeinen und großen Fortschritt erkennen, obwohl den Beamten vorgeschrieben ist sich aller Kritiken zu enthalten und rein referierend zu berichten. Die Stellungnahme der preußischen Beamten zur Kinderarbeit, zu den Gesundheitszuständen in den Fabriken, zur Verkürzung der Arbeitszeit, zu den Arbeiterferien, zu der Fortbildungsschule, auch für Mädchen, zu den Arbeiterorganisationen und deren Bestrebungen zeigen durchweg, daß auch sie sich als Anwälte der Arbeiter betrachten. Mehr noch kommt dies in den Berichten der bayrischen Beamten zum Ausdruck, die sich im letzten Jahr auch besonders mit der Lage der Arbeiter beschäftigt haben. Der Beamte von München rechtfertigt den Boykott der Arbeiter gegen die Milchpreiserhöhungen und lobt die Bildungsbestrebungen der organisierten Arbeiter. Gegen die Heimarbeit und Kinderarbeit tun die

¹⁹⁾ Siehe Zinner *Ein Jahrzehnt der österreichischen Gewerbeinspektion in der Neuen Zeit*, 1893-1894 2. Band, pag. 369.

²⁰⁾ Siehe Poerschke *Die Entwicklung der Gewerbeaufsicht in Deutschland* (Jena 1911), pag. 192.

²¹⁾ Die sächsischen Berichte über das Jahr 1910 liegen noch nicht vor.

Beamten ihr möglichstes. In Württemberg fand ein reger Verkehr mit den Arbeitern statt, und der Jahresbericht gibt auch ein Bild von dem Stand der Gewerkschaften. Der badische Bericht enthält als Anhang eine erneute Untersuchung über die Lage der Arbeiter in 35 Mannheimer Fabriken vom Regierungsrat Dr. Fröhlich. Vom Gewerbeinspektor Bittmann — der auch eine sehr umfangreiche Arbeit über die Hausindustrie in Baden verfaßt hat — wurden die interessanten Reiseberichte der badischen Arbeiter zur Weltausstellung in Brüssel herausgegeben.

Ein wesentlicher Fortschritt ist also als das Resultat des Einflusses der sozialistischen Arbeiterbewegung auf die Gesetzgebung und Verwaltung und des Eindringens des von ihr ausgehenden sozialen Geistes in die mit der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze betrauten Personen und Behörden zu verzeichnen.

XX
LUDWIG QUESSLER · DIE SOZIALISTISCHE PRODUKTIONSWEISE DER GEGENWART

UEBERHAUPT AUSEINANDERSETZUNGEN über die Frage, ob es einen Munizipalsozialismus überhaupt gibt, wie sie jüngst auf dem Parteitag der geeinigten französischen Sozialisten die Gemüter in so starke Erregung versetzten, können als neuer Beweis dafür dienen, in welchem Maß die sozialistischen Katastrophenpolitiker die Fähigkeit des klaren Denkens verloren haben. Dieser Mangel an Logik bei den sozialrevolutionären Rednern des Saint-Quentiner Parteitags, der sich übrigens auch ausnahmslos bei den Katastrophenpolitikern aller anderen Länder zeigt, ist wohl darauf zurückzuführen, daß ihre Vertreter gar nicht mehr in der Lage sind die sozialen Erscheinungen der Gegenwart einer unbefangenen Prüfung zu unterziehen, ohne mit ihrem Idol der sozialen Revolution in Widerspruch zu geraten. Darum erscheint ihnen auch jede unbefangene sozialökonomische Untersuchung, die nicht dazu beiträgt die Notwendigkeit der sozialen Revolution für die Emanzipation der Arbeiterklasse darzutun, zum mindesten als eine Ketzerei, die von Rechts wegen für ihren Urheber den Ausschluß aus der Partei nach sich ziehen müßte. Um den Widerspruch zwischen der sozialrevolutionären Illusion und der nüchternen Wirklichkeit nicht offenbar werden zu lassen, bleibt den bedauernswerten Katastrophenpolitikern nichts anderes übrig als vor den ökonomischen Erscheinungen, die ihren sozialen Hypothesen zuwiderlaufen, hartnäckig die Augen zu verschließen. Charakteristisch dafür ist das Verhalten der sozialrevolutionären Gruppe des französischen Sozialismus dem Staats- und Munizipalsozialismus gegenüber, das, wie ein gegen Genossen Dr. Lindemann gerichteter Artikel Pannekoeks, der in einigen sozialrevolutionär redigierten Parteiblättern Aufnahme gefunden hat, zeigt, auch unter den deutschen Katastrophenpolitikern Anklang zu finden scheint.

Die Existenz der zahlreichen staats- und munizipalsozialistischen Anstalten zu übersehen wäre freilich ein Stück, das selbst für die Katastrophenpolitiker nicht gut möglich ist. Sie würden der allgemeinen Lächerlichkeit verfallen, wenn sie alle jene Arbeiten und Dienste, die heute durch und für die Gemeinschaft errichtet werden, ignorieren wollten. Dieser Umstand zwingt sie dazu die staatlichen und munizipalen Regieren, deren Existenz sich doch nun einmal

nicht wegdisputieren läßt, ihres sozialistischen Charakters zu entkleiden. Was in Saint-Quentin der Reformist Milhaud, Professor der politischen Ökonomie an der Universität Genf, zutreffend als Staats- und Munizipalsozialismus bezeichnete, das wollten die Katastrophenpolitiker nur als staatlichen und munizipalen Kapitalismus oder bestenfalls als eine gute öffentliche Verwaltung gelten lassen. Dabei handelte es sich aber keineswegs nur um einen Wortstreit. Aus der ganzen Art, wie in Saint-Quentin diese Frage von der *sozialrevolutionären* Richtung behandelt wurde, trat greifbar die tötliche Angst der Katastrophenpolitiker vor dem Zugeständnis zutage, daß auch auf dem Boden der heutigen Ordnung, also ohne eine soziale Revolution, die sozialistische Produktionsweise sich ausbreiten könne. Im Grunde ist der verzweifelte Widerspruch der Jules Guesde und Compère-Morel gegen die Einsicht, daß die sozialistische Produktionsweise schon in der Gegenwart eine weite Ausdehnung gewonnen hat, auch leicht begreiflich; denn sie hat zur Folge, daß das ganze *sozialrevolutionäre* Phantasiegebilde platt zusammenfällt, wie ein Ballon, den man mit einem Messer schlitzt.

Es läßt sich nun freilich nicht bestreiten, daß selbst auf reformistischer Seite die Frage, ob das, was man seit langem als Staats- und Munizipalsozialismus zu bezeichnen pflegt, auch diesen Namen wirklich verdient, noch nicht näher untersucht worden ist. Im folgenden soll daher versucht werden einiges zur Klärung dieser Streitfrage beizutragen. Zunächst wird man gut tun sich Klarheit darüber zu verschaffen, worin denn eigentlich das Wesen, der Begriff der *sozialistischen Produktionsweise* besteht. Erst wenn man dies weiß, kann man entscheiden, ob diejenige Produktionsweise, die von uns bisher im Gegensatz zu der privatkapitalistischer Betriebe und Anstalten als *staats- und munizipal-sozialistische* bezeichnet wurde, auch die Bezeichnung *sozialistisch* mit Recht beanspruchen kann. Im Erfurter Programm wird uns gesagt, daß die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion die Befreiung des ganzen Menschengeschlechts herbeiführen wird; aber wir erfahren nicht, worin denn das Wesen dieser sozialistischen Produktionsweise, die solche herrlichen Wirkungen für die ganze Menschheit zeitigen soll, eigentlich besteht. Wenn wir nun unsere Zuflucht zu dem von K. Kautsky verfaßten Kommentar zum Erfurter Programm nehmen, so finden wir im 4. Abschnitt, der von dem *Zukunftsstaat* handelt, ein Kapitel von wenigen Seiten, das die Überschrift *Die sozialistische Produktion* trägt. Dort erfahren wir, daß sozialistische Produktion nichts anderes ist als »genossenschaftliche Produktion für den Selbstbedarf«. Um seinen Lesern eine konkrete Vorstellung zu geben, wie genossenschaftliche Produktionsweise, die als sozialistische angesprochen werden kann, aussehen muß, verweist K. Kautsky auf die mittelalterliche Hausgenossenschaft deutscher Bauern, deren Produktion für Selbstbedarf ausgeführt wurde mit selbsterzeugten Produktionsmitteln auf eigenem Grund und Boden unter Leitung einer gewählten Verwaltung. Merkwürdig ist dabei, daß K. Kautsky die mittelalterliche Hausgenossenschaft so schildert, als ob dort jeder nur produziert habe. Daß diese wie jede andere sozialistische Gemeinschaft der Vergangenheit auch zahlreicher Dienste bedurfte — ich erinnere nur an das Reinigen der Wohnung und Kleidung, an Kinder- und Krankenpflege — wird von ihm ganz übersehen. Wenn wir nun von dem K. Kautskyschen Beispiel aus-

gehend die Kennzeichen einer sozialistischen Produktionsweise festhalten wollen, kommen wir zu folgendem Resultat: Sozialistische Produktion liegt vor, wenn sich die Gütererzeugung in eigener Regie der Gemeinschaft vollzieht, die Produktionsmittel das Eigentum der Gemeinschaft sind und die Verrichtung der Arbeiten und Dienste den Zweck hat den Selbstbedarf der Gemeinschaft zu befriedigen. Sozialistische Produktionsweise ist also solche, die mit Produktionsmitteln, die der Gemeinschaft gehören, durch und für die Gemeinschaft vollzogen wird.

Mit Hilfe dieser Begriffsbestimmung haben wir nun zu untersuchen, ob die staatlichen und kommunalen Regieen, gleichviel ob sie Verkehrsanstalten darstellen, Güter erzeugen oder für die Gemeinschaft Dienste verrichten, sozialistisch sind. Die größte Bedeutung unter den Regieen haben zweifellos die öffentlichen Schulen und Bildungsanstalten. Haben diese nun einen sozialistischen Charakter? Zunächst steht fest, daß alle für den öffentlichen Unterricht benutzten Gebäude und Inventarien bis auf winzige Reste öffentliches, der Gemeinschaft gehörendes Eigentum sind. Ferner steht fest, daß die Dienste, die hier dem heranwachsenden Geschlecht geleistet werden, durch von der Gemeinschaft dazu bestimmte und zu diesem Zweck aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Personen verrichtet werden. Daß mit diesen Diensten kein Streben noch Gewinn verbunden ist, sondern daß ihr Zweck ist das Bildungsbedürfnis der Gemeinschaft zu befriedigen kann auch nicht bestritten werden. Von einer sozialistischen Produktionsweise kann hier freilich nicht gesprochen werden, weil auf die Erzeugung immaterieller Güter, die der Unterricht hervorbringt, die Bezeichnung *produzieren* nicht anwendbar ist. Dennoch liegt der sozialistische Charakter des modernen öffentlichen Unterrichts klar zutage. Wenn heute ein sozialistisches Regime wie ein Dieb in der Nacht plötzlich auftauchen würde, so hätte dies an den Grundlagen des heutigen Unterrichts nichts mehr zu ändern. Die für Schulzwecke benutzten Inventarien und Gebäude brauchten nicht erst in das Eigentum der Gemeinschaft übergeführt zu werden, weil sie schon heute öffentliches Eigentum sind; ebenso würden die Lehrer bleiben, was sie waren: Angestellte der Gemeinschaft, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden; auch der Zweck des öffentlichen Unterrichts würde im Prinzip keine Änderung erfahren. An den Grundlagen des öffentlichen Unterrichts könnte ein sozialistisches Regime nichts ändern, nur seine Höherentwicklung und Demokratisierung könnte in dem Maß vor sich gehen wie es gelänge die sachlichen und persönlichen Mittel zu seiner Vervollkommnung zu beschaffen. Wie die Lehrer an öffentlichen Schulen so unterscheiden sich auch die Ärzte und Angestellten an öffentlichen Krankenhäusern, Sanatorien und Irrenanstalten in nichts von den Beamten des Zukunftsstaats. Sie stehen im Dienst der Gemeinschaft; die Institute, an denen sie tätig sind, sind öffentliches Eigentum, die Dienstleistungen, zu denen sie verpflichtet sind, werden im Interesse der Gemeinschaft verrichtet. Wie beim Unterricht könnte auch bei der Krankenpflege ein sozialistisches Regime an den Grundlagen nichts ändern sondern nur eine Höherentwicklung und Demokratisierung vornehmen, zu der natürlich auch die materielle Besserstellung des untern Pflegepersonals zu rechnen ist.

Verlassen wir nun das Gebiet der öffentlichen Dienstleistungen und wenden wir uns der staatlichen und kommunalen Produktion zu. Der Einfachheit wegen wollen wir auch den Personen- und Gütertransport als Produktion an-

sehen, wobei man sich auf Marx berufen kann, der von einem »Produktionsprozeß der Transportindustrie« spricht.¹⁾ Darf man nun auf das staatliche und municipale Eisenbahn- und Straßenbahnwesen die Bezeichnung *sozialistisch* anwenden? Zunächst steht fest, daß das Eigentumsrecht an den in staatlicher oder municipaler Regie stehenden Transport- und Verkehrsanstalten regelmäßig der Gemeinschaft zusteht und die in diesen Regieen tätigen Personen im Dienst der Gemeinschaft stehen, die sie für ihre Leistungen aus öffentlichen Mitteln entlohnt. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß diese Regieen öffentlichen Interessen dienen. Der Umstand, daß für den Personen- und Gütertransport bestimmte Gebühren erhoben werden, hebt meiner Ansicht nach den sozialistischen Charakter dieser Regieen nicht auf. Die Gebührenfreiheit ist keineswegs ein Kennzeichen sozialistischer Institutionen. Selbst K. Kautsky will ja im Zukunftsstaat das Geld nicht abschaffen; er glaubt, daß es zur Regelung des individuellen Konsums »unentbehrlich bleiben« wird. Wer also in einer sozialistischen Gemeinschaft viel reist, wer mit Vorliebe Güter konsumiert, in denen hohe Transportkosten stecken, wird auch einen größeren Teil seines individuellen Einkommens als Gebühren für Personen- und Gütertransport entrichten müssen. Im Verkehrswesen, soweit es in öffentlicher Regie steht, kann demnach ein sozialistisches Regime nichts prinzipiell Neues schaffen sondern das Vorhandene nur fortentwickeln, weil eben die Grundlagen schon sozialistische sind. Ohne Einschränkung gilt das auch für die kommunalen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, deren sozialistischer Charakter gar nicht zu verkennen ist. Daraus ergibt sich aber auch die wichtige Schlußfolgerung, daß für alle in staats- und municipalsozialistischen Anstalten beschäftigten Beamten und Arbeiter die sozialistische Produktionsweise eine Sache der täglichen Praxis geworden ist.

Ungleich seinen französischen Vettern hat der *Sozialrevolutionär* K. Kautsky bisher die Existenz der staatssozialistischen Produktionsweise nicht geleugnet. In seinem bereits erwähnten Kommentar zum Erfurter Programm findet sich ein Kapitel *Der Staatssozialismus und die Sozialdemokratie*, worin zugegeben wird, daß der moderne Staat »gemeinnützige Funktionen übernimmt, die nicht bloß im Interesse der herrschenden Klassen allein sondern dem der ganzen Gesellschaft gelegen sind«. Trotzdem steht K. Kautsky der staatssozialistischen Produktionsweise durchaus feindlich gegenüber, weil er glaubt, daß die herrschenden Klassen sich nur zu ihr bekehrt hätten, »um die kapitalistische Produktionsweise zu schützen und zu befestigen«. K. Kautsky macht der staatssozialistischen Produktionsweise auch den Vorwurf, daß bei ihr die Arbeiter noch mehr ausgebeutet würden als bei der kapitalistischen. Die municipalsozialistische Produktionsweise findet bei K. Kautsky überhaupt keine Erwähnung, was wohl so zu erklären ist, daß er sie, weil die Gemeinde ja ein dem Staat untergeordneter öffentlicher Verband ist, wohl nur als eine Unterart der staatssozialistischen Produktion ansieht. Nun ist an der Auffassung K. Kautskys zweifellos so viel richtig, daß sozialistische Produktionsweise und Ausbeutung sich nicht ausschließen. Sowohl die sozialistische Produktionsweise der Vergangenheit wie auch die der Gegenwart weist Erscheinungen auf, die man vom ethischen Standpunkt aus nicht anders denn als *Ausbeutung* bezeichnen kann. In den sozialistisch organisierten Gemeinschaften deutscher Bauern im Mittelalter wurde allgemein das weibliche Geschlecht von dem

¹⁾ Siehe Marx *Das Kapital*, 2. Band, 2. Auflage / Hamburg 1893 /, pag. 28.

männlichen unterdrückt und ausgebeutet. Auch der von den Jesuiten sozialistisch organisierte Indianerstaat in Paraguay zeichnete sich durch ein ungewöhnliches Maß von Ausbeutung aus. So ist es auch richtig, wenn K. Kautsky der sozialistischen Produktionsweise der Gegenwart den Vorwurf macht, daß sie an der Ausbeutung der arbeitenden Menschen beteiligt sei. Selbst da, wo die moderne Regie den ausgesprochenen Zweck hat die Lage der arbeitenden Klassen zu heben, wie dies zum Beispiel beim municipalsozialistischen Bau von Arbeiterwohnhäusern in Budapest und Zürich der Fall ist, kann sie die Ausbeutung häufig nur mildern, aber nicht völlig beseitigen. Es ist eine, auch von der bürgerlichen Nationalökonomie allgemein anerkannte Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil des Einkommens der Gesamtheit heute nicht für persönliche Dienste, die der Nation geleistet werden, bezahlt wird sondern an Kapitalinhaber und Grundbesitzer. Soweit die sozialistische Produktionsweise des Staates und der Gemeinden die sachlichen Mittel zur Produktion nicht durch Besteuerung des arbeitslosen Einkommens erwerben kann sondern nur gegen die Verpflichtung an die bisherigen Besitzer eine in Prozenten des Verkaufswerts ausgedrückte Rente zu zahlen, kann auch sie dem Tribut an Grundrente und Zinsen innerhalb ihres eigenen Gebiets nicht entrichten. In den demokratisch verwalteten Staaten und Gemeinden wird dieser der sozialistischen Produktionsweise auferlegte Tribut an Grundrente und Zinsen nicht gerade auf die ärmsten Schichten des Proletariats abgewälzt, muß aber letzten Endes doch von der werktätigen Bevölkerung, dem Arbeiter- und modernen Mittelstand als Gesamtheit an die Grundbesitzer und Kapitalieninhaber entrichtet werden. Darin liegt auch die Erklärung, daß bisher die sozialistische Produktionsweise gerade von den bürgerlichen Parteien eingeführt worden ist. Es ist nämlich durchaus falsch, daß diese im Gegensatz zur Sozialdemokratie unbedingt auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen. Wäre dies der Fall, so hätten sie nicht einen so großen Teil des privaten in öffentliches Eigentum verwandeln können. Nicht auf die Erhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln sondern auf die Aufrechterhaltung und Vermehrung des arbeitslosen Einkommens ist die Sorge der bürgerlichen Parteien zumeist gerichtet. Wie der einzelne Kapitalist seinen Besitz gern an den Staat oder die Gemeinde abtritt, wenn diese ihm dafür eine entsprechende Rente garantieren, so hat auch die Klasse der Kapitalinhaber und Grundbesitzer gegen die Verstaatlichung und Munizipalisierung von Produktionsmitteln im größern Stil nichts einzuwenden, wenn der an sie zu entrichtende Tribut dadurch nicht gefährdet wird.

In der Auffassung, daß die sozialistische Produktionsweise der Gegenwart die arbeitenden Menschen von der Ausbeutung nicht befreit, stimmen die Reformisten, die *Sozialrevolutionäre* und die Vertreter der bürgerlichen Nationalökonomie überein, soweit diese letztgenannten das arbeitslose Einkommen ethisch als *Ausbeutung* werten. Der Reformismus vermag aber nicht anzuerkennen, daß, wie K. Kautsky behauptet, die Arbeiter bei der staats- und municipalsozialistischen Produktionsweise mehr ausgebeutet würden als bei der kapitalistischen. Dies kann nur da der Fall sein, wo die Gemeinschaft von einer verderbten Plutokratie beherrscht wird. Überall dort aber, wo die Arbeiterschaft und der moderne Mittelstand (Staats- und Gemeindebeamte, Angestellte der Privatindustrie, Lehrer, Ärzte usw.) Einfluß im Staat und in der Gemeinde gewinnen, gestaltet sich die Lage der Arbeiter bei der sozialistischen Pro-

HEINRICH PEUS · DER KURS DER POLITIK IN ANHALT



NOCH nicht ganz $\frac{1}{3}$ Million Einwohner zählt das kleine Anhalt. Es ist zwar formell ein selbständiger Bundesstaat, der seine Selbständigkeit 1866, sehr zum Ärger Bismarcks, dadurch gerettet hat, daß er sich nicht Sachsen und Hannover anschloß, aber in Wirklichkeit ist er durch und durch von seinem großen Nachbar Preußen abhängig. Preußen fährt mit seinen Eisenbahnen durch Anhalt und holt sich alle Jahre etwa 3 Millionen Mark Gewinn aus dem kleinen Land, die, falls sie in die anhaltische Staatskasse und nicht in die preußische flössen, den Anhaltern die Zahlung der Einkommensteuer ersparen könnten. Nur etwas über 28 000 Mark bekommt Anhalt aus einem alten Vertrag, der seinerzeit mit der Anhalter Bahn abgeschlossen wurde. Dabei muß Anhalt noch zufrieden sein, wenn die preußische Eisenbahnverwaltung es nicht gar zu sehr vernachlässigt. Ein Blick auf die Landkarte läßt es zum Beispiel fast unbegreiflich erscheinen, daß die Eisenbahnstrecke Belzig—Roßlau—Dessau, die jetzt endlich gebaut werden soll, nicht schon seit Jahrzehnten besteht, da sie den Weg aus Anhalt nach der Reichshauptstadt erheblich verkürzt; aber es waren eben anhaltische, nicht preußische Landesteile, die von dieser Bahn Nutzen haben konnten. Jetzt hat endlich die große Überlastung der Strecke Berlin—Wittenberg—Halle das Bedürfnis nach der Strecke Belzig—Roßlau erzeugt.

Die Abhängigkeit Anhalts von Preußen zeigt sich besonders im Steuerwesen. Im allgemeinen hat Anhalt bis zur Stunde eine gute Finanzlage. Die Einkommensteuer hat sich erst in den letzten Jahren zu einer den preußischen Verhältnissen entsprechenden Höhe entwickelt. Domänen, Wald und Salzbergwerk dienten Jahrzehnte lang zur Sicherung der anhaltischen Finanzen. Besonders der riesige Salzblock, der unterhalb Anhalts liegt und sowohl das wertvollere Kalisalz als auch das weniger wertvolle Steinsalz in solcher Menge liefert, daß es nach einer Äußerung der Regierung noch für Jahrtausende ausreicht, ist eine gute Grundlage für die Finanzen des kleinen Landes. Dabei ist auch das interessant, daß das als Düngemittel verwandte Kali vor allem dazu dient den anhaltischen Zuckerrübenbau auf die höchste Stufe der Vollendung zu bringen, wodurch aus dem Salzblock unter der Erde über ihr ein ungeheurer Zuckerblock geschaffen wird. Kali, Zucker und noch Braunkohle sind denn auch die Produkte, auf denen die wirtschaftliche Existenz des kleinen Landes in der Hauptsache ruht.

Bis etwa zum deutsch-französischen Krieg war Anhalt noch ein ganz agrarisches Land. Damals hatte seine Hauptstadt Dessau nur 17 000 Einwohner, das ganze Land nur rund 200 000. 10 Jahre später waren es schon 30 000, 1890 schon 40 000 mehr, und um die Wende des Jahrhunderts zeigte sich im vergangenen Jahrzehnt ein Zuwachs von 45 000 Seelen. Dann aber hat dieser erheblich nachgelassen. Im letzten Jahrzehnt sind nur noch 15 000 hinzugekommen, davon im letzten Jahr fünf nur rund 3000. Da Anhalt seinerzeit im Jahrzehnt einen Geburtenüberschuß von 40 000 Seelen zählte, hat es also im letzten Jahrzehnt 25 000 Menschen an sein Umland abgegeben, ohne dafür Zuzug zu erhalten. Wenn die Regierung auf diese Tatsache im Landtag aufmerksam gemacht wurde, erklärte sie, daran sei vornehmlich schuld, daß die ehemals

in Anhalt für große Steuerzahler, Aktiengesellschaften etc. besonders günstigen Steuerverhältnisse nun nicht mehr vorlägen. Das mag zum Teil richtig sein. Andererseits kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß den Mächtigen im Land, insbesondere auch der Dynastie, eine zu starke industrielle Entwicklung des Landes durchaus nicht erwünscht ist. Ein großes Rittergut Anhalt regiert sich leichter und mehr im Sinn der monarchischen Tradition als ein von Industrie und Sozialdemokraten belebtes Land. Gewiß hilft die Großindustrie die Staatskasse füllen, aber sie erzeugt auch große Staatsausgaben für die Arbeitermassen, die sie mit sich bringt, insbesondere für die Schule, die in Anhalt Staatsschule ist. Und so konnte man zu verschiedenen Malen beobachten, daß die Niederlassung neuer Industrien große Schwierigkeiten fand. Die vorhandenen Industriellen halfen da energisch mit, weil sie von der Neuan siedelung anderer Industrien einen starken Antrieb zur Lohnerhöhung fürchteten. Auch die genossenschaftliche Seifenfabrik hat in Anhalt nicht die gewünschte Unterkunft finden können. Neuerdings ging ein Gerücht, daß Anhalt seine ganzen Kalischätze gegen eine Riesensumme hätte verkaufen können, es fanden im Landtag geheime Verhandlungen statt. Wenn es nicht dazu gekommen ist, so darf man überzeugt sein, daß besonders bei den Agrariern, aber auch bei der Regierung und der Dynastie sehr wesentlich die Angst vor der Sozialdemokratisierung des Landes gegen den Verkauf gewirkt haben wird.

Man hat aber doch in dem diesjährigen Etat dem Verkauf von 8 Grubenfeldern bei Ilberstedt (16 000 000 Quadratmeter) an einen Berliner Bankier Franz Griebel zugestimmt. Anhalt bekommt dafür 1 000 000 Mark, ferner eine jährliche Grubenfeldabgabe von 9600 Mark, nach Betriebssetzung aber von jedem Doppelzentner Kalisalz 4 Pfennig und von jedem verkauften Doppelzentner Steinsalz 10 Pfennig, immer aber einschließlich der Grubenfeldabgabe 9600 Mark, während bei höherem Förderzins die Grubenfeldabgabe in Anrechnung kommt. Das Reichskaligesetz hat auch dem anhaltischen Salzwerk seine Förderquote vorgeschrieben, die natürlich mit der Errichtung immer neuer Kaliwerke stetig sinkt, so daß das anhaltische Kali, solange nur das Staatswerk es herausholt, durch das Reichsgesetz direkt brachgelegt wurde. So wurde eine Veräußerung geradezu notwendig, wenn man nicht rund um Anhalt neue Kaliwerke erstehen sehen wollte, während Anhalt selber auf eine immer geringere Quote herabsänke. Darum sind auch noch weitere 2 Salzfelder (4 000 000 Quadratmeter bei Plömnitz) an die Bernburger *Solvaywerke* für 275 000 Mark nebst 2400 Mark Grubenfeldabgabe verkauft worden. Die *Solvaywerke*, die selber in ihren bisherigen Salzlagern noch auf Jahrhunderte fördern können, wollen ebenfalls auf diese Weise ihre Förderquote erhöhen. Ja, noch mehr: Der Staat hat sich durch Landtagsbeschluß zur Anlage einer eigenen chemischen Fabrik entschlossen, weil auch dadurch die Förderquote erhöht und außerdem eine erhebliche Steigerung der Rentabilität des Salzwerks erzielt wird. 2 600 000 Mark wurden für diese Fabrik bewilligt. So wird der Staat wider Willen in die industrielle Entwicklung hineingerissen. Besonders der westliche Teil von Anhalt, um Güsten herum, wird in den nächsten Jahren stärker industrialisiert werden.

Die stetige Steigerung der staatlichen Ausgaben ist die Ursache. Im Jahr 1909 hat man wegen der durch die Reichsfinanzreform her-

beigeführten Teuerung die Gehälter der Beamten um nahezu $\frac{1}{2}$ Million erhöhen müssen, für ein Land, das nur 3 Millionen Einkommensteuern erhebt, natürlich keine Kleinigkeit. Und doch war die zahlreichste Beamtenklasse, die Volksschullehrer, die in Anhalt wegen der Staatsschule Staatsbeamte sind, nicht zufrieden, und das mit Recht, denn die Erhöhung hat kaum das gut gemacht, was durch die Teuerung den Beamten an Mehrausgabe auferlegt worden ist. Die Staatsaufgaben mehren sich, und einmal übernommene Aufgaben lassen sich auch nicht wieder zurückschrauben. So ist man denn genötigt auf die Füllung der Staatskasse auf alle Weise bedacht zu sein. Der jetzige preußische Minister des Innern von Dallwitz hat als anhaltischer Staatsminister im Jahr 1904 eine Steigerung der Progression der Einkommensteuer durchgeführt,¹⁾ die zurzeit bei 24 Steuereinheiten für die größten Einkommen 4,8 % beträgt. Durch Erhöhung der Einheiten, über die der Landtag in jedem Jahr beschließt, kann dieser Prozentsatz automatisch gesteigert werden. 1905 hat der selbe Minister einen Anteil, den bis dahin die Gemeinden an der Gewerbesteuer hatten — die obligatorische Gewerbesteuer wird in Anhalt nur von Betrieben mit mehr als 10 000 Mark Einkommen erhoben —, für den Staat eskamotiert. Ferner führte er eine Erhöhung der Kapitalrentensteuer und der Erbschaftsteuer im gleichen Jahr durch. Die Einführung der Erbschaftsteuer im Reich brachte Anhalt durch Zufälligkeiten eine große Einnahme aus dem Reich. Gleichwohl ist schon jetzt wieder eine weitere Erhöhung der Steuern in baldiger Aussicht, da die Schulausgaben auf über 4 Millionen Mark gestiegen sind. Und so ist denn die Regierung eifrig bemüht eine weitere Steigerung der direkten Steuern in den Gemeinden und Kreisen hintanzuhalten, damit die höhere Einkommensteuer dem Staat vorbehalten bleibe. Die gesamte direkte Steuer für Staat, Kreis und Gemeinde soll nicht den gleichen Steuern in Preußen voraneilen. So hat schon Dallwitz ein neues Gemeindeabgabengesetz geschaffen, durch das die Gemeinden direkt oder indirekt zur Erhebung von indirekten Steuern gezwungen werden können. Und eben jetzt hat die gegenwärtige Regierung für die Kreise die Steuergesetzgebung durch den Landtag dahin erweitert, daß auch sie mehr zu indirekten Steuern greifen können, obwohl die Regierung anerkennen muß, »daß eine progressive Einkommensteuer dem steuerlichen Grundsatz der Allgemeinheit und der Leistungsfähigkeit am vollkommensten entspreche«. Aber »ein Staat wie Anhalt dürfe die Verhältnisse des ihn umgebenden großen Nachbarstaats nicht außer acht lassen. Schon jetzt sei die anhaltische Staatseinkommensteuer für die größeren Einkommen der preußischen fast gleich und für die Aktiengesellschaften sogar nicht unbedeutend höher«. Natürlich ist es für unsere Genossen schwer gegen solche Tatsachen anzukämpfen. Preußische Gesetzgebung kann in Anhalt nicht umgestoßen werden. Erfreulich ist es nicht, daß in den letzten 10 Jahren 25 000 Menschen Anhalt verlassen haben, ohne daß dafür ein Zuzug erfolgt wäre. Und die Arbeiterbewegung, die im Jahrzehnt der stärksten Volksvermehrung, 1890 bis 1900, so große Fortschritte machte, nun aber durch den Abzug ihrer tüchtigsten Glieder Schaden erleidet, kann auch kein sonderliches Interesse daran haben durch höhere direkte Steuern als Preußen sie hat die Ansiedelung der Industrie zu erschweren. Gewiß gibt es noch Steuern, durch die man insbesondere die Grundbesitzer treffen kann; aber die Schwierigkeit

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Zum Wechsel im preußischen Ministerium des Innern* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 2. Band, pag. 801 ff.

bleibt doch bestehen, daß die Abhängigkeit von der Gesetzgebung des größeren Staats auch durch die festesten sozialdemokratischen Prinzipien nicht aufgehoben werden kann. Das große Preußen muß in der gerechtesten Steuergesetzgebung eben dem kleinen Anhalt vorangehen. Wir werden es daher erleben, daß all unserm Widerspruch zum Trotz in der Gemeinde wie im Kreis neue indirekte Steuern werden beschlossen werden. Man spricht schon von Häusersteuer, von Schankkonzessionssteuer, von Lustbarkeitssteuern, von Zugviehsteuern und dergleichen.

Der gegenwärtige Minister Laue, ein aus dem Land selbst von unten herauf avancierter Beamter, ist wenig politisch veranlagt. Allem, was politische Aufregung verursachen kann, geht er möglichst aus dem Weg. Er ist ein nüchterner, aber geschickter Geschäftsminister. Kürzlich hat er eine neue Brandkassenordnung geschaffen. Die Brandverhältnisse sind im Land sehr viel besser geworden. Auf 1 Million Versicherungswert entfielen in den Jahren 1888 bis 1898 an Brandkassenentschädigung 911 Mark, im Jahrzehnt 1899 bis 1908 waren es nur noch 565 Mark; im Reich betragen die entsprechenden Ziffern 1160 und 1010 Mark. Man hat daher die Prämie auf 5 Pfennig für 100 Mark in der 1. Gefahrenklasse und auf 10 Pfennig in der 2. Klasse herabsetzen können. Interessant sind die Worte, die die Regierung in ihrer Begründung über die staatliche Versicherung sagt. Da heißt es:

»Während die privaten Versicherungsunternehmungen regelmäßig mit dem Zweck der Gewinnerzielung betrieben werden, scheidet dieser Gesichtspunkt bei einer öffentlichen Versicherungsanstalt, wie die Landesbrandkasse sie bildet, gänzlich aus. Diese trägt vielmehr den Charakter einer Wohlfahrtseinrichtung und will die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Steuerkraft des Hausbesitzes sowie den Immobiliarkredit im öffentlichen Interesse fördern und sichern.«

Es wäre sehr erfreulich, wenn die Regierung begreifen wollte, daß die Sozialdemokratie mit ihren Verstaatlichungen und Kommunalisierungen genau das selbe Ziel im Auge hat. Das ganze Versicherungswesen sollte der Profitwut entzogen und dem Wohlfahrtsprinzip unterstellt werden. Auch die Konsumgenossenschaften verdienen eine ähnliche Wertschätzung der Regierung. Den Beamten ist anlässlich ihrer Gehaltserhöhung das längst nicht mehr begründete Steuerprivileg nur die Hälfte der Gemeinde- und Kreissteuer zahlen zu brauchen entzogen worden. Andererseits aber hat man das Alter der Beamten, in dem sie sich pensionieren lassen können, ohne ihre Dienstunfähigkeit nachweisen zu müssen, von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt. Die Regierung meint: »Es ist für die Regel davon auszugehen, daß der Beamte mit dem vollendeten 65. Lebensjahr die Grenze seiner vollen Leistungsfähigkeit überschritten hat. Diese allgemein gemachte Erfahrung läßt es angezeigt erscheinen die bisherige für Pensionierungen in Frage kommende Altersgrenze in Anlehnung an das Reich, an Preußen und an Sachsen auf das vollendete 65. Lebensjahr herabzusetzen.« Bekanntlich hat man seitens des Bundesrats wie auch der bürgerlichen Parteien des Reichstags die gleiche Anschauung für den Arbeiter trotz seiner viel größeren Anspannung bis zum 65. Lebensjahr schnöde abgewiesen.

Auch in der Wahlrechtsfrage sind wir in Anhalt natürlich von Preußen abhängig. Erst wenn dort die Demokratie Erfolg hat, wird man auch in Anhalt nicht mehr zurückbleiben können. Das preußische Dreiklassenwahlrecht haben wir noch auf dem Land. Mehrmals hat der Landtag, allerdings mit sehr knapper Mehrheit, die Regierung aufgefordert an die Stelle des öffentlichen Wahlrechts das geheime, das sonst im Land besteht, zu setzen. Die Regierung ignorierte die Forderung. Jetzt hat sie sich bereit erklärt einen Gesetzent-

wurf einzubringen, durch den die Gemeinden, die es wollen, das geheime Wahlrecht sollen einführen können. Das bedeutet, daß es da eingeführt werden wird, wo man sich der Sozialdemokratie auch mit dem öffentlichen Wahlrecht nicht mehr erwehren kann: Wo aber die Gegner noch die unbestrittene Macht haben, da läßt man es bei dem öffentlichen Wahlrecht.

Eine Revision der Gemeindeordnung ist vorgesehen. Man will einige Streitfragen über das beste Verhältnis zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung — in Anhalt bilden beide zusammen den einen Beschlußkörper *Gemeinderat* —, vielleicht auch über das Verhältnis zwischen Bürgermeister und Stadträten gesetzlich klarstellen. Ob bei der Gelegenheit auch schon das Gemeindewahlrecht in den Städten, das jetzt für alle Bürger mit mehr als 1050 Mark Einkommen das gleiche ist, geändert werden soll, steht noch dahin, doch sind schon Stimmen laut geworden, daß man Vorsorge treffen müsse für den Augenblick, daß die Sozialdemokratie bei dem gegenwärtigen Wahlrecht in den Gemeinden die Mehrheit gewinne, was in Coswig zum Beispiel schon der Fall ist und auch in einer Reihe anderer Gemeinden schon nahe bevorsteht. Der Landtag mit seinem reaktionären Wahlrecht wird schon das Nötige besorgen.

Das Landtagswahlrecht ist, von 12 Privilegierten abgesehen, die aus den Großgrundbesitzern und den Großindustriellen hervorgehen, für die übrigen 24 Mandate geheim, indirekt und in den Städten an den Zensus von 1050 Mark und auf dem Land an 600 Mark gebunden, außerdem aber an die Staatsangehörigkeit und einen ½jährigen Wohnsitz in Anhalt. Natürlich sind von der Sozialdemokratie schon die größten Anstrengungen gemacht worden das reaktionäre Wahlrecht zu beseitigen. Auch der Linksliberalismus verlangt das von uns erstrebte demokratische Wahlrecht. Die Nationalliberalen fordern ein Pluralwahlrecht. Wie es beschaffen sein soll, haben sie noch nicht verraten. Die Regierung will möglichst nichts ändern. Aber bis 1914 soll eine Vorlage kommen; die beiden größten Städte Dessau und Bernburg sollen je 1 Abgeordneten mehr bekommen, ebenso die Großindustriellen. So viel hat bisher unbestimmt verlautet. Der Ausfall der kommenden Reichstagswahl wird nicht wenig auf die Beschlüsse der Regierung, die sie bis 1914 fassen wird, von Einfluß sein. Die Reichstagswahl aber wird in beiden Kreisen ein Ringen zwischen der Sozialdemokratie und dem Nationalliberalismus werden. Wenn das Resultat noch zweifelhaft ist, dann nur deshalb, weil die Abwanderung der Arbeiter im letzten Jahrzehnt leider, wie oben gezeigt wurde, eine so große, besonders im Bernburger Kreis war, daß der anderswo so sehr ins Gewicht fallende Bevölkerungszuwachs hier gar nicht oder doch nur ganz minimal vorliegt.

XXX
**HEINRICH JASPER · DER KURS DER POLITIK
 IN BRAUNSCHWEIG**

A M 1. Mai dieses Jahres trat der Staatsminister von Otto in den Ruhestand. Seit dem 28. März 1884, noch von dem Herzog Wilhelm beufen, war von Otto stimmungsführendes Mitglied des Ministeriums gewesen. Seit dem 1. April 1889 hat von Otto den Vorsitz im Ministerium geführt, über 22 Jahre lang. In diesem Minister verkörpert sich ein wesentlicher Teil der braunschweigischen Politik. Diese Politik

wird gekennzeichnet durch einen rücksichtslösen Kampf gegen jede freiheitliche oder auch nur fortschrittliche Regung und durch übermäßige Berücksichtigung der Wünsche der preußischen Regierung. Für den braunschweigischen Minister von Otto standen die Interessen Preußens und die Wünsche der preußischen Machthaber allem andern voran. In gewissem Umfang ist eine solche Rücksichtnahme gerechtfertigt. Im Zeitalter des Verkehrs und der Freizügigkeit verlangen zahlreiche Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung eine einheitliche Regelung, auch über die Grenzen der Reichsverfassung hinaus. Das Herzogtum Braunschweig mit 3672 Quadratkilometern und 494 000 Einwohnern ist in seinen einzelnen Teilen völlig von Preußen eingeschlossen. Die Landesregierung kann schlechterdings die Verhältnisse in Preußen mit seinen 349 000 Quadratkilometern (95mal mehr) und 40 Millionen Einwohnern (80mal mehr) nicht gänzlich unbeachtet lassen. Würde die braunschweigische Regierung so vorgehen, so würde die Entwicklung des Landes leicht noch mehr zurückbleiben als es gegenwärtig der Fall ist. Indessen finden die Rücksichten gegen Preußen ihre Grenzen in den richtig gewürdigten Interessen des Landes und seiner Bevölkerung. Das Ministerium von Otto ließ den bundesstaatlichen, föderativen Charakter des Deutschen Reichs nahezu völlig unbeachtet. Die beiden braunschweigischen Bundesratsstimmen wurden fast regelmäßig im Sinn Preußens abgegeben und verstärkten so dessen Vormachtsstellung. Nur in der Jesuitenfrage fielen sie gegen Preußen und für Aufrechterhaltung des Ausnahmegesetzes.

Wie sehr Herr von Otto die Wünsche Preußens berücksichtigen zu müssen glaubte, beweist am deutlichsten sein Verhalten bei Regelung der braunschweigischen Thronfolge. Und auch sonst ist Preußen für Braunschweig maßgebend. Die preußischen Gesetze und Verordnungen werden nicht selten einfach abgeschrieben. Das hat dann, wie ein Witzbold bemerkt, den Vorzug, daß die preußischen Kommentare auch in Braunschweig gebraucht werden können. Das Militär ist preußisch. Die preußische Militärverwaltung nimmt auf die heimischen Interessen wenig Rücksicht. Die Eisenbahnen sind preußisch. Durch einen Staatsvertrag hat Preußen, als es seinerzeit die braunschweigischen Bahnen erwarb, sich verpflichtet die Interessen Braunschweigs wie die seinen zu pflegen. Seither sind mehrere Linien geschaffen, die Braunschweig und dessen Hauptstadt umgehen. Die Schnellzugverbindungen und -anschlüsse sind über die Maßen schlecht. Die Hauptstadt hat noch einen etwa 80 Jahre alten Sackbahnhof. Die Folge dieser Verkehrspolitik ist, daß die wirtschaftliche Entwicklung Braunschweigs versumpft. Die Nachbarstädte Hannover und Magdeburg haben Braunschweig schon längst weit überflügelt. In einem Menschenalter werden vielleicht auch Hildesheim und Halberstadt der alten Hansestadt Braunschweig voran sein. Braunschweig unterhielt jahrzehntelang eine Staatslotterie. Sie brachte dem Staat nicht unerhebliche Einnahmen. Der Absatz braunschweigischer Lose wurde in Preußen verboten und bestraft. Er stockte. Die Landeslotterie ging ein. Jetzt können die Braunschweiger in der preußischen Staatslotterie ihr Glück versuchen. Es siegen keineswegs tugendhafte oder volkswirtschaftliche Bedenken, sondern der Wettbewerb Preußens.

In geringem Umfang hat die braunschweigische Regierung sich allerdings ihre Selbständigkeit gewahrt. So war in Braunschweig das Zentrum niemals

Trumpf. Das war natürlich, da das Land nur etwa 5,2 % Katholiken hat. Um so bitterer beklagen sich die Katholiken über Zurücksetzung. Diese Klagen sind berechtigt. Die evangelischen Kirchengewaltigen nehmen ebensowenig Rücksicht auf anders Denkende wie die katholischen, wo sie das Heft in der Hand haben. Der Abbau von Kali ist in Braunschweig monopolisiert. Das erste staatliche Kalibergwerk Asse hatte allerdings manche Fährnisse zu überwinden. Durch Landesgesetz war bereits in den achtziger Jahren der Krankenversicherungszwang auch für Landarbeiter und Gesinde eingeführt und eine gewisse Selbstverwaltung gewährt. Wie sich die Landesregierung zu der neuen Reichsversicherungsordnung stellte, ist nicht bekannt geworden. Für die Selbstverwaltung und ein freies Wahlrecht wird sie kaum eingetreten sein, da sie auch sonst der Verwaltung durch die Beteiligten selbst und der freien Wahl wenig freundlich gesonnen ist. So wählten bisher in den Landgemeinden sämtliche wahlberechtigte Gemeindegenossen in gleicher, direkter und geheimer Wahl den Vorsteher. Letzthin setzte die Regierung ein Gesetz durch, das der Landgemeinde das Recht gibt durch Statut das Recht der Vorsteherwahl den Gemeindegenossen zu nehmen und auf den Gemeinderat zu übertragen, der auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählt wird. Auch ist die Selbstverwaltung der Gemeinden sehr eng umgrenzt, und sie wurde es durch neue Gesetze noch mehr. An Aufsichtsorganen fehlt es nicht. Das staatliche Beamtenheer ist riesengroß und steht nicht in einem gesunden Verhältnis zu der Größe des Landes und der Volkszahl. So wird ein Oberlandesgericht unterhalten, während in anderen Bundesstaaten auf die 6fache Bevölkerung ein solches Gericht kommt. Ihm ist nur ein Landgericht unterstellt. Unter dem Ministerium führen nicht weniger als 6 Kreisdirektionen die Geschäfte der Verwaltung. Ein besonderes Verwaltungsgericht, ein besonderes Konsistorium usw. ist geschaffen. Dieser große Beamtenapparat arbeitet um so teurer als das Land in eine Anzahl weit von einander liegender Gebietsteile zerfällt (Thedinghausen, Kalvörde, Bodenburg usw.). Die Bevölkerung leidet unter den hohen Ausgaben für das Beamtenheer. Diese üblen Folgen der Kleinstaaterei durch Vereinbarungen mit Preußen zu beseitigen scheint aber der Regierung nicht zugänglich zu sein. Den Apparat zu vereinfachen ist zwar schon mehrfach angeregt. Indes, das Interesse der anstellungsberechtigten Familien stand solchem Vorgehen entgegen.

Der Arbeiterklasse gegenüber nahm das Ministerium von Otto eine ähnliche Stellung ein wie die preußische Regierung. Es bekämpfte ebenso wie diese die Sozialdemokratie. Nicht nur wurden die veralteten Bestimmungen der Gesindeordnung von 1832 im wesentlichen aufrechterhalten und das Gesinde weiterhin der Polizei unterstellt. Gegen die Landarbeiter wurde ein sogenanntes *Kontraktbruchgesetz* geschaffen. Dieses Gesetz bedroht den Kontraktbruch mit Freiheitsstrafe und gestattet den angeblich kontraktbrüchigen Landarbeiter wie das Gesinde mit Polizeigewalt der Herrschaft zuzuführen, Gegenüber den ausländischen Landarbeitern, die bei der Kultur der Zuckerrüben in erheblichem Umfang beschäftigt werden, führte das braunschweigische Ministerium das Legitimationskartensystem ein, das in Preußen besteht. Geraten ausländische Arbeiter mit dem Unternehmer in Streit, so werden sie als lästig ausgewiesen und auf Staatskosten abgeschoben. Davon, daß die staatlichen Arbeitsplätze Musterbetriebe im Sinn der Arbeiterschaft seien, kann in

Braunschweig keine Rede sein. Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird selbst dann nicht gachtet, wenn es sich um christlich organisierte Arbeiter handelt. Herrschaftliche Forstbeamte sehen es vielfach als ihre besondere Aufgabe an ihre Arbeiter davor zu warnen gewerkschaftlichen Verbänden beizutreten oder auch nur gewerkschaftliche oder sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen. Auch Maßregelungen fanden darum statt. Das Streikpostenstehen wird verboten oder erschwert. Selbst außerhalb der unmittelbaren Lohnkämpfe haben sich die freien Gewerkschaften einer großen Aufmerksamkeit der Behörde zu erfreuen. Das selbe gilt von der politischen Arbeiterbewegung. Das deutsche Vereinsgesetz hat nur wenig an deren Verhalten geändert. Die Politik der Nadelstiche wird unentwegt fortgesetzt. So wurden wiederholt rein gewerkschaftliche Versammlungen verschiedener Verbände, besonders der Hausangestellten aufgelöst, weil sie politisch gewesen sein sollten. Wählerversammlungen verfielen dem gleichen Schicksal, wenn polizeiliche Überwachung nicht geduldet wurde. Auch Versammlungen der Jugendlichen sollten überwacht werden und wurden aufgelöst. Tanzlustbarkeiten der Arbeitervereine werden häufig nicht genehmigt. Jahrelang erhielten Wirte, die der Arbeiterschaft ihre Räume zur Verfügung stellten, keine Verlängerung der Polizeistunde. Das Verbreiten von Flugschriften und das Einsammeln von Mitgliederbeiträgen an Sonntagen wird als *öffentlich bemerkbare Arbeit* verfolgt, wenn es Arbeiter tun. Theatervereine der Arbeiter sollen zur Gewerbesteuer herangezogen, ihre Veranstaltungen unter polizeiliche Zensur gestellt werden. Straßendemonstrationen der Arbeiter sind für die Behörde grober Unfug und ruhestörender Lärm. Am 26. Januar 1910 veranstalteten die Braunschweiger Arbeiter eine Wahlrechtskundgebung vor dem Ministerium. Eine Schutzmannskette kam angestürmt. Vor den Augen der Minister hieben die Polizisten mit blanken Säbeln auf die dichtgedrängte Menge ein und jagten sie vor sich her. Zahlreiche Demonstranten wurden verletzt. In staatlichen Krankenhäusern wird das Lesen der Arbeiterpresse verboten. Kurz, die braunschweigischen Behörden wenden der Arbeiterschaft gegenüber alle die großen und kleinen Mittel an, die das Ansehen Preußens in der übrigen Kulturwelt herabsetzen mußten. Zweier besonderer Spezialitäten kann der Exminister von Otto sich jedoch rühmen. Sein Ministerium entzog den klassenbewußten Proletariern des Braunschweiger Harzes das sogenannte *Untertanen- oder Gnadenholz*, das heißt die Berechtigung aus den herrschaftlichen Forsten Brennholz zu billigeren Taxen als den Marktpreisen zu beziehen. Sodann geht er mit Klagen gegen die sozialdemokratische Presse vor. Wie vor Jahren gegen den Redakteur B. Heymann, stellte er jetzt Strafantrag gegen den Genossen Redakteur Wesemeier, weil der *Volksfreund* sein und seiner Beamten Verhalten bei den Wahldemonstrationen abfällig kritisierte. Mit 8 Monaten Gefängnis wurde dieser Angriff auf die ministerielle Ehre gebüßt.

Unheilvoll wirkte der preußische Einfluß auf die Gestaltung des Wahlrechts zum Landtag. Das braunschweigische Wahlgesetz vom 6. Mai 1899 ist beinahe noch elender als das preußische. Es besteht allerdings nicht das Zweikammersystem. Statt des Herrenhauses werden 18 Abgeordnete von den sogenannten *Berufeständen* gewählt, und zwar wählen 213 Geistliche der evangelischen Landeskirche 2 Abgeordnete, 113 Großgrundbesitzer deren 4, 553 höchstbesteuerte Gewerbetreibende 3, 559 Wissenschaftler 4 und 733 Ein-

kommensteuerepflichtige 5 Abgeordnete. Für die allgemeinen Wahlen gilt das Dreiklassenwahlrecht. Als Urwähler haben das Recht der Wahl alle männlichen Gemeindegengenossen, die die Braunschweiger Staatsangehörigkeit besitzen, das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, mindestens 2 Jahre lang in der Gemeinde wohnten, direkte Gemeindesteuer zahlen. In den Städten wird außerdem das Bürgerrecht verlangt, dessen Erwerb 7,50 Mark kostet. In dieser indirekten Weise wählen die sämtlichen Städte und sämtliche Landgemeinden je 15 Abgeordnete. Die Landesversammlung zählt mithin 48 Abgeordnete. Die Wirkung eines solchen Wahlgesetzes kann sich jeder Einsichtsfähige denken. Bei den Reichstagswahlen von 1907 wurden im Herzogtum rund 37 000 sozialdemokratische und 54 000 bürgerliche Stimmen abgegeben, darunter 8000 reinwelfische. Im Landtag haben die Großbauern die Mehrheit. Sonst sitzen dort vornehmlich Beamte und Großkapitalisten. Die Welfen haben nur einen Vertreter mildester Observanz (Brunonen). Die äußerste Linke bildet ein nationalliberaler Kommerzienrat. Die Sozialdemokratie ist völlig unvertreten. Das eine Mandat, das der Partei durch die Hilfe verärgelter bürgerlicher Wahlmänner zugefallen war, hat der Landtag einstimmig für ungültig erklärt, weil ein bürgerlicher Wahlmann 2 gut zusammengefaltete Stimmzettel abgegeben hatte, die auf den selben bürgerlichen Kandidaten lauteten. Im übrigen kennt der Landtag offiziell weder Parteien noch Fraktionen. Es ist alles ein großer Mischmasch. Nur zwischen Land und Stadt machen sich bisweilen Gegensätze geltend. Die Landeshauptstadt ist vielen Landleuten ein Dorn im Auge. Auch gibt es bisweilen ergötzliche Kämpfe der Vertreter der einzelnen Gebietsteile, wenn lokale Fragen erörtert werden. Der Regierung macht dieser Landtag nur selten Opposition. Die Landtagsmehrheit geht vielmehr mit der Regierung meistens durch dick und dünn. Um so kritischer steht das Volk diesen Herren gegenüber. Der Sozialdemokratie ist es nachgerade gelungen jedem, der überhaupt hören will, dies Unrecht der Dreiklassenwahl zu Gemüte zu führen. Die Arbeiterschaft hat durch wiederholte Demonstrationen die Wahlrechtsbewegung in Fluß gebracht. Landtag und Regierung haben sich mit der Frage der Wahlrechtsänderung beschäftigen müssen. Bei diesen Debatten, am 7. und 8. Februar dieses Jahres, stand die Sozialdemokratie in dem Mittelpunkt der Diskussion, obwohl sie im Landtag nicht vertreten war. Die Wahlrechtskommission schlug für die allgemeinen Wahlen vor die indirekte Wahl (Urwahlen, Wahlmännersystem) durch die direkte Wahl zu ersetzen, das Dreiklassenwahlsystem aber beizubehalten. Jede Klasse sollte für sich wählen. Die Zahl der aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten sollte von 30 auf 36 erhöht werden; die 3. Klasse sollte also 12 Abgeordnete zu wählen haben oder ein Viertel der Landesversammlung. Wahlberechtigt sollten die gemeindewahlberechtigten Gemeindegengenossen und Bürger mit einem Einkommen von mindestens 500 Mark (Stadt Braunschweig 600 Mark) sein, wenn sie 1. seit 3 Jahren die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen; 2. das 30. Lebensjahr erreicht haben; 3. mindestens 3 Jahre lang im Herzogtum den Wohnsitz gehabt haben; 4. zur Zahlung von direkten Gemeindesteuern verpflichtet sind und die ihnen auferlegten Steuern im letzten Jahr vor Auslegung der Wählerlisten bezahlt haben. Die Öffentlichkeit hatte diese Vorschläge mit einem Hohngelächter empfangen. In den Kammerverhandlungen bekämpften die Minister selber einige Bestimmungen als zu weitgehend. Die einzelnen Abgeordneten äußerten die verschiedensten Wünsche

ARTHUR SCHULZ · ZUM LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONSPROBLEM



MEHRFACH habe ich in dieser Zeitschrift darzulegen versucht, daß sowohl die ländlichen als auch die städtischen Arbeiter, und die letzteren ebenso sehr als Produzenten industrieller wie als Verbraucher und Käufer agrikoler Erzeugnisse, ein erhebliches, in weiten Kreisen unserer Partei noch nicht genügend gewürdigtes Interesse daran haben, daß die Aufteilung landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes in kleine und mittlere Bauerngüter und in entwicklungsfähige Landarbeiterstellen einen gedeihlichen und ungehemmten Fortgang nimmt. Meinem letzten Artikel, in dem ich diesen meinen Standpunkt gegen Angriffe K. Kautsky zu verteidigen hatte¹⁾, ist die Ehre einer nochmaligen ausgiebigen Entgegnung des selben Genossen zuteil geworden.²⁾ Es kann im folgenden nicht meine Aufgabe sein alle Irrtümer K. Kautskys berichten und alle seine Einwendungen widerlegen zu wollen. Ich kann es vielmehr dem Leser ruhig überlassen die von beiden Seiten angeführten Tatsachen und Argumente gegen einander abzuwägen und sich auf Grund dessen sein Urteil zu bilden. Nur die Grundfrage, die im Mittelpunkt unserer Diskussion stand und stehen mußte, scheint mir eine wiederholte Erörterung zu verdienen. Auf sie will ich daher, unter Verzicht auf alles Nebensächliche, meine Replik einschränken.

Für unsere Stellungnahme in der Frage, die heute die ländliche Bevölkerung in ganz Ostdeutschland bewegt und in zwei Lager spaltet, nämlich, ob die großen Güter nach Möglichkeit erhalten bleiben oder ob und nach welchen Gesichtspunkten eine größere Zahl von ihnen unter staatlicher Leitung aufgeteilt und mit Bauernsöhnen, Landhandwerkern, Gutstapelöhnern und Rückwanderern aus Rußland und den westdeutschen Industriebezirken besiedelt werden soll, muß für uns offenbar in erster Linie entscheidend sein, welche Betriebsgrößen den Grund und Boden — natürlich unter den gegenwärtigen Produktionsbedingungen und nicht unter den erdachten Voraussetzungen einer möglichen künftigen Wirtschaftsverfassung — am produktivsten ausnutzen und in der Versorgung der nicht Landwirtschaft treibenden Bevölkerung mit Lebensmitteln das Beste leisten. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, welche Betriebsgrößen sich in der Erzeugung von Fleisch, Milch und anderen tierischen Produkten als überlegen erweisen. Denn für diese sind wir mehr als für das haltbarere, transportfähigere Getreide oder Futterstoffe, zu deren Lieferung wir in noch überaus ausdehnungsfähigem Umfang die tropischen Gebiete und besonders unsere Kolonien heranziehen können, auf das Inland als unser vornehmstes Versorgungsgebiet angewiesen, und Mangel an tierischen Produkten, Fleischteuerungen, Milchknappheiten haben wir im letzten Jahrzehnt öfter erlebt und auch in Zukunft eher zu erwarten als Getreidenot und Brotteuerungen. Aber selbstverständlich dürfen und wollen wir die heimische Getreideproduktion nicht aufgeben oder auch nur wesentlich vermindern. Für die Wahl der Betriebsgrößen, in die wir die nicht länger existenzfähigen oder aus anderen Gründen zur Parzellierung angebotenen

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Bauernguts und der Binnenbedelung* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 613 ff.

²⁾ Siehe Kautsky *Der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft in der Neuen Zeit*, 1910-1911, 2. Band, pag. 349 ff. und 408 ff.

Großgüter zu zerlegen haben, wird daher ihre Leistungsfähigkeit im Getreidebau mit in die Wagschale fallen.

In dieser entscheidenden Frage des landwirtschaftlichen Produktionsproblems vertritt Genosse K. Kautsky noch immer Ansichten, die vor 30 Jahren zum Teil als richtig gelten konnten, heute aber von allen Sachkundigen aufgegeben sind, weil sich die Verhältnisse inzwischen gründlich geändert haben. Auch K. Kautsky muß ja neuerdings zugeben, daß der Kleinbetrieb nicht nur nicht zurückgeht sondern sogar beträchtlich an Boden gewinnt, aber er will nicht einsehen, daß es seine guten, in den heute wichtigsten Wirtschaftszweigen sogar besseren Produktionsleistungen sind, die den Bauer in so hohem Grad konkurrenzfähig machen. Nein, er bleibt noch heute dabei: »Der Kleinbetrieb behauptet sich durch Überarbeit und Unterkonsumtion.« Er stimmt noch immer seinem gläubigsten Schüler, dem Genossen Hofer, darin bei, »daß heute schon der Kleinbetrieb die größte Verschwendung an Arbeitskraft bedeutet, ein dürftiges Produkt liefert und seinen Arbeitern nur eine karge Existenz voll Arbeitsqual ermöglicht«. Und »um nur ja nicht der Knechtschaft und Unsicherheit der Lohnarbeit zu verfallen«, werden »von vielen Besitzern von Kleinbetrieben diese immer noch mit den größten Opfern erhalten«. Jede Zerschlagung von Großbetrieben ist ihm »ein technischer Rückschritt.« »Es heißt das nichts anderes als die Arbeitsfron verewigen wollen, unter der heute Landarbeiter und Kleinbauern seufzen.« Solchen von K. Kautsky immer wieder gepredigten Ansichten, die ja leider wie alles hartnäckig Wiederholte bei den der Landwirtschaft fernstehenden Parteigenossen, zumal unseren Großstädtern noch immer Gläubige finden, möchte ich im folgenden ein paar schlichte Reisebilder entgegenstellen, wie sie mir in diesem Sommer auf Wanderungen durch die östlichen Provinzen Preußens begegneten. Für Pommern und Ostpreußen beschränke ich mich hier auf eine kurze Skizzierung der Verhältnisse je eines neubegründeten Bauerndorfs, da ich die innere Siedelung in diesen beiden Provinzen auf Grund der an Ort und Stelle gewonnenen Eindrücke in dieser Zeitschrift noch ausführlicher darzustellen gedenke.

Zunächst bitte ich den Leser mir nach der Kolonie Broitz im Kreis Greifenberg, Regierungsbezirk Stettin, zu folgen. Das 920 Hektar große Gut Broitz wurde 1903 von der *Landbank* erworben und durch deren damaligen Geschäftsführer für Pommern, den jetzigen Regierungs- und Landesökonomie- rat Dr. Stumpfe vom preußischen Landwirtschaftsministerium, in 70 Ansiedlerstellen aufgeteilt. Heute, nach 8 Jahren, sieht der weite Gutspark mit seinen alten herrlichen Bäumen zwar etwas verwildert aus, um so einladender aber zieht sich das Dorf mit der freundlichen Schule, dem stattlichen Reformgasthaus und den 70 meist mit hübschen Gärten geschmückten Gehöften längs der breiten, wohlgepflegten Dorfstraße und ihren Verzweigungen hin. An den von der *Landbank* recht solid und zweckmäßig errichteten Ställen und Scheunen zeigen häufige Vergrößerungsbauten, daß die ursprünglich geschaffenen Räume für die steigenden Erträge der Felder und die wachsende Viehzahl schon zu eng geworden sind. In der Tat ergab eine überschlägige Zählung, daß sich auch hier durch die Besiedelung die Zahl der Pferde verdoppelt, die der Rinder verdreifacht, die der Schweine mindestens verneunfacht hat. In Erstaunen setzte mich in Broitz wie in allen pommerschen Kolonien der Reichtum an Schweinen in den Ställen auch der kleineren Bauern und selbst der

Arbeiter. Mancher von ihnen versicherte mir, daß er bei mittleren Preisen — in diesem Sommer sind allerdings die Schweinepreise auch in Pommern ungewöhnlich niedrig, übrigens ohne daß der großstädtische Konsument davon Nutzen hätte — allein aus dem Ertrag der Schweinehaltung seine Rentenschuld zu bezahlen vermöge. Die starke Viehhaltung gibt reichlichen Dünger, an dem es auf dem frühern Rittergut sehr gemangelt hatte. Infolge der bessern Düngung bringen die wohlbestellten Getreide- und Hackfruchtfelder, die Klee-schläge und Wiesen höhere Erträge. Während man sonst in dieser Beziehung meist auf Schätzungen angewiesen ist, ließ sich in Broitz die Steigerung auch der Getreiderträge mit Sicherheit feststellen, denn der Sohn des frühern Gutsherrn, der während der Agrarkrisis überschuldet das Rittergut nicht halten konnte, besitzt noch das Mühlengrundstück, ein früheres Vorwerk, und durch Vergleich seiner Geschäftsbücher mit der Buchführung seines Vaters konnte er feststellen, daß die Ansiedler gegenwärtig mehr Getreide bei ihm zur Mühle bringen als vor 10 Jahren auf dem ganzen Gut geerntet wurde. Ich hatte Gelegenheit zugegen zu sein, als die Ansiedler dem Kassenführer der Kolonie die fällige Vierteljahrsrate der Staats- und Gemeinde-steuern und der Rentenbankrente — die letztere beträgt für alle Ansiedler jährlich 48 000 Mark — bezahlten. Mancher von ihnen erzählte mir von harten Anfangsjahren, in denen er es recht schwer gehabt hätte, aber alle waren mit dem bisherigen Erfolg ihrer Arbeit zufrieden und voller Hoffnung für die Zukunft. Ich gewann den Eindruck, daß alle diese Kolonisten, die aus der ländlichen Arbeiterklasse stammten oder auch noch jetzt auf Lohnarbeit zur Ergänzung ihrer Wirtschaftseinnahmen angewiesen sind, durch den Kauf ihrer Rentengüter in eine weit günstigere Lage gekommen waren als wenn sie nach dem Rat des Genossen K. Kautsky auf »die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen im Großbetrieb und dessen schließliche Eroberung zur gemeinsamen, genossenschaftlichen Bewirtschaftung« gewartet hätten. Vor allem aber leisten sie — und das ist das für uns Wichtige — als Bauern und selbst als Arbeiterrentengütler für die Volksernährung viel mehr und weit Besseres als sie als Gutsarbeiter je hätten leisten können.

In seiner Polemik gegen mich sucht Genosse K. Kautsky unter anderm zu beweisen, daß Arbeiter, die sich mit dem Gedanken tragen einen landwirt-schaftlichen Kleinbetrieb zu erwerben, notwendig zum Streikbrecher her-untersinken müssen. Unter diesen Umständen war es mir interessant unter den Kolonisten, die die *Ostpreussische Landgesellschaft* vor einigen Jahren in Galben und Saußgarten auf dem Gelände der Schlacht von Preußisch Eylau eingesetzt hat, neben deutschen Rückwanderern aus Rußland und früheren Gutskammerern auch zwei Männer kennen zu lernen, die sich durch 10jährige Bergwerksarbeit in Westfalen zur Anzahlung beim Kauf ihrer Rentengüter und zur Anschaffung des nötigen toten und lebendigen Inventars je 4000 Mark erspart hatten, ohne doch jemals Streikbrecher zu werden. Sie hätten dazu, so erzählten sie mir, absolut keine Neigung verspürt, dagegen hätten sie den Besuch von Wirtshäusern vermieden und ihr Bier lieber zu Hause getrunken; auf diese Weise wären sie zu ihren Ersparnissen gekommen. Beide hatten ihr lebendes Inventar, je 2 Pferde, 3 Kühe, Stärke, Kalb und mehrere Schweine, gut im Zeug und hofften die 26 Morgen etwas bindigen Bodens, die seit 30 Jah-ren keinen Dung gesehen hatten und ziemlich verqueckt waren, bald in gute Kultur zu bringen. In Galben und Saußgarten tritt die Schweinezucht und

-mast nicht so stark hervor wie in den pommerschen Kolonien. Dennoch ist die Viehhaltung auch in den jungen ostpreußischen Ansiedlungsdörfern um ein vielfaches stärker als auf den früheren Rittergütern. Dieses Plus in der Tierproduktion wird auch hier nicht etwa durch ein Minus in der Getreideerzeugung wieder ausgeglichen. Vielmehr hat die Buchführung eines Beamten der Landwirtschaftskammer, den die *Ostpreußische Landgesellschaft* mit der Wirtschaftsberatung in den von ihr begründeten Kolonien betraut hat, nach einer mündlichen Mitteilung, die ich dem Generaldirektor der Gesellschaft verdanke, bisher ergeben, daß die ostpreußischen Ansiedler mindestens ebensoviel Getreide produzieren als ihr Land zur Zeit der frühern Rittergutswirtschaft getragen hat. Die bedeutende Mehrerzeugung an Vieh und tierischen Produkten ist also ein reiner Überschuß, das Mehrergebnis der für das eigene Interesse geleisteten Arbeit der Bauern im Vergleich zu der für das Gutsherrninteresse geleisteten Arbeit der ehemaligen Hoftagelöhner.

Am klarsten muß der Einfluß, den die Aufteilung der Großgüter auf die Bodenproduktivität ausübt, natürlich in den Ansiedlungsprovinzen Posen und Westpreußen und in deren Grenzen, vor allem im Kreis Gnesen hervortreten, von dessen Fläche nicht weniger als 39 % (21 954 Hektar) Ansiedlungsland sind, und in dem sich die mittleren bäuerlichen Betriebe (5 bis 20 Hektar) von 718 in 1900 auf 1218 in 1910 vermehrt haben. Während noch vor einem Dutzend Jahren ausgedehnte Dominalhöfe mit dem Elend ihrer in Lehmfachwerk oder rohestem Backsteinbau aufgeführten Instkaten der Landschaft die Signatur gaben, beherrschen jetzt nach allen Himmelsgegenden hin gefällig angelegte Bauerndörfer die leicht gewellte, durch Gärten, Buschwerk und Seen angenehm belebte Ebene. Ob die pfannengedeckten, grünumwachsenen Ansiedlergehöfte nun nach dem vorherrschenden Typus des Reihendorfs angeordnet, oder ob sie zu Anger- oder zu Haufendörfern zusammengefügt wurden, oft genug sind durch die Dorfanlage reizvolle Landschaftsbilder geschaffen. Auch ein durch die ländliche Baukunst West- oder Süddeutschlands verwöhntes Auge wird beispielsweise an dem malerisch am sanft ansteigenden Seeufer hingelagerten Ansiedlungsdorf Owieschön Gefallen finden. Aber noch von anderen Erregungen als denen des bloß ästhetischen Genusses der heimlichen Schönheiten dieser Feldfluren und Dorfbilder wird das Gemüt des Wanderers bewegt werden. Versteht der Wanderer auch nur ein wenig von der Landwirtschaft, so werden alle diese Gefühle durch die fachmännische Freude an den sorgfältig bestellten Feldern, dem dichten und hohen Getreide, den wohlgepflegten Zuckerrüben, den trotz der Trockenheit dieses Jahres üppigen Kleeschlägen und vor allem an den zahlreichen gutgehaltenen Haustieren, die er als lebenden Besatz auf den Höfen überall vorfindet, zurückgedrängt werden. Und wie unerfreulich auch der Nationalitätenkampf in unserer Ostmark ist, unter dem Eindruck des an Ort und Stelle Gesehenen muß man zu der Überzeugung kommen, daß das deutsche Ansiedlungswerk für die Hebung der Landeskultur und die Lebensmittelversorgung unseres Volkes erfreuliche Wirkungen zeitigt.

Diese auf meinen Streifzügen durch die Umgegend von Gnesen gewonnene Anschauung fand ich durch die einzelnen statistischen Untersuchungen bestätigt, die der zuständige Kreis Ausschuß über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreises Gnesen aus Anlaß der ostdeutschen Ausstellung in Posen veröffentlicht hat. Danach ist von 1892 bis 1910 im Kreis die Zahl der Pferde

von 6010 auf 8490, des Rindviehs von 14 378 auf 22 733, der Schweine von 12 197 auf 35 694 gestiegen; während sich als Folge der bessern Ausnutzung des Bodens, insbesondere der Abschaffung der Brache die Zahl der Schafe von 29 145 auf 7824 vermindert hat.³⁾

»Wesentlich zu verdanken ist die Steigerung der Viehproduktion der Verkleinerung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen, wie sie die Ansiedlungskommission durch die stete Aufteilung von großen Gütern in Ansiedlerstellen herbeigeführt hat; denn der Schwerpunkt der Viehwirtschaft ruht in den mittleren und kleinen Betrieben. Die starke Vermehrung des Viehbestands wurde begleitet von einer Verbesserung der Rassen und einer Erhöhung des Nutzwerts (des Fleischwerts und der Milchleistung).« Gleichzeitig sind die Ernteerträge in den letzten 20 Jahren um durchschnittlich 100 % gestiegen.

»Die Gründe für diese Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft im Kreis liegen klar. Sie sind zu suchen in der rationellern Bewirtschaftung, der reichlichern Düngung, insbesondere mit künstlichem Dünger, vermehrten Anwendung von Maschinen, Beseitigung der natürlichen Mängel des Bodens durch Drainage und andere Mittel, Verbesserung der Anbauweise. Auch die Vermehrung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe hat bei der Steigerung der Ernteerträge mitgewirkt, da der Kleinbetrieb im allgemeinen intensiver wirtschaftet als der ländliche Großbetrieb.«⁴⁾ Dementsprechend ist die Steuerkraft gestiegen; 38 inzwischen aufgeteilte Rittergüter in der Gesamtgröße von 18 304 Hektar brachten im Ankaufsjahr das außergewöhnlich niedrige Einkommensteuersoll von 6569 Mark auf, also nur 35 Pfennig pro Hektar, die darauf angesetzten 1101 Ansiedler hatten jedoch nach dem Stand vom 1. April 1910 ein Einkommensteuersoll von 17 834 Mark zu zahlen. Das Steueraufbringen hat sich also, zum größern Teil infolge der Aufteilung, nahezu verdreifacht. Dem Urteil des Kreis Ausschusses Gnesen müßte K. Kautsky, der auf den einen sozialdemokratischen Großgrundbesitzer, den Genossen Hofer, so viel gibt, um so mehr Gewicht beilegen als die Mehrheit jener Körperschaft aus Großgrundbesitzern besteht, die der Parteinahme für den Kleingrundbesitz gewiß unverdächtig sind, zumal in der Umgegend von Gnesen, wo bekanntlich der *Deutsche Bauernbund* begründet wurde, der politische und soziale Gegensatz zwischen Bauer und Großagrariar ziemlich ausgeprägt ist.

Wandert man, fast ununterbrochen von den charakteristischen Ansiedlergehöften begleitet, von Gnesen über Kletzko nordwärts, so kommt man in die wirtschaftlich interessanteste Kleinstadt des deutschen Ostens, nach Janowitz, der genossenschaftlichen Zentrale einer weiten bäuerlich gewordenen Umgebung und wohl die ausgesprochenste Genossenschaftsstadt im Deutschen Reich. Doch hören wir, was uns die leitenden Männer des Janowitzer Genossenschaftswesens über die Produktionssteigerungen und den wirtschaftlichen Aufschwung zu berichten haben, den die Güteraufteilung hier zur Folge hatte:

3) Über die Entwicklung eines typischen Ansiedlungsdorfs wird vom Regierungsrat von Heyer in seiner Arbeit *Wirtschaftsstatistik der Ansiedlung Friedensgrün* in der vom Stadtbibliothekar Dr. Minde-Pouet herausgegebenen Gedenkschrift *25 Jahre Ansiedlung / Lissa 1911*, pag. 35, berichtet, daß in dem Dorf 20 Jahre nach der Besiedlung 126 Stück Großvieh und 431 Schweine mehr vorhanden waren als auf dem frühern Gut, und daß jährlich 62 bis 63 Stück Rindvieh und 316 Schweine verkauft werden. Von den 28 Ansiedlern, die insgesamt 355 Hektar bewirtschaften, wurden 1910 1889 Zentner Weizen, 4167 Zentner Roggen und 1628 Zentner Gerste geerntet und 1581 Zentner Weizen, 2160 Zentner Roggen und 385 Zentner Gerste neben 20 228 Zentnern Zuckerrüben verkauft. Diese durchschnittlich 12,62 Hektar großen Bauerngüter leisteten also in der Getreideversorgung ebensoviel, in der Lieferung von Rindvieh und Schweinen an den Markt weit mehr als ein Gut der selben Größe zu leisten pflegt. Dauernd beschäftigt wurden 1910 79 familieneigene und 32 familienfremde Arbeitskräfte, die letzteren vorwiegend in den 9 über 14 Hektar großen Wirtschaften.

4) Siehe *Statistische Darstellungen aus dem Kreis Gnesen mit einem Bericht über die Kreis kommunalverwaltung*, herausgegeben vom Kreis Ausschuß des Kreises Gnesen / Gnesen 1911, pag. 11, und Anlage 48, pag. 90.

»Janowitz, ehemals ein kleines, bedeutungsloses Posener Landstädtchen, war, bevor sich die Ansiedlungskommission dort festsetzte, umgeben von einer Anzahl großer, teils in deutscher, teils in polnischer Hand befindlicher Güter. Die Bewirtschaftung dieser Güter war, von wenigen rühmendswerten Ausnahmen abgesehen, schlecht, der Acker zum großen Teil verwahrlost, versumpft und heruntergewirtschaftet, der Ertrag dementsprechend gering. Die Verkehrsverhältnisse konnten kaum schlechter sein als es waren. Die Gutsarbeiter wohnten in armseligen, aus Lehm erbauten und mit Stroh gedeckten Hütten. Bauerndörfer waren nur spärlich vertreten... Da setzte Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre die Tätigkeit der Ansiedlungskommission ein. Wie sehr sich seitdem das Bild nicht nur der Umgebung sondern auch der Stadt selbst geändert hat, kann nur der beurteilen, der Janowitz vor etwa 20 Jahren gekannt hat. Mehr als 100 000 Morgen sind von der Ansiedlungskommission um Janowitz herum angekauft, aufgeteilt und besiedelt... An Stelle der früheren Großgrundbesitzer, deren jeder mehrere 1000 Morgen besessen hatte, sind deutsche kräftige und tüchtige Bauern getreten, deren Heimat Westfalen, Hannover, Sachsen, Württemberg, das Rheinland etc. ist. Da die Durchschnittsgröße einer Ansiedlerstelle 60 Morgen beträgt, beläuft sich die Anzahl der in der Umgegend von Janowitz sesshaften Ansiedlerfamilien auf rund 1700. Der früher meist nasse, unfruchtbare und unkultivierte Boden ist entwässert und durch gute Bewirtschaftung derart gebessert, daß heute auf der selben Fläche mehr als das Doppelte an Erträgen erzielt wird. Ist es doch nichts Seltenes, daß selbst Bauern, die auf kleineren als 5 Hektar großen Stellen angesiedelt sind, Getreide auf den Markt bringen. Es ist statistisch nachgewiesen, daß einzelne Ansiedler, die 80 bis 100 Morgen Land besitzen, allein an die Kornhausgenossenschaft über 300 Zentner Getreide im Jahr verkauft haben. Viel erheblicher ist aber die Steigerung der Erzeugung von tierischen Produkten. Es sei, um ein Beispiel anzuführen, nur erwähnt, daß die Ansiedler aus der Ansiedlung Hohenau und die aus der Ansiedlung Dornbrunn buchnmäßig mehr Milchgeld von der Genossenschaftsmolkerei in Janowitz erhalten haben als 10 größere Güter zusammen, darunter Güter mit mehr als 3000 Morgen Areal. In welchem Maß durch diese höhere Produktion, durch die gründliche Ausnutzung auch des kleinsten Stück Landes der Volkswohlstand gehoben wird, leuchtet von selbst ein. Dabei darf wohl nicht übersehen werden, daß die Ansiedlungen noch verhältnismäßig jung sind und deshalb die Höchstgrenze der Leistungsfähigkeit noch nicht erreicht haben. Dadurch, daß Ansiedler aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands zusammen auf einem Gut angesiedelt sind, lernt einer vom andern, und das Beste, was jeder aus der Heimut mitgebracht hat, erobert sich schließlich das Feld. Es wird so nicht ausbleiben, daß dem Acker die denkbar höchsten Erträge abgerungen werden, die Wohlhabenheit und damit die Steuerkraft wachsen. Schon jetzt ist, wie man beispielsweise in den Ansiedlungen Laßkirch und Ritscherheim sehen kann, der feldmäßige Anbau von Spargel, Zwiebeln, Gurken nichts Seltenes.«³⁾

Der wirtschaftliche Aufschwung ringsum auf dem platten Land belebte Handel und Wandel der Stadt. In ihr entstanden binnen kurzem Haushaltungsschule, landwirtschaftliche Winterschule, Obstbaumschule, Geflügelzuchtanstalt. Rasch und vielseitig entfaltete sich das Genossenschaftswesen. Schon 1897 wurde eine Kornhausgenossenschaft gegründet, in deren Kornhaus im Jahr 1910 574 Bauern 121 321 Zentner Getreide lieferten. Das Kornhaus ist mit einer Mühle verbunden, in der im gleichen Jahr 48 907 Zentner Getreide vermahlen oder geschrotet wurden. Eine gleichfalls zum Kornhaus gehörige Bäckerei verarbeitete in dem selben Zeitraum 10 357 Zentner Mehl zu Brot und Backwaren. Eine 1898 erbaute Genossenschaftsmolkerei verbuttert im Sommer täglich 18 000 Liter Milch, die ihr von etwa 500 Genossen geliefert werden. Ein genossenschaftliches Kaufhaus, das alle Gegenstände des häuslichen Bedarfs im großen bezieht und für den Kleinverkauf vorrätig hält, erreichte einen Jahresumsatz von 750 000 Mark. Noch weit besser gedeiht die Viehverwertungs-genossenschaft, die es schon 1902 auf 1400 Mitglieder brachte und im vorigen

³⁾ Zitiert nach einer kurzen Druckschrift, die mir bei Besichtigung der genossenschaftlichen Anlagen in Janowitz eingehändigt wurde.

Jahr 70 000 Schweine nach Berlin und anderen großstädtischen Märkten absetzte. Die jüngste Genossenschaft betreibt eine leistungsfähige Kartoffel-trocknungsfabrik. Selbstverständlich besteht seit langem ein Spar- und Darlehnskassenverein am Ort, der den Geld- und Kreditverkehr vermittelt, aber nach Raiffeisenschem Prinzip seinen Mitgliedern auch Futter- und Düngemittel im großen und unter Gehaltsgarantie besorgt. So haben die Ansiedler und alteingesessenen Bauern in der Umgegend von Janowitz die Weiterverarbeitung ihrer Haupterzeugnisse Getreide, Kartoffeln und Milch in genossenschaftlichen Großbetrieben zentralisiert und sich beim Absatz ihrer wichtigsten Produkte und beim Bezug ihrer meisten Bedarfsartikel vom Zwischenhandel unabhängig gemacht. Trotz dieser mannigfaltigen Anwendung des Assoziationsprinzips respektieren sie doch die Grenze, die nach aller bisherigen Erfahrung dem Genossenschaftsgedanken in der Landwirtschaft gesetzt zu sein scheint. Die Bodenkultur, die Tierproduktion, kurz der gesamte organische Erzeugungsprozeß der später genossenschaftlich veredelten Produkte bleibt das im wesentlichen unangetastete Betätigungsfeld der Einzelpersonlichkeit des Bauern, der bisher nicht im entferntesten daran denkt seine individualistische Acker- und Viehwirtschaft in das von K. Kautsky propagierte genossenschaftlich bewirtschaftete Großgut aufgehen zu lassen. So bietet der in dem wenig gekannten Landstädtchen ohne alles Theoretisieren geschaffene Wirtschaftskosmos ein überaus lehrreiches und bedeutsames Bild; denn in der Art und Weise wie hier die technischen und ökonomischen Funktionen zwischen Kleinbetrieb und Großbetrieb, zwischen Familienverband und Genossenschaft verteilt sind wird der nachdenkliche Beobachter die wesentlichen Grundsätze erkennen können, nach denen sich auch in anderen, heute noch vom Großgrundbesitz beherrschten Gebieten des Ostens künftig die landwirtschaftliche Arbeit organisieren dürfte.⁹⁾

Diese ländlichen Reisebilder aus drei Provinzen verstärken, wie ich hoffe, den schon mehrfach erbrachten Beweis für meine Behauptung, daß die kleinen und mittleren Bauern für die Lebensmittelversorgung des deutschen Volks Bedeutendes leisten, und daß ihre Betriebe an Bodenproduktivität im Getreidebau hinter den Großgütern vielfach nicht mehr zurückstehen, sie manchmal schon hierin nicht unerheblich übertreffen, ihnen aber in der Viehhaltung in der Regel sehr beträchtlich voraus sind. Hieraus ergibt sich für die städtischen Konsumenten und besonders für die Industriearbeiter, die an möglichster Zunahme der Nahrungsmittelerzeugung und bei den steigenden Fleischpreisen der letzten Jahre gerade der Tierproduktion doch gewiß am meisten interessiert sind, der Antrieb ihren Einfluß für die Vermehrung der Bauerngüter auf dem Weg der staatlich geleiteten Aufteilung und Besiedlung größerer Güter, die bei uns in Deutschland allein im großen durchführbare Art der Binnenkolonisation, mehr als bisher einzusetzen.

Den Sozialisten wird dabei das Eintreten für die Beschleunigung der innern Kolonisation sehr wesentlich durch die Tatsache erleichtert, daß die anzusiedelnden Bauern ihre, je nach der Bodenbeschaffenheit, 25 bis 60 Morgen großen Grundstücke am besten mit den Kräften ihrer eigenen Familie bewirtschaften können und daher fremde Arbeitskräfte nicht auszunutzen brauchen.

⁹⁾ Auch in der Stadt Gnesen bestehen 11 landwirtschaftliche Genossenschaften, darunter 2 Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften mit 281 Mitgliedern, 2 Viehverwertungsgenossenschaften mit 1136 Mitgliedern, 1 Pferdezucht-, 1 Molkerei- und 5 Kreditgenossenschaften, endlich 3 polnische genossenschaftliche Grundstückbanken. Doch fehlen in Gnesen die nebeneinanderliegenden, in ihrer Gesamtheit imponierenden genossenschaftlichen Fabrikanlagen, wie sie Janowitz aufweist.

Auch Genosse K. Kautsky gibt das zu, aber nach seiner Meinung besteht das sozialistische Endziel nicht in der bloßen Aufhebung der Ausbeutung sondern in »der Aufhebung der Ausbeutung in einer Weise, die jedem einzelnen ausreichendste Muße ermöglicht«. Der Kleinbetrieb aber spanne den Bauern samt seiner Familie in die Sielen einer nieaufhörenden Arbeitsfron, weshalb er als mit dem sozialistischen Endziel unvereinbar zu verwerfen sei.

Nun ist nicht zu bestreiten, daß der kleine und mittlere Bauer samt seiner Frau und seinen erwachsenen Kindern angestrengt arbeiten muß, und erst recht der Ansiedler, der sich auf grünem Rasen eine Heinstätte und ein die Mühe lohnendes Ackerfeld erst selbst zu schaffen hat. Aber von der landwirtschaftlichen Arbeit trifft ja nicht zu, »daß der moderne Mechanismus der Produktion die materielle Arbeit immer abstoßender und geistloser gestaltet«. Im Gegenteil, wie sehr wird beispielsweise dadurch der Reiz des Pflügens, Eggens und Säens erhöht, daß wir die scheinbar tot daliegende Ackerkrume immer mehr als Konglomerat kleinster Lebewesen, nützlicher und schädlicher Bodenbakterien auffassen lernen, in deren Leben und Kämpfen es zweckbewußt einzugreifen gilt. Ferner arbeitet der Bauer ja nicht wie der Tagelöhner des Gutsherrn auf Befehl eines Übergeordneten sondern nach eigenen Dispositionen zum eigenen Nutzen, was die mit manchen Arbeiten verbundene Unlust mindert, andere Arbeiten geradezu reizvoll gestaltet. Endlich gibt es im Kreislauf des landwirtschaftlichen Arbeitsjahrs neben den heißen, schweißtreibenden Monden der Ackerbestellung und der Ernte doch auch reichlich stillere Zeiten, lange Arbeitsdepressionen, vor allem im Winter, aber auch zwischen der Zusaat der Gerste, dem Rübensetzen und der Heuast, dann wieder zwischen der Heumahd und dem Beginn der Getreideernte. Die Gutstagelöhner werden freilich auch in diesen ruhigeren Zwischenzeiten von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang beschäftigt, zum Teil mit lohnenden Füllarbeiten, und der Inspektor sorgt schon dafür, daß die Arbeit, die ihnen oft überflüssig, ja als boshafte Quälerei erscheint und daher doppelt widerwillig getan wird, vorwärts geht. Der Bauer hat aber dann Muße, und er macht von der Möglichkeit sich zu erholen gern Gebrauch. Die von vielen Zehntausenden von Bauern aus weiter Umgebung besuchten Wanderausstellungen der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, die Tagungen der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände, die Sommerfeste und die Februarversammlung des *Bundes der Landwirte*, das Münchener Oktoberfest, die Jahrmärkte und Kirchweihen sind dafür jährlich wiederkehrende Beweise. Das ist in Ostdeutschland auch nicht anders als im Westen und im Süden. In den arbeitsstillen Wochen vor der Heuernte habe ich in diesem Sommer zahlreiche Kolonien in Pommern und Ostpreußen besucht. Nicht selten traf ich einen großen Teil der Ansiedler an Wochentagen schon um 5 und 6 Uhr abends im Reformgasthaus; andere, bei denen ich vorsprechen wollte, waren bei Verwandten zu Besuch oder geschäftlich in der nächsten Stadt, noch andere feierten Kindtaufen oder Hochzeit, wie beispielsweise in Galben, wo zahlreiche als kulturlos verschrieene russische Rückwanderer mit Zylinderhut und Glacéhandschuhen — notabene, selbstarbeitende mittlere Bauern von meist 10 bis 15 Hektar — in schmucken Ein- und Zweispännern zum Hochzeitsfest eines Landmanns an mir vorüberfahren. Den mittleren und kleineren Bauern bleibt also nach sauren Wochen Muße genug zu frohen Festen, und es verrät schon einen ganz gehörigen Mangel an Kenntnis des modernen ländlichen Lebens, wenn K.

Kautsky schreibt: »Der Bauer hält den Wunsch nach freier Zeit für Sünde, weil er nur durch Überarbeit bestehen kann.« Besorgnisse nach dieser Richtung hin brauchen uns gewiß nicht zu hindern für beschleunigte Binnensiedlung einzutreten, und es ist zu wünschen, daß auch der Industriearbeiter so viel freie Zeit zu freier Betätigung erhalte als die zweckbewußte Lenkung und Zusammenführung der Naturkräfte zum organischen Produktionsprozeß dem selbstarbeitenden Bauern übrigläßt.

Die staatlich geleitete Aufteilung von Großgrundbesitz in bäuerliche Rentengüter mit familienhafter Arbeitsverfassung entspricht also dem sozialistischen Endziel, auch wie K. Kautsky es auffaßt. Ausschlaggebend aber ist, daß sie dem Landarbeiter die nächstliegende Möglichkeit wirtschaftlichen Aufstiegs und sozialer Emanzipation darbietet und dem Konsumenten- und, wie ich früher gezeigt habe, auch dem Produzenteninteresse des Industriearbeiters dient. Die Beschleunigung der Binnensiedlung muß daher in einem sozialdemokratischen Gegenwartsprogramm landwirtschaftlicher Produktions- und Sozialpolitik eine der wichtigsten Forderungen darstellen.

XX
**SIGFRID SIWERTZ · DAS DUNKLE SIEGES-
 MONUMENT**



WIEDER war Bengt lange herumgeirrt. Jetzt nördlich vom Fluß, im Armenviertel. Er sah Frauen, unförmlich von Bier und Kindbetten, in den feuchten Torwegen mit einander zanken. In den Fenstern hingen Unterkleider zum Trocknen. Das Armenviertel kann pittoresk sein. Aber hier war nichts davon zu merken. Die trostlose Einförmigkeit der langen, grauen Häuserreihen erfüllte Bengt mit einer Art stiller Verzweiflung.

Vor einer Fabrik schrieten und lärmten Kinderscharen. Mädchen standen bleich und bloßköpfig an der Rinnsteinkante, ein paar Jungen ließen draußen auf der Fahrbahn ein Kreisel schnurren. Innerhalb der verrauchten Mauern schnurrten und knallten die Zugriemen. Einmal würden die draußen auch unter der Peitsche sein. Und sich rings, rings im Kreise drehen, bis sie niederfielen. Breite Gassen öffneten sich auf einen gewaltigen öden Park, wo schwarze Bäume flehende Arme zu der stauberstickten, erlöschenden Sonne ausstreckten. Dahinter dehnte sich das freie Land mit Planken, Bahngeleisen, Viadukten, Magazinen, und dahinter die Ebene, die graue Ebene, unter zusammengeballten, wütenden Wolken. Auf einem Bauplatz hatte man Volksbelustigungen eingerichtet. Jetzt stand das Karussell überdeckt, die Greuel des anatomischen Museums waren verschlossen und ein Plakat mit der dicksten Frau der Welt hing zerfetzt da und flatterte in dem kalten Wind. Bengt sank auf einen Plankenhauten. Warum trieb er sich so herum? Er war ganz fertig. Leer und blind wie eine Feuermauer. Es war nicht gut so allein herumzugehen. Bisweilen überraschte er sich bei lauten Monologen. Er blieb unaufhörlich stehen und hatte das Gefühl, daß jemand seinen Namen rief. Ja, es war, als ob ihn eine Stimme aus weiter, weiter Ferne rief. Eine Stimme von der grünen Küste des Lebens. Aber er erstarrte, als er die Entfernung ahnte.

Hinter der Planke stand ein halb demoliertes Haus mitten in einem kleinen

dunklen, nackten Garten. Man konnte die armseligen Zimmer sehen und die Zeichen, die Sopharücken und Medaillons auf einer verblaßten Tapete hinterlassen hatten. Alles sprach von Auflösung und der Vergänglichkeit lieber, stiller Dinge.

Bengt vergaß, wo er sich befand, und versank in seine eigene Welt schwermütiger Grübeleien. Und wieder kam ihm jene fressende, grausame Kindheits-erinnerung, die so oft seine Einsamkeit mit bösem Flüstern erfüllt hatte. . . .

Er war noch eine Knabe. Er saß mit dem Kopf in den Händen da und lernte seine Aufgaben. Draußen vor der Scheibe lag der Abend schon dunkel und groß über den Kastanien und den vielen niedrigen Dächern. In dem Zimmer daneben sprachen seine Eltern leise mit einander. Der Vater war kürzlich von einer Reise ins Ausland heimgekommen. Er sah sehr alt und müde aus. Und dann war er so wunderbar freundlich manchmal. Und hilflos wie ein kleines Kind. Aber manchmal konnte er auch unruhig und zornig sein, und dann wurden seine Augen so fremd und hart, daß man nicht hineinsehen konnte.

Draußen war es schon ganz dunkel. Auf dem Kachelofenfries tickte die Uhr. Vater und Mutter sprachen leise im Nebenzimmer. Bengt wollte eben aufstehen und die Türe zumachen, um ungestörter lernen zu können.

Da hörte er das Entsetzliche. Es sprach mit der Stimme des Vaters. Klar und deutlich hörte er es:

»Keine Widerrede, hörst du? Es ist meine Pflicht Bengt zu töten. Er soll nicht so leiden wie ich. Die Frage ist nur, wie es geschehen soll.«

Bengt stand da, zu Eis erstarrt, regungslos, voll namenloser Ahnungen. Eine schwarze Kluft hatte sich zwischen ihm und all dem Vergangenen aufgetan. Er hörte die Mutter etwas flüstern, mit einer Stimme, die heiser vor Angst war. Dann fiel die Türe zu, und alles war still.

Er riß sich die Kleider ab und kroch unter die Decke. Da fiel es ihm ein, daß er vergessen hatte den Schlüssel umzudrehen. Er war nahe daran vor Angst aufzuschreien, jedesmal, wenn er Schritte an der Türe hörte. Aber er hatte doch nicht die Kraft aufzuspringen und zuzuschließen.

Jetzt kam wieder jemand. Die Türklinke knirschte. Er zog die Decke über den Kopf und biß hinein. Schritte kamen über den Teppich. Mit einem Schrei fuhr er auf und fiel der Mutter in die Arme.

»Was hast du, Kind? Was hast du?«

Er schluchzte lange, ohne antworten zu können.

»Nichts Ich habe nur geträumt«

Am nächsten Tag kamen zwei fremde Herren auf Besuch, und Bengt wurde ins Zimmer gerufen.

»Sag Papa jetzt Adien. Er reist wieder weg.«

Bengt pochte das Herz vor Schreck, als er zum Vater hinging. Der stand da und suchte etwas im Bücherregal. Er starrte zerstreut die ausgestreckte Hand an und wandte sich dann wieder dem Regal zu. Dann begann er in sich hineinzumurmeln und in einem Buch zu blättern.

Bengt mußte aus dem Zimmer gehen. Er hörte einen Lärm, er lief zum Fenster seines Zimmers. Eine Droschke rumpelte fort, dem Krankenhaus zu. Er sah seinen Vater nie wieder. Bald war das Begräbnis.

Man zog hinaus, in ein kleines weißes Haus am äußersten Ende von Upsala, gerade da, wo das Flößchen weidenbeschattet und ruhig in die Stadt hineinfließt.

Da lebte nun Bengt mit seiner Mutter und all den Büchern, die der Vater hinterlassen hatte. Er las alles in glühendem Eifer, mit der halbbewußten Absicht zu vergessen, von etwas fortzukommen, das dalag und auf ihn lauerte. Die Absicht hielt ihn aufrecht. Aber dann kam ein Tag, als er seine Prüfungen gemacht hatte. Da fiel er zusammen, er konnte nicht mehr studieren. Es kamen irrende, graue Tage, erfüllt von jener Trägheit, die Todsünde ist, Abende, lastend schwer wie Blei, lange, schlaflose Nächte.

Er mußte fortreisen.

Nun war er fort und sehnte sich nach Hause, aber konnte sich nicht entschließen zu fahren. Und was war all dies? Woher kam diese Schwäche und ungeheure Empfindlichkeit, dieses sich Verbluten der Seele, so daß alle Kraft bei dem geringsten verletzenden Anblick oder Wort gleichsam verrann? Er wußte es nur zu wohl. Schwer wie Sterbeglocken klang es ihm in den Ohren: Vaters Erbe, Bluterbe. Dein Lebensbaum ist in der Wurzel angefressen.

Bengt stand auf und ging nach Haus. Wie ein Toter durch die Stadt der Toten schleppte er sich eine unendliche graue Häuserallee entlang. Da wurde plötzlich alles stumm, und ein Nebel erhob sich, durch den er die Häuser, Bänke und die Straße vor sich zu einem steilen Hügel ansteigen sah. Er griff nach einem Baum, um nicht auszugleiten, aber der wich zurück, und er tastete in dem leeren Raum und fiel tief, tief, ohne an irgend etwas zu stoßen.

Als er aus seiner Ohnmacht erwachte, saß er in einer Droschke neben einem Polizeimann, und viele Menschen starrten ihn an. Da schloß er wieder die Augen und stellte sich schlafen, bis man in der Wachstube war, und er über alles Rechenschaft geben und wieder heimfahren konnte.

Es war Abend geworden.

Über der Friedrichstraße hingen die Bogenlampen wie eine lange Reihe von weißen Monden an dem feuchtblauen Himmel, dessen Tiefe und Klarheit von dem mattleuchtenden Dunstschleier der Großstadt gedämpft wurde. Auf den staubigen Asphalt, wo Annoncen und Straßenbahnбилетts in den Ecken herumwirbelten, fiel das freche Licht der Cafés und Luxuschaufenster.

Bengt glitt in eine neue Stimmung, wie er da zusammengesunken in der Droschke saß und das Gewühl des Straßenlebens vorbeiströmen sah. Eine ohnmächtige, süße Müdigkeit kam über ihn.

Daheim in Upsala war alles so einsam und drückend still. Und in der Einsamkeit wuchs man, breitete sich aus bis zum Horizont, erfüllte alles mit seinem eigenen Schmerz, seiner eigenen Unruhe. Aber hier schrumpfte man zusammen und wurde klein, verschwindend klein. Stimmen murmelten: Was bist du? Kommt es auf dich an? Welches seltsame Gefühl, wie ein mildes, betäubendes Gift. Bengt ahnte, daß die Großstadt der Ort war, wo man am leichtesten locker läßt, sich selbst aufgibt, mit dem dunklen Strom fortreibt. Diese Möglichkeit hatte nichts Erschreckendes mehr für ihn. Es

schmeckte so süß nach Sünde zu fühlen, wie der eigene Wille müde und weich wurde.

Bengt schwindelte es schließlich von all dem Brausen rings um ihn. Er stieg aus der Droschke und glitt in eine kleine Bar mit einer italienischen Kapelle und dekolletierten Damen der Halbwelt.

Eine von ihnen ließ sich neben ihm nieder. Es war ja töricht, aber er konnte es nicht lassen ihr etwas von dem zu erzählen, was er fühlte. Sie hörte zerstreut lächelnd zu, zusammengeduckt wie eine Katze, die Brust an der Marmorplatte des Tisches. Dann bat sie um etwas zu trinken, leerte das Glas auf einen Zug und stellte ihre Alternative:

»Hotel oder Séparée?«

Er war verwirrt von dem vielen Licht, geängstigt von all den Menschen. Durch eine neue Bestellung erlangte er Aufschub. Abermals befragt, äußerte er Skrupel. Da verließ sie ihn für einen Korpsstudenten mit quellendem Fett um die roten Schmissee.

Der Rauch verdichtete sich unter den regungslosen hängenden Lichttropfen der Glühlampen. Aus dem Gemurmeln schlug hie und da ein leeres Lachen auf. Ein Herr im Frack fiel, so lang er war, über einen Tisch mit Whiskyflaschen und Gläsern. Ein kleines, blasses Heilsarmee mädchen ging herum und verkaufte den *Kriegsruf*. Die Damen ermunterten sie mit kleinen Zurufen.

Da kam für Bengt wieder der Rückschlag. Er fühlte, wie er vor Müdigkeit zitterte. Er erschrak, als er sein Gesicht im Spiegel sah. Die Käuflichkeit war doch zu kalt und grausam. Was war er für diese Menschen? Eine Möglichkeit ein paar Mark zu erraffen; nicht mehr. Was wollte er hier unter den Gläsern, die sinnlosen Rausch, Golddurst und schleichenden Tod spiegeln?

Das Brausen der Straßen wurde drohend. Er schlich heim, gejagt von dem Gespenst des Nachtlebens, verzehrt von dem Einsamkeitsgefühl der Großstadt, das weit grausamer ist als das des Meeres und der Ebene.

In seinem Zimmer schrieb er trotz seiner Ermattung einen langen Brief an die Mutter. Sie war nicht ganz wohl gewesen, als er abreiste. Jetzt beunruhigte er sich um ihr willen, bat um Nachricht, träumte halb schlummernd vor dem Papier, von dem kleinen Gärtchen auf der Sonnenseite und dem Zimmer, vor dessen Scheiben die Bergfirsche blauten und die Abende zwischen Provencerosen und blühendem Kaktus hinstarben.

WIEDER einen Tag mit dem Menschenstrom getrieben. Endlich landete Bengt in einem großen Café. Da kam ein kleiner Mann mit rundem Hut und weißem, dütenförmigen Rock herangetrippelt und ließ sich am Nebentisch nieder. Bengt erkannte ihn sogleich. Sie waren mit einander von Schweden hergefahren. Da er seit längerer Zeit mit niemand anderem als Kellnern und Frauen gesprochen, die abends seine Gesellschaft suchten, dachte er über ein paar Worte nach, um die Bekanntschaft wieder zu erneuern. Da beugte sich der andere mit einem breiten Lächeln zu ihm vor und fragte, wie er Berlin finde.

»Ach ja. Es ist eine große Stadt. Aber man sehnt sich ja immer ein wenig nach Hause, ehe man sich eingewöhnt hat.«

Der Kleine ließ den Deckel seines Bierkruges zufallen.

»Ja, Schweden, das ist ein schönes Land. Schöne Hauptstadt, schöne Damen. Ja, wirklich schöne Damen in Stockholm. Ich habe mich dort verliebt. In einem Monat fahre ich wieder hin und heirate. Sind Sie aus Stockholm? Nein, ja richtig, Sie sind ja aus Upsala. Schöne Universität in Upsala. Aber pardon, Sie haben vielleicht meinen Namen vergessen. Kühn, Joseph Kühn, Joseph mit *ph*, Kühn, K-ü-h-n«

Herr Kühn war in einer sehr fröhlichen Gemütsverfassung. Er trug sein Bier hinüber und begann ein langes Gespräch. Über Wetter und Wind, Geschäfte, Reisen, Theater und einen berühmten Mörder, der dieser Tage einen Polizisten totgeschlagen und sich durch eine kühne Flucht über die Hausdächer gerettet hatte. Vierundzwanzig Stunden nach diesem Vorfall hatte man einen neuen Marsch *Über den Dächern*. Er war sehr populär. Herr Kühn piff ihn Bengt vor. Endlich zog er den Brief seiner Braut hervor und wollte, daß Bengt ihn lese.

»Schreibt sie nicht entzückend? Sie ist sehr schön. Sie sehen, wie sie mich liebt. Ich liebe sie auch sehr. Aber eines macht mir Sorgen. Ich hab mir früher nie etwas versagt. Jetzt lebe ich seit Monaten wie ein Mönch. Es heißt: Spar dir was, so hast du was. Aber das ist nicht immer wahr. Wenigstens nicht in diesem Fall. Meine Liebe zu Agnes — sie heißt Agnes — ist bis jetzt ganz und gar unsinnlich. Glauben Sie, daß ich Grund zu befürchten habe, daß sie immer so bleiben wird?«

Bengt versuchte ihn zu beruhigen.

Herr Kühn drückte in aufrichtiger Dankbarkeit seine Hand und ging zu Plänen für die äußere Gestaltung seines Lebens in Stockholm über. Er hatte etwas Geld, die Braut noch mehr. Damit wollte er ein Warenhaus begründen, zuerst ganz bescheiden, aber es würde wachsen. Zolas *Au Bonheur des Dames* hatte ihn begeistert, sein Gedanke schwang sich durch die Stockwerke von Wertheim, so als wären es die Lichtkreise des Paradieses. Er schwelgte in Kalkulationen und administrativen Details. Nebenbei wollte er die Kunst ermuntern, wenn er genug Geld verdient hatte, Bilder kaufen und einmal in der Woche ein Diner für die Literatur geben. Er lud Bengt schon ein, der infolge einer gewissen bleichen Zerstretheit nach letzterer Richtung verdächtig war. Dann sah er plötzlich auf die Uhr, sprang mit einer Miene tödlichen Erschreckens auf und stürzte fort, in sich hineinmurmelnd.

Dichter denn je schloß sich die Einsamkeit um Bengt zusammen. Er starrte lange in die Richtung, in der der andere verschwunden war, dann stand er auf und ging nach Hause.

Über Berlin senkte sich eine eisengraue Dämmerung.

Bengt fühlte sich wie vor einer schweren Entscheidung. Bleich und grau, wie das böse Gewissen, schlich er sich in das schwarze Gedränge der Demimondestraße. Er sah sein eigenes krankes Wesen in starkem Relief gegen den naiven Egoismus und die fröhliche Schamlosigkeit der anderen, er fühlte wie nie zuvor, wie fern er von jenem Leben war, das strebt und baut.

Sein Weg war ein anderer, sein Wille ein anderer. Etwas lag da und wartete auf ihn, stumm und geduldig lag es und wartete, denn es wußte, daß er kommen würde. Er wagte es nicht es sich selbst zuzugestehen; aber sein Körper

hatte die heimliche Gewißheit, es lastete wie Blei auf der Brust, es floß wie Gift in den Adern.

Jetzt war er vor dem Reichskanzlerpalais angekommen. Vor dem schwarz- und weißgestreiften Schilderhaus stand der Rekrut mit der Mausergewehrmündung auf die Straße gerichtet. Bengt ging da nie ohne einen Seitenblick vorbei. Es war, als starrte ihn aus dem kleinen schwarzen Loch das Schicksal an. Einmal, als er vorbeiging, war ein höherer Offizier durch das große Gitter gekommen. Und Bengt dachte plötzlich: Wenn ich jetzt heranstürze und so tue, als wollte ich ihn schlagen, dann schießt mich dieser arme Bauernjunge nieder wie einen Hund. Der Impuls war so stark gewesen, daß die bloße Ahnung seine Kniee erzittern ließ.

Er eilte weiter. An der Ecke seiner Querstraße war ein großer Waffenladen. Sollte er wieder dort stehen bleiben? Die Schritte wurden eilig. Er ging nicht selbst. Etwas trug ihn. Bestimmt würde er dort stehen bleiben. Jetzt war er dort. Jetzt wurde er zu dem erleuchteten Fenster hingezogen.

Dann dachte er plötzlich daran, daß ein Brief von der Mutter zu Hause auf dem Schreibtisch liegen mußte. Die Mutter, die Mutter. Eine warme Welle des Mitleids durcheilte ihn. Er sprang quer über die Straße und lief seine Treppe hinauf. Nein, da war kein Brief. Warum verließ sie ihn in seiner Not?

Verzweifelt sank er auf sein Bett.



INIGE Zeit war vergangen. Bengt stand an seinem Fenster. Die Dämmerung Berlins senkte sich eisengrau über den Zinkengel auf dem Dach gegenüber. Die elektrischen Straßenbahnen brummenten unten auf dem Asphalt wie Riesenhumeln. Die erste Laterne wurde angezündet.

Bengt lehnte sich einen Augenblick nachdenklich an den Fensterpfosten, ehe er das Rouleau hinabließ. In der letzten Zeit war alles besser gewesen, schien es ihm. Briefe von der Mutter waren gekommen, mehrere. Sie war ein wenig kränklich gewesen, aber jetzt hatte es keine Gefahr mehr. Und nun stimmte ihn der Märztag so sanft und müde. Der Märztag: Daß es Frühling war, hatte er durch die hitzige, gleichsam prüfende Unruhe des Wetters gespürt. In einem Augenblick glitzerte die Sonne heiß in der Dachtraufe, im nächsten kam ein großer Schatten gefahren, und zerlumpte Mädchen boten Veilchen und gelbe Rosen mitten im Schneegestöber feil.

Die eisengraue Dämmerung fiel auf die Flügel des Zinkengels. Eine Reihe elektrischer Kugeln flammte vor der Waffenhandlung an der Ecke auf. Auf ein Hausdach drüben in der Leipzigerstraße schrieb eine unsichtbare Hand in großen Feuerbuchstaben ein stets wieder erlöschendes *Totem*. Bengt folgte der sich krümmenden Lichtschlange. Es war wie ein kleines lächerliches Mene-tel für die Stadt, die sich zu den sündigen Freuden des Frühlingsabends rüstet. *Totem* war ein neuer Kraftgürtel für Nervenschwache.

Die Großstadt war doch eine gefährliche Versucherin. Ihre Abende ertränkten alle Skrupel in ihrem frechen Licht. Er fühlte die starke Sehnsucht wieder hinaus in die Straßen zu gleiten.

Wie oft hatte er sich nicht vergeblich eingeschlossen und versucht zu studieren. Ein vielköpfiges Ungeheuer zog ihn hinaus mit tausend Polypenarmen. Es war

die Unruhe des Menschenstroms, die stets quellende Blutwelle der Straße, die ihn zur Selbstaufgabe zwang. Die Stadt hat ihre Arterien und Venen, ihre Adern für das gesunde und das kranke Blut. Er wurde in die Aorta der Leipzigerstraße hinausgespült, verlor sich in den Seitenstraßen, wurde wieder hin zum Herzen der Stadt gezogen. Dann irrte er umher, zerstreut, aufgelöst, sanft von sich selbst befreit. Und er träumte sich in die vielen vorüberhuschenden Leben hinein. Es waren zumeist die Frauen, die seine Blicke suchten. Die Frauen...

Junge Mädchen mit klaren Zügen gingen da, ohne die Abgründe zu ahnen, über die die Brücke des Lebens geschlagen ist. Frauen im Sommer ihres Lebens, in Liebe blühend, führten muntere Knaben an der Hand. Andere glitten fett wie Spinnen, grau vom Laster durch das Gedränge, ohne einen Funken von Leben im Blick. Er sah verweinte Witwen, die Vaterlose unter dem Herzen trugen, und er sah kleine wankende Greisinnen, die so alt waren, daß sie aufgehört hatten zu leiden.

Später starrte er mit schmerzenden Augen in den Tabaksrauch der Nachtcafés. Und oft schlich er mit Frauen fort, die kalt und müde lächelten, bis der Wein die Erinnerung an den verhaßten grauen Tag ertränkt hatte. Er lernte den Rausch schätzen und ihre erfahrenen Liebkosungen. Eine von ihnen gewann er beinahe lieb. Sie war jung wie er, aber schon lastete die Ahnung des Untergangs auf ihr. Sie gehörte zu jenen, die wirklich die Nacht zur Nacht machen können.

Manchmal war es, als lebte er jetzt leichter denn je. In der Zeit, wo er da saß und die ewige Forderung anstarrte, sah er ja nichts. Jetzt sah er nach rechts und nach links: Gab man verschwenderisch dem Augenblick alles, bekam man viel zurück. Das Leben war doch dazu da sich darin zu verlieren: Lebte man nicht oft im Verfall am stärksten? Im Verfall. Er konnte von seinem eigenen Untergang träumen, sich nach dem Genuß des Todes sehnen wie ein Libertin. Ja, so hatte er gefühlt und gedacht. Aber es war auch ein grausames Erwachen, wenn es ihm zum Bewußtsein kam, wie leer und fremd all dies Neue war, in dem er sich verlor.

Nun durchzuckte ihn plötzlich wieder das Gefühl dessen, was er versäumt, mit schneidendem Schmerz. Mit einem Ruck ließ er das Rouleau herab und sank über dem Buch zusammen, das immer aufgeschlagen auf dem Schreibtisch lag. Es war eine philosophische Arbeit mit klaren und stillen Gedanken, die sachte vorwärts glitten. Er las und vergaß so allmählich alles rings um sich in einer Art Lichttrunkenheit, einem weißen Fieber. Mit jedem Wort schlich sich etwas in sein Gemüt, das ihn mit tönendem Strom zu kalten, reinen Gefilden erhob. Nur durch einen schmerzlichen Willensakt konnte er dieser verzehrenden Klarheitswelle den Weg eröffnen, aber wenn sie ihn einmal umspielte, dann trug sie ihn weit und hoch.

Wie hatte er sich so im Äußern verlieren können? Hier auf diesen Blättern war die Wahrheit. Kein Zweifel mehr: Um die Fäden des Begriffsnetzes hatte sich die Welt kristallisiert. Die Naturnötwendigkeit war nur eine Spiegelung der logischen. Die Ideen waren das Schicksal, wie eine Frostnacht wölbte sie ihre weißen Sterne über dem Lustgarten, in dem wir unser Glück und unsere Persönlichkeit pflanzen.

Und diesen arktischen Rationalismus nannte man optimistisch. Er fand, daß

daraus der Hauch einer viel tiefern und männlichern Resignation schlug als aus den Mollakkorden der berühmten Pessimisten. Es war eine Verzweiflung, die sich verbarg und nicht die Fassung verlor.

Wie hatte er die norddeutsche Spekulation so gut verstanden. Sie leuchtete vor ihm wie ein kaltes phosphorbleiches Licht, ein Schicksalsmorgendämmern des Gedankens auf der ganzen gewaltigen Ebene zwischen Jena und Königsberg. Welches grausame Glück es doch war, sich in seinem Raum zu verlieren, im Äther aufzugehen. Er fühlte stärker als je zuvor, daß die Gedanken doch der Tod sind. Da ist so vieles, das nur in der Dunkelheit wachsen und leben kann, so wie der Keim in der Erde und die Frucht unter dem Herzen der Mutter, da ist so vieles, was von der Gorgo auf dem Schild der Weisheitsgöttin versteinert wird.

Die Stunde wurde tief von Gewißheit. Ein Licht fiel in sein Innerstes, und er sah wieder, daß das, was er wollte, Befreiung war. Strebte er nach außen oder nach innen, immer ging seine geheimste Sehnsucht nach dem Tode, alles, was in ihm echt war, lechzte nach dem Tode. Bengt saß da, den Kopf in die Hände vergraben, bis eine Klinge von grauem Morgenlicht den Fenstervorhang durchschnitt.

Als er gegen Mittag erwachte, lag ein Brief mit schwarzem Lack auf dem Schreibtisch. Er wußte augenblicklich, was es war. Wie ein kalter Bergbrand durchfuhr es ihn, wie ein Eismeer schlug es über seinem Kopf zusammen.

Die Mutter war gestorben.

Er fühlte, wie die Lippen sich zu einem krampfhaften Lächeln verzogen. Es verschwand vor einem plötzlich aufsteigenden Schmerz und wurde zu Tränen. Die Mutter war tot, tot, tot. Die traurigen blauen Augen waren erloschen. Es gab niemanden mehr, der an ihn dachte, auf ihn hoffte, in ihm lebte. Das kleine Heim dort oben war vernichtet.

Wie war es möglich, wie war es geschehen? Ein plötzlicher Rückfall, und in zwei Tagen war alles aus, stand da in dem Brief. Hatte sie sich nach seinem Leben in Berlin erkundigt und schlechte Nachrichten bekommen? Nein, an wen hätte sie sich wenden sollen? Sie kannte niemanden, niemanden.

Bengt sank wieder auf das Bett und lag stundenlang gelähmt und vernichtet da. Dann begann es in ihm zu arbeiten. Warum lag er noch da? Er mußte morgen fahren, gleich mußte er heimfahren. Die Tote erwartete ihn. Es hieß forteilen, ein Billett kaufen. Und dann würde er einen Tag und eine Nacht am Kupeefenster sitzen und die Telegraphenstangen vorbeisausehen. Einen Tag und eine Nacht würde er da sitzen, und dann würde er ein Weilchen über die holprigen Steine der stummen Gassen gehen. Und das grüne Gartentürchen unter den Ahornbäumen öffnen. Und in das kleine weiße Zimmer treten. Da lag die Tote und wartete auf ihn.

Nein, es war unmöglich. Er hatte nicht die Kraft. Er vermochte kaum die Hand zu heben.

Es gab einen andern Ausweg. Er fühlte den Tod in seinen Eingeweiden . . .

Eine Stunde später stand er vor dem Waffenladen. Er rieb sich die Wangen, um nicht so bleich auszusehen. Man denke, wenn man sich weigerte ihm einen Revolver zu verkaufen! Der bloße Gedanke, daß man ahnen könnte, was in

ihm lebte, erstickte seine Scheu. Er hatte Angst seinen Vorsatz zu verraten, so wie man Angst hat das Geheimnis seiner Liebe preiszugeben.

Doch er überwand seine Schwäche mit einer Willensanstrengung, und sobald er zur Türe hereintrat, war er ganz ruhig.

Als Bengt mit dem Revolver in der Tasche wieder heraustrat, lag die Straße einen Augenblick leer in der Sonne da. An der Ecke stand ein großes Automobil und zitterte vor Ungeduld. Mit seinen dunklen, festen Zügen und der braunen Lodenjacke war der Chauffeur wie in Bronze gegossen.

Bengt trank dieses Bild gesammelter Kraft mit einem plötzlichen seltsamen Gefühl von kühlem Wohlbehagen. Er hatte das Schlimmste überwunden. Nicht ohne einen Hauch von stolzer Sicherheit fühlte er den Druck der Waffe in der Brusttasche.

Da erwachte ein seltsamer Vorwurf. Dachte er nicht mehr an die Mutter, die betrübte alte Frau, die nun tot war? Tot, ohne ihn wiedergesehen zu haben? Einen Augenblick hemmte er seinen Schritt. Nein, er mußte fest sein, durfte nicht wieder zusammensinken. Die Pfade des Todes sind schmal, die wandern wir allein, wenn auch unsere Lieben unsere Hände halten. Jetzt war ja alles vorüber.

Bengt ging in sein Zimmer und schrieb einen Brief. Dann war er wieder draußen auf der Straße.

Er fühlte keine Furcht, keine Beklommenheit mehr. Es war, als hätte er zu Ende gelitten. Den Schmerz erschöpft, durch den die Gnade des Todes erkaufte wird. Er wollte auf einen Hügel hinauf, wollte über die Stadt hinsehen, in der sein Schicksal sich erfüllt hatte. Es gab nur einen Ort, den er wählen konnte: den Viktoriapark, oben auf dem Hügel, ganz im Süden.

Bengt war vor dem Park angelangt und schlug einen bäumebeschatteten Weg ein, der sich zur Spitze des Hügels hinaufschlangelte. Unter ihm lag die Stadt der gewaltigen Ebene in früher, blaugrauer Dämmerung. Von den fernen Türmen im Norden sah man nur die Spitze, das übrige floß zusammen und verlor sich in dem Schleier von Staub und Rauch, der immer über den Dächern hängt.

Die Häuserfassade hinter den schwarzen Parkbäumen war wie mit Platten von blassem Gold belegt. Über der grauen Riesenwölbung einer Bahnhofshalle segelten zwei Taubenscharen hin und wieder, sie verdickten sich, tauchten wieder auf und blitzten weiß. Bengt sank an dem Geländer zusammen, das das dunkle gotische Monument umgab, das dem Park seinen Namen gegeben. Er war müde, müde, müde. Aber zugleich war etwas in ihm, das *Viktoria* rief. Er hatte einen Augenblick schwindelnden, schmerz erfüllten Glücks. Eine Sturzwelle der Liebe löste sich aus der Schicksalsstimmung des Aufbruchs. Er fühlte den Augenblick vom Traum der Unendlichkeit geschwellt. Es war doch in allem Versöhnung. Hier war der Tod der Helfer. Und er hatte das Recht zu sterben.

Er war kein Hasser und Leugner, er wollte nur sich selbst dem hohen Leben zum Opfer darbringen. Das Beste in ihm wußte weder von Anfang noch von Ende, es schwebte wie eine weiße Taubenschar über dem schweren, dunsterfüllten Kreis von Wachsen und Sterben. In seinem größten Augenblick würde er

alles erlösen, das müde war und nach Ruhe trachtete, sich vor seinem Karma retten, vor dem Fluch des Kreises, hinein in die Stille des mystischen Mittelpunkts.

Einen Augenblick schauderte er vor einer alten Frage zurück: Brachte er ein Opfer? War er nicht nur ein Opfer? Seine Melancholie war ja ein Bluterbe, der Selbstmord vielleicht eine Zwangshandlung.

Die Gedanken flatterten fieberschnell zu den ewig zurückweichenden Horizonten des Freiheitsrätsels. Taten wir aus Notwendigkeit alle unsere Tugenden, war das Schicksal der große Verketter? Das Gesetz der Notwendigkeit entstammte der selben Quelle wie die Erkenntnis. Es war nichts Äußeres, Fremdes. Es war eins mit seinen Gedanken. Solange man nur kalt über die Welt und sich selbst nachdachte, war man nicht frei. Die Freiheit blühte aus etwas, das größer war als die Erkenntnis. In Taten der Selbstüberwindung war ein Kern von Freiheit. In den Intuitionen der Schönheit, in aller tiefen Ironie.

Was war die Dämmerung des Schicksals für den, der in sich selbst frei war? Sah er seinem Schicksal ins Auge, war er größer als sein Schicksal, dann besiegte er im Tode die Macht mit einem Lächeln und einem Blick, der weit über die Leichen und Trümmer der Walstatt hinausschweifte.

Jetzt war die Stunde gekommen.

Ein Augenblick machte ihn das Grauen des Todes erstarren. Aber dann flammete sein Gedanke wieder auf, wie die letzte Glut einer erlöschenden Fackel, und es hob sich in ihm mit einem Rauschen weißer Fittige und jubelte wild und schmerzerfüllt: Freiheit, Freiheit.

Immer tiefer senkte sich die Dämmerung, doch mit der Dunkelheit wuchs die Zahl der Sterne.

Er sah hinaus über die Stadt. Es war ein letzter, langer Blick, der alle Weiten umrahmte und das vertiefte Blau schlürfte.

Dann wankte er hinab in die Dunkelheit zwischen den Bäumen...

XX

AUGUST ERDMANN · EINE VERSICHERUNGSKASSE GEGEN ARBEITS- UND STELLENLOSIGKEIT

In seinem Aufsatz über die kommunale Arbeitslosenversicherung erwähnt Gustav Krüger als die älteste derartiger Versicherungseinrichtungen die *Stadtkölnische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter*.¹⁾ Sie wurde im Jahr 1896 auf Betreiben und nach den Vorschlägen eines Kölner Industriellen gegründet. Die organisierten Arbeiter brachten dem Unternehmer kein Vertrauen entgegen, da die Kasse ihr Wesen als Wohltätigkeitsanstalt nicht verleugnen konnte. Der Hauptteil ihrer Mittel wurde durch städtischen Zuschuß und die Zuwendungen von Behörden, Vereinen und Einzelpersonen, namentlich auch durch die Spenden der Patrone und Ehrenmitglieder aufgebracht. Dazu kam noch das geringe Maß von Mitbestimmungsrecht der Versicherten, die gegen-

¹⁾ Siehe Krüger *Die kommunale Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung in Deutschland* in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 972.

über den zahlungsfähigen Gründern und Gönnern der Kasse, eben den Patronen und Ehrenmitgliedern, vollständig zurücktraten. Die ersten 5 Jahre kam die Kasse nicht viel über 300 Mitglieder hinaus, und als durch eine Änderung der Satzungen die Arbeiter in stärkerem Maß herangezogen wurden, da hielt sich auch dann noch die Zahl der Versicherten in bescheidenen Grenzen. Wie Krüger erwähnt, betrug die Zahl der Versicherten im letzten Jahr 1938. Nun ist in diesen Tagen nach langen Vorarbeiten eine völlige Umwandlung der Kölner Arbeitslosenversicherungskasse zustande gekommen, die erwarten läßt, daß sich die Arbeiter der Kasse in viel höherem Maß als bisher zuwenden werden. Man ist nämlich, wie auch anderswo in Deutschland, auf den Gedanken geraten die organisierten Arbeiter durch finanzielle Vergünstigungen für die Sache zu interessieren, indem man sich die Erfahrungen des sogenannten *Genter Systems* zunutze machte. Unter diesem System versteht man bekanntlich die gemeindliche Arbeitslosenfürsorge durch Vermittlung der Arbeiterverbände, also der gewerkschaftlichen Organisationen. Gegen das Genter Verfahren ist eine Anzahl Einwürfe erhoben worden, die die Denkschrift der Stadt Köln zur Arbeitslosenversicherungsfrage wie folgt behandelt:

»Der erste Vorwurf, der gegen das Genter System erhoben wird, ist der, daß es die Organisation stärke und eine einseitige Parteinahme zugunsten der Arbeiterschaft darstelle. Diese Vorwürfe sind nicht berechtigt. Eine einseitige Parteinahme wird ausgeschlossen dadurch, daß sich ein Eintreten bei Streik und Aussperrung verbietet. Es ist auch nicht anzunehmen, daß sich jemand einer Arbeiterorganisation anschließt, weil er im Fall einer Arbeitslosigkeit einen Zuschuß bis zu 1 Mark erhält; der Arbeiter sucht in der Organisation andere Werte. Ein plötzlicher Anschluß an die Organisation, um Unterstützung (durch die Gewerkschaft) und Zuschuß (durch die Versicherungskasse) zu erhalten, ist wegen der Wartezeit nicht möglich. Dazu nehmen die Organisationen in Krisenzeiten ab. In allen Berichten ist festgestellt worden, daß eine Stärkung der Organisation bis jetzt nirgendwo beobachtet wurde. Aber ist denn eine Stärkung der Organisation durch den Ausbau der Versicherung so von der Hand zu weisen? Führt man nicht ihr damit Aufgaben zu, die ihre Mittel für friedliche und ethische Zwecke stark in Anspruch nimmt? Man hat weiter gegen die Arbeitslosigkeit mit öffentlicher Unterstützung geltend gemacht, daß von einer Arbeitslosigkeit als Gesamterscheinung, die erst das Eingreifen der Öffentlichkeit rechtfertigen würde, nicht gesprochen werden könne. Nach den Erscheinungen der letzten Winter läßt sich diese Behauptung wohl nicht mehr aufrechterhalten. Die Erscheinung ist sogar international. Weiter heißt es, die Arbeitslosenversicherung in jeder Form untergrabe den Arbeits- und Sparsinn und fördere die Landflucht noch mehr; die Arbeitslosenversicherung wirke als Prämie auf die Faulheit. Von einer Untergrabung des Sparsinns kann nun da keine Rede sein, wo er gefördert wird. Durch die Kasse werden im Sinn unserer Ethik nur bessere Gefühle geweckt, Familiensinn und Sorge für die Zukunft. Wer faulzen will, der spart nicht Monate lang, besonders wenn der Aureiz der Tagegelder so gering ist, daß er lieber Arbeit behält. Dazu muß er zunächst Arbeit annehmen, wenn ihm solche zugewiesen werden kann. Was die Landflucht angeht, so beruht diese auf anderen, tiefer liegenden Gründen. Nach den Beobachtungen der Kölner Kasse ist es jedenfalls der seßhafte, gediegene Arbeiter, der sich versichert.«

In ihrer jetzigen Gestalt ist die Kölner Arbeitslosenversicherungskasse für alle Arbeiter der Stadtgemeinde Köln zugänglich, doch so, daß die Mitglieder der Gewerkschaften gewisse Vergünstigungen haben. Für die Wochenbeiträge sind 3 Gefahrenklassen und für die Tagegelder 2 Tarife eingeführt worden. Es beträgt der Wochenbeitrag nach Tarif A für Gefahrenklasse I 15, II 20 und III 45 Pfennig; nach Tarif B für Gefahrenklasse I 20, II 30 und III 60 Pfennig. Für Mitglieder über 60 Jahre erhöht sich der Beitrag etwa um 25 %. Arbeiter unter 18 Jahren werden nur zu Tarif A zugelassen.

Tagegeld wird erst nach Zahlung von 52 Wochenbeiträgen geleistet, die jedoch, um die Wartezeit nach Belieben des Versicherten abzukürzen, in 26 Wochen gezahlt werden können. Für die ersten 6 Tage nach Anmeldung der Arbeitslosigkeit wird Tagegeld nicht gezahlt. Das Tagegeld, das für höchstens 60 Tage innerhalb 52 Wochen gewährt wird, beträgt bei einer Versicherung nach Tarif A 1,50 Mark für die ersten 20 Tage, 0,75 Mark für die folgenden 40 Tage; nach Tarif B 2 Mark für die ersten 20 Tage, 1 Mark für die weiteren 40 Tage.

Diese Bestimmungen gelten für nichtorganisierte Arbeiter. Für Gewerkschaftsangehörige sind nach der Umwandlung der Kasse folgende Bestimmungen maßgebend: Berufsvereine von Arbeitnehmern, die in Köln eine selbständige Verwaltungsstelle haben und Arbeitslosenunterstützung gewähren, können der Kasse durch Abschluß eines Vertrags als Mitglied beitreten. Die Kasse gewährt auf Grund dieses Vertrags den Vereinen Rückversicherung für einen Teil der von ihnen ihren Mitgliedern gegebenen Arbeitslosenunterstützung. Voraussetzung ist, daß für jedes Vereinsmitglied, das seit einem Jahr in Köln wohnt oder arbeitet und im Hauptberuf unselbständig erwerbstätig ist, laufende Wochenbeiträge geleistet worden sind; daß der Grund der Arbeitslosigkeit nicht in der Person des Mitglieds gelegen hat und die vom Verein gewährte Unterstützung mindestens 1 Mark für den Tag betragen hat. Der Ersatz, den die Kasse den Gewerkschaften für den Tag und den Fall leistet, beträgt nach Entrichtung von 52 Wochenbeiträgen 0,75, nach 104 Wochenbeiträgen 1, nach 156 Wochenbeiträgen 1,25, nach 208 und mehr Wochenbeiträgen 1,50 Mark, höchstens aber innerhalb 52 Wochen das 60fache dieser Sätze. Dabei muß der Unterstützungssatz des Vereins um mindestens 25 Pfennig höher sein. Der Beitrag beträgt für Vereine, deren Mitglieder der Gefahrenklasse I angehören, 4 Pfennig, Gefahrenklasse II 10 Pfennig und Gefahrenklasse III 30 Pfennig für jedes Mitglied und jede Woche.

Für alle Versicherten gilt, daß sie sich bei Arbeitslosigkeit täglich in den festgesetzten Stunden bei der Kasse melden und die ihnen zugewiesene Arbeit, sofern sie dem Beruf und dem bisherigen Verdienst entspricht, annehmen müssen, wenn die Stelle nicht durch Streik oder Aussperrung freigeworden ist. Hat ein Mitglied der Kasse in 3mal 52 einander folgenden Wochen Tagegeld nicht bezogen, so werden 25 %, und wenn auch dann die Kasse nicht in Anspruch genommen wird, ebenfalls 25 % jedesmal nach Entrichtung von 52 Wochenbeiträgen vergütet.

Die Mitgliedschaft eines Versicherten erlischt durch Tod, Kündigung, Ausschluß, Erwerb eines Anspruchs oder einer Aussicht auf anderweitige Arbeitslosenunterstützung, Unterbrechung der Mitgliedschaft von 36wöchiger Dauer, Bezug einer Unfallrente über 50 % der Invalidenrente. Die Mitgliedschaft wird unterbrochen durch Erwerbsunfähigkeit, Erfüllung der Wehrpflicht, Annahme von Arbeit außerhalb Kölns, wenn sie mit Wohnungsverlegung verbunden ist, Aufnahme einer selbständigen Berufsarbeit oder einer Heimarbeit, Verbüßung einer Freiheitsstrafe, Nichtzahlung der Beiträge für 4 Wochen, Arbeitslosigkeit infolge Streik oder Aussperrung. Die Unterbrechung darf innerhalb 52 Wochen nicht länger als 36 Wochen dauern. Die Mitglieder der Kasse sind die Versicherten und die Rückversicherten, sodann die Stifter und die Ehrenmitglieder. Stifter ist, wer einen einmaligen Bei-

trag von mindestens 300 Mark zahlt, Ehrenmitglied, wer einen jährlichen Beitrag von mindestens 5 Mark leistet. Es ist das ein aus der alten Kasse übernommener Rest von Patriarchalismus; doch hätte man nicht zulassen dürfen, daß nach den Satzungen die Möglichkeit für die Versicherten besteht durch die Stifter und Ehrenmitglieder in der Verwaltung der Kasse majorisiert zu werden. So besteht zum Beispiel die Hauptversammlung der Kasse aus dem Oberbürgermeister, 5 von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Vertretern, dem Vorsitzenden der städtischen Arbeitsnachweisanstalt, den Stiftern und Ehrenmitgliedern, den Vertretern der Versicherten und der rückversicherten Vereine. Da auf 300 Versicherte ein Vertreter kommt, so haben diese 300 Versicherte in der Hauptversammlung gerade so viel Recht wie ein Ehrenmitglied, dessen Interesse an der Kasse darin besteht, daß er jährlich 5 Mark bezahlt. Weitere Organe der Kasse sind der Gesamtvorstand, in dem 10 Vertretern außerhalb des Kreises der Versicherten ebensoviel Vertreter der Versicherten gegenüberstehen; der geschäftsführende Vorstand, bestehend aus einem vom Oberbürgermeister ernannten Vorsitzenden, der die Leitung der Kasse in Händen hat, und 2 Beisitzern, von denen einer dem Kreis der Versicherten angehören muß; endlich der Ausschuß der Versicherten, der aus 9, von den Vertretern der Versicherten und rückversicherten Vereine in der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern besteht.

Die Stadt Köln leistet für jeden Versicherten einen Zuschuß von 5,20 Mark, solange die Zahl der Versicherten 14 000 nicht übersteigt; über diese Zahl hinaus 2,60 Mark auf den Kopf. Da die Kasse mindestens 7000 Arbeitern der höchsten Gefahrenklasse und insgesamt 4000, im ersten Jahr 3000, unorganisierten Arbeitern den Beitritt ermöglichen soll, so beträgt der städtische Zuschuß im 1. Jahr 80 000 Mark, im 2. Jahr 10 000 Mark. Der zuständige Beigeordnete bezeichnete in der Stadtverordnetenversammlung das Unternehmen als einen Sprung ins Dunkle; man betrachte das Ganze als eine Probe, die weitere Schlußfolgerungen erst in 2 Jahren zulasse. Aus dem Kreis der Stadtverordneten wurde bedauert, daß es vorderhand noch nicht möglich gewesen sei die Angestellten im Handelsgewerbe, die Heimarbeiter und sodann die weiblichen Arbeiter, die außerhalb der Organisation stehen, in die Arbeitslosenversicherung mit einzubeziehen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

1910 Die in der statistischen Beilage des *Korrespondenzblatts* von der *Generalkommission* veröffentlichte Statistik ergibt eine Zunahme der Mitgliederzahl von 238 087 und eine Abnahme von nur 2634, mithin einen Gewinn von 235 453 Mitgliedern gegen den Jahresschluß 1909. Es hatten am Jahresschluß 1910 die Asphalteure 1020 (gegen Ende 1909 + 113), Bäcker 23 093 (+ 2 743), Bauhilfsarbeiter 72 203 (+ 1 252), Bergarbeiter

123 437 (+ 3157), Bildhauer 3606 (- 116), Blumenarbeiter 922 (+ 330), Brauerei- und Mühlenarbeiter 41 303 (+ 2925), Buchbinder 28 706 (+ 4792), Buchdrucker 61 938 (+ 2911), Buchdruckereihilfsarbeiter 15 891 (+ 1166), Bureauangestellte 5783 (+ 674), Dachdecker 7156 (+ 1026), Fabrikarbeiter 167 097 (+ 26 073), Fleischer 3887 (+ 629), Friseur 2199 (+ 58), Gärtner 5525 (+ 631), Gastwirtsgehilfen 11 019 (+ 1508), Gemeindearbeiter 39 262 (+ 6774), Glasarbeiter 15 742 (+ 1107), Glaser 4349 (+ 322), Handlungsgehilfen 12 380 (+ 2510), Holzarbeiter 165 042 (+ 12 910), Hutmacher 9452 (+ 1281),

Isolierer und Steinholzleger 800 (— 90), Kupferschmiede 4487 (+ 42), Kürschner 4546 (+ 984), Lagerhalter 2449 (+ 135), Lederarbeiter 14 589 (+ 2937), Lithographen 16 723 (— 782), Maler 41 882 (+ 3149), Maschinisten 21 121 (+ 2530), Maurer 169 645 (— 1223), Metallarbeiter 464 016 (+ 90 667), Notenstecher 426 (+ 1), Porzellanarbeiter 13 052 (+ 2537), Sattler und Portefeuller 12 600 (+ 1787), Schiffszimmerer 3891 (— 114), Schmiede 14 987 (— 112), Schneider 44 432 (+ 5912), Schuhmacher 42 688 (+ 6352), Steinarbeiter 22 416 (+ 5522), Steinsetzer 10 221 (+ 5), Stukkateure 8580 (+ 1299) Tabakarbeiter 34 046 (+ 1421) Tapezierer 9362 (+ 906), Textilarbeiter 117 254 (+ 12 953), Töpfer 11 547 (+ 519), Transportarbeiter, Hafenarbeiter, Seeleute 152 954 (+ 22 510), Xylographen 460 (— 15), Zigarrensortierer 3081 (— 26), Zimmerer 54 550 (+ 729), Zivilmusiker 1827 (— 156). Das ergibt eine Mitgliederzahl von 2 128 021, während der Jahresdurchschnitt 2 017 298 beträgt. Von diesen waren in 33 Verbänden 175 028 weibliche Mitglieder gegen 139 119 in 32 Verbänden im Jahr 1909. Von den weiblichen Mitgliedern gehören zum Verband der Textilarbeiter 40 702, Metallarbeiter 23 672, Fabrikarbeiter 20 516, Tabakarbeiter 16 389, Buchbinder 13 499, Buchdruckereihilfsarbeiter 9034, Schneider 8942, Handlungsgehilfen 7510, Schuhmacher 7128, Transportarbeiter 5763, Holzarbeiter 5040, Hutmacher 3910, Bäcker 3061, Kürschner 1555, Porzellanarbeiter 1432, Gemeindearbeiter 970, Lederarbeiter 950, Sattler 941, Brauereiarbeiter 889, Zigarrensortierer 883, Glasarbeiter 630, Gastwirtsgehilfen 607, Blumenarbeiter 402, Bureauangestellte 184, Lagerhalter 138, Tapezierer 123, Fleischer 52, Maler 35, Steinarbeiter 35, Gärtner 26, Schmiede 5, Friseur 3, Glaser 2.

Die Einnahmen sämtlicher Verbände betragen 64 372 176 Mark, die Ausgaben 57 926 566 Mark, der Vermögensbestand 52 575 505 Mark, davon in den Hauptkassen 37 487 361 Mark. Von den Ausgaben entfallen allein 39 117 666 Mark auf die verschiedenen Unterstützungszweige und zwar wurden verausgabt für Reiseunterstützung 1 015 984 Mark, Umzugsunterstützung 316 452, Arbeitslosenunterstützung 6 075 522, Krankenunterstützung 9 028 693, Invalidenunterstützung 504 771, Beihilfe in Sterbefällen 884 012, Notfallunterstützung 548 567, Streikunterstützung im eigenen Beruf 19 068 972, an andere Gewerkschaften und an das Ausland 534 633, Rechts-

schutz 330 322, Gemaßregeltenunterstützung 809 738 Mark. Für die Verbandsorgane wurden 2 203 360 Mark, für Bibliotheken 230 296, Unterrichtskurse 89 306 und für Statistiken 83 762 Mark ausgegeben.

X Deutscher Gewerkschaftskongress 1911

Der 8. deutsche Gewerkschaftskongress fand vom 26. Juni bis zum 1. Juli in Dresden statt. Anwesend waren 286 Delegierte, die zusammen 2 276 395 organisierte Arbeiter vertraten, das sind 148 374 Mitglieder mehr als die Mitgliederzahl der gesamten der *Generalkommission* angeschlossenen Gewerkschaften am Jahreschluß 1910 betrug. Der schriftliche, vom Genossen Legien mündlich ergänzte Bericht der *Generalkommission* gibt nicht nur eine Übersicht über ihre eigene Tätigkeit wie über die der Gewerkschaften während der letzten 3jährigen Berichtsperiode sondern führt uns den Aufstieg der Gewerkschaften seit dem Jahr 1891, und zwar was Mitgliederzahl wie auch Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestände anlangt, vor Augen. Die Entwicklung seit jener Zeit wird durch folgende Zusammenstellung gekennzeichnet:

Jahr	Mitgliederbestand im Jahresdurchschnitt	Einnahmen in Mark	Ausgaben in Mark	Vermögen in Mark
1891	277 659	1 116 588	1 606 534	425 845
1895	359 175	3 036 803	2 488 015	1 640 437
1900	680 427	9 454 075	8 088 021	7 745 902
1905	1 344 803	27 812 257	25 024 434	19 635 850
1910	2 017 013	64 372 176	57 926 566	52 575 505

Seit 1900 zählten die Gewerkschaften insgesamt 74 571 531 Mark für Streiks und Aussperrungen und 45 768 718 Mark an Arbeitslosenunterstützung, dabei sind die Riesensummen für Kranken-, Invaliden-, Notstands- und Sterbeunterstützung noch nicht mitgezählt.

Neben dem Rechenschaftsbericht der *Generalkommission* beschäftigte der Gewerkschaftskongress sich fast ausschließlich mit der Sozialgesetzgebung. Der Vortrag Dr. Heinemanns über das Kollisionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch zeigte, wie fremd nicht nur die Gesetzgeber sondern auch die Richter dem Fühlen und Denken der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegenüberstehen. Nicht minder interessant waren die Referate C. Daichmanns über Heimarbeiter-schutz und Hausarbeitsgesetz; Robert

Schmidts über Arbeiterschutz und Arbeitsversicherung, Paul Umbreits über Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung, P. Langes über die Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben! und J. Sassenbachs über Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften. Die Vereinbarungen der *Generalkommission* mit dem *Zentralverband deutscher Konsumvereine* über Heimarbeit, Strafanstaltserzeugnisse, Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsarbeiten und Vergabung von Arbeiten sowie der genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder, Verhängung von Boykott usw. wurden einstimmig angenommen. Außerdem wurde die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherung einstimmig beschlossen. Dem Gewerkschaftskongreß ist wohl das Zeugnis auszustellen, daß er eine fleißige und hoffentlich auch fruchtbringende Arbeit geleistet hat (siehe Schmidt *Der Gewerkschaftskongreß in Dresden* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 879 ff.).

✕ **Konferenz der Vor dem Gewerkschaftskongreß, am 13. und 14. Juni, hatte eine Konferenz der**

Vertreter der **Verbandsvorstände** der geplanten **Versicherungskasse** für die Mitglieder der Gewerkschaften und der Genossenschaften sowie auch über das Recht der Tarifvertragsbeschäftigten beraten hat. Ferner beschloß die Konferenz den Beitritt der *Generalkommission zur Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*. Auch wurde die *Generalkommission* beauftragt einer spätern Konferenz bestimmte Vorschläge zu der Frage der Kartellbeiträge für Gewerkschaftshäuser zu unterbreiten.

Anläßlich dieser Konferenz fand auch eine Aussprache zwischen den Vertretern der an den Grenzstreitigkeiten mit dem Brauereiverband beteiligten Verbände statt, die, mit Ausnahme des Transportarbeiterverbands, zu einer Verständigung führte.

✕ **Kongresse und Verbandstage** Die 12. Generalversammlung der Schiffszimmerer fand im Mai in Berlin statt. Die Mitgliederzahl beträgt 3 891, der Kassenbericht bilanziert einschließlich eines Saldovortrags von 91 399,63 Mark mit 272 566,79 Mark. Die Ausgaben betragen in den letzten 2 Jah-

ren für Streiks und Aussperrungen 164 744,83, für Arbeitslosenunterstützung 112,80, für Reiseunterstützung 289,35 Mark. Der Kassenbestand betrug 59 681,43 Mark. Den Zahlstellen wurde zur Pflicht gemacht bis zur nächsten Generalversammlung zur Frage der Verschmelzung mit anderen Verbänden Stellung zu nehmen. Der Zentralvorstand wird sich mit den für den Anschluß in Betracht kommenden Verbänden in Verbindung setzen. Ferner wurde eine Beitragserhöhung beschlossen.

Die **Lederarbeiter** hielten ihre 14. Generalversammlung im Mai in München ab. Seit dem vorigen Verbandstag ist der Verband der Handschuhmacher mit dem Verband der Lederarbeiter verschmolzen, und beide Teile sind, wie eine Aussprache über einen Antrag auf Scheidung respektive Trennung ergab, mit dem jetzigen Zustand zufrieden. Die Generalversammlung beschäftigte sich mit der Anstellung von Gauleitern, den Abschluß von Reichstarifen für einzelne Branchen, der Bekämpfung der Heimarbeit. Außerdem wurde eine Resolution zu der Grenzstreitigkeitsfrage angenommen, die die Ortsverwaltungen und Fabrikvertrauensmänner verpflichtet dafür Sorge zu tragen, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die länger als 6 Wochen in den in Frage kommenden Berufen beschäftigt und Mitglieder einer andern freien Gewerkschaft sind, zum Lederarbeiterverband übertreten. Ferner wurde eine Beitragserhöhung beschlossen und den Mitgliedern des Hauptvorstands ein Wohnungsgeldzuschuß von 120 Mark jährlich bewilligt.

Die 19. Generalversammlung des **Bergarbeiterverbands** tagte im Mai in Bochum und war von 124 Delegierten besucht. Die Mitgliederzahl ist in den beiden letzten Jahren von 112 513 auf 123 437, die Einnahmen an Beiträgen sind von 1 792 068 auf 2 122 877 Mark gestiegen. An Streikunterstützung wurden 544 134 und für Gemäßregelnenunterstützung 156 593 Mark verausgabt. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte 63 357, die Krankenunterstützung 624 956, das Sterbegekl 164 642 und der Rechtsschutz 166 807 Mark. Der Bestand der Hauptkasse betrug Ende 1910 4 228 937 Mark. Der Verbandstag beschäftigte sich unter anderm mit dem Bergarbeiterschutz und den gesundheitlichen Zuständen in den Gruben. Es wurde auch die Einführung eines Aktionsausschusses beschlossen, der aus direkt von den Mitgliedern gewählten Delegierten, den Bezirksleitern und dem Gesamtvorstand nebst den Re-

dakteuren bestehen und bei besonderen Angelegenheiten zusammenberufen werden soll. Zum internationalen Bergarbeiterkongreß in London wurden 12 Vertreter gewählt.

Die 10. Generalversammlung der Glasarbeiter fand im Mai in Ilmenau statt. Die Gesamteinnahmen betragen in den letzten 2 Jahren insgesamt 701 903,35, die Ausgaben 571 010,56 Mark. Davon wurden allein für Arbeitslosenunterstützung 215 740,92 Mark verausgabt, für Streikunterstützung 58 392,39 und für sonstige Unterstützungen 58 655 Mark. Der Bestand der Hauptkasse beträgt 114 998 Mark. Der Verschmelzungsfrage mit den Verbänden der Karamarbeiter wurde nähergetreten. Nach einem Referat des Vorstandsvorsitzenden Girbig über *Arbeiterschutz in der Glasindustrie*, in dem dieser ein düsteres Bild von der rechtlichen Stellung der Arbeiter und von den sanitären und hygienischen Zuständen in den Glasfabriken aufrollte, wurden Forderungen aufgestellt, die sich auf Werkstatthygiene, Heimarbeit, Zwischenmeistersystem und Lehrlingsfrage beziehen. Die Beiträge wurden ferner neu geregelt, und die Gehälter der Beamten im Vorstand und der Gauleiter wurden nach der Skala des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses festgesetzt. Zu dem internationalen Glasarbeiterkongreß, der am 13. September in Berlin stattfinden wird, wurden 10 Delegierte gewählt.

Der 4. Verbandstag der Blumenarbeiter trat Ende Mai in Berlin zusammen. Anwesend waren 10 Delegierte, die zusammen 922 Mitglieder vertraten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in warmen Worten der verstorbenen Genossin Emma Ihrer, die den Verband mit begründet und seit seinem Bestehen geleitet hat. Der Kassenbericht weist einschließlich eines Bestands von 4295,31 Mark eine Einnahme von 24 933,52 und eine Ausgabe von 16 219,29 Mark nach, so daß ein Bestand von 8 714,23 Mark verbleibt. Verausgabt wurden für Krankenunterstützung 2 093,90, für Streikunterstützung 3 675,30, Gemaßregeltenunterstützung 372,30 Mark. In der Debatte über den Vorstandsbericht wurde von den Sebnitzer Delegierten eine Regelung der Beiträge für jene Mitglieder des Bauarbeiterverbands verlangt, die in den Wintermonaten regelmäßig zur Blumenbranche zurückkehren und der Vorstand damit beauftragt. In längerer Debatte wurde der Frage der Verschmelzung mit dem Hutarbeiterverband grundsätzlichen

zugestimmt und der Vorstand beauftragt mit dem Vorstand des Hutarbeiterverbands die Übertrittsbedingungen zu vereinbaren. Der nächste Verbandstag soll dann zeitlich und örtlich mit dem des Hutarbeiterverbands zusammenfallen. Der Beitrag in der 1. Klasse wurde von 30 auf 45 Pfennig erhöht, der Beitrag in der 2. Klasse bleibt wie bisher mit Rücksicht auf die vielen Heimarbeiterinnen 20 Pfennig. Auch wurde noch am 1. Juli 1912 die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Des weitern wurde noch über die ungeheuer zunehmenden Fälle von Übertretung des §137a der Gewerbeordnung Klage geführt und verlangt, daß die Aufsichtsbehörden der Durchführung dieses Paragraphen in der Blumenindustrie mehr Beachtung schenken. Die Zahlstellen wurden aufgefordert den Behörden Material über Verstöße zu übermitteln und, falls keine Abhilfe geschieht, die Vorkommnisse der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Die 10. ordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbands, die Anfang Juni in Mannheim tagte, stellte in verschiedener Beziehung ein Jubiläum dar. Der Verband besteht 20 Jahre, war kurz vor dem Verbandstag auf 500 000 Mitglieder gestiegen und die *Metallarbeiterzeitung*, das Organ des Verbands, hat eine Auflage von 500 000 erreicht. Außer den Vertretern des Vorstands und Ausschusses, der Redaktion, den 15 Bezirksleitern und den Vertretern des Auslands waren 209 Delegierte anwesend. Der Vorstandsbericht umfaßt die beiden Jahre 1909 und 1910. Die Mitgliederzahl ist während dieser Zeit um zirka 100 000 gestiegen. An Beiträgen sind 38 265 256 Mark geleistet. Es wurden verausgabt: für Streiks in der Hauptkasse 3 380 906,31 in den Lokalkassen 1 315 767,28 Mark, für Gemaßregelte in der Hauptkasse 399 347,52, in den Lokalkassen 95 755,95, an Erwerbslosenunterstützung in der Hauptkasse 10 517 978,19, in den Lokalkassen 212 336,91, für sonstige Unterstützung aus der Hauptkasse 372 761,19, aus den Lokalkassen 235 242,78 Mark. Ende 1910 betrug das Vermögen der Hauptkasse 4 112 510,94, in den Lokalkassen 3 597 802,75, zusammen 7 710 313,69 Mark. Die Generalversammlung erklärte sich mit der bisherigen Haltung des Vorstands bei den Verhandlungen über den Übertritt des Schmiedeverbands einverstanden und bedauert es, daß der Schmiedeverband daran festhält bei seinem Übertritt Rechte zu verlangen, die eine Gefahr für die Zentralisation bedeuten würden. Die Generalversamm-

lung ist der Meinung, daß zu einer Änderung der bestehenden Organisationsform, die sich in jeder Beziehung bewährt habe, keine Veranlassung vorliegt. Ferner wurde der Vorstand beauftragt gemeinsam mit dem Beirat Schritte zu einer Regelung der Frage des Arbeitsnachweises im Interesse der Metallarbeiter zu beraten.

X
Internationale Organisation Der 7. internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung meldet, daß in 20 Ländern 9 573 493 Gewerkschaftsmitglieder vorhanden sind, von denen 6 008 262 den im internationalen Sekretariat vereinigten Landeszentralen angeschlossen sind. Die Steigerung der Mitgliederzahl der zum internationalen Sekretariat gehörenden Landeszentralen wird durch folgende Zusammenstellung veranschaulicht:

Jahr	Landeszentralen	Mitgliederzahl
1904	12	2 333 261
1905	11	2 791 453
1906	12	3 222 252
1907	15	3 976 652
1908	19	5 944 262
1909	20	6 098 262

Neu hinzugekommen ist die *American Federation of Labor* mit 1 588 000 Mitgliedern.

Über die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften liegen Berichte nur von 15 Ländern mit einer Gesamtmitgliederzahl von 6 697 283 vor; es fehlen die Angaben für Frankreich, Belgien, Rumänien, Spanien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. In den 15 Ländern, die Berichte lieferten, hatten die Gewerkschaften eine Einnahme von 132 253 228, eine Ausgabe von 117 639 115 sowie einen Kassenbestand von 182 936 115 Mark. Von den Ausgaben entfallen auf Reiseunterstützung 1 414 136 Mark, Arbeitslosenunterstützung 22 193 888 Mark, Krankenunterstützung 20 844 473 Mark, Invalidenunterstützung 7 379 120, Sterbegeld 3 566 075, sonstige Unterstützung 2 312 130 Mark. Für diese Unterstützungen wurden insgesamt 57 707 822 Mark verausgabt, für Streiks und Aussperrungen wurden im Jahr 1909 in 14 Ländern 26 627 902 Mark, 1908 in 11 Ländern 15 727 870, 1907 in ebenfalls 11 Ländern 19 601 413 Mark ausgegeben. Die höchste Ausgabe für Streiks und Aussperrungen weist wiederum Deutschland mit 8 616 366 Mark auf; dann folgt Schweden mit 5 128 280, England mit 2 667 260 und Österreich mit 1 873 938 Mark. In den meisten Län-

dern ist die Gewerkschaftsbewegung nicht einheitlich, es bestehen vielmehr neben der Landeszentrale, die dem internationalen Sekretariat angeschlossen ist, noch besondere, meist gegnerische Gewerkschaften und Gewerkschaftszentralen, die in den Berichten der Landeszentralen als christliche, katholische, liberale, anarchistische und gelbe Gewerkschaften bezeichnet werden. Das internationale Sekretariat nahm 1909-1910 an Beiträgen für 5 664 000 Mitglieder 8741 Mark ein, die Gesamteinnahme betrug einschließlich des vorhandenen Kassenbestands (4 472,64 Mark) 14 492,64 Mark, die Ausgabe 10 864,97 Mark, der Bestand für 1910-1911 3 627,67 Mark. Außerdem wurden für den schwedischen Großstreik an Unterstützungsgeldern 2 662 232,38 Kronen eingesandt, davon 1 163 720,06 Kronen aus Deutschland. Auf den allgemeinen Bericht des internationalen Sekretärs folgen die Berichte der Landessekretariate über die Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern.

X
Österreich Die der *Reichskommission* angeschlossenen Zentral- und Lokalvereine hatten am Schluß des Jahres 1910 insgesamt 357 958 männliche und 42 607 weibliche Mitglieder. Der Verlust an Mitgliedern beträgt 14 691 = 3,53 % aller Mitglieder. (Die tschechoslawischen separatistischen Organisationen hatten im Jahr 1909 36 690 Mitglieder zu verzeichnen, für 1910 konnte ihr Stand beim Abschluß der Statistik noch nicht festgestellt werden). Die gesamten Gewerkschaften vereinnahmten 8 604 176,84 Kronen und verausgaben 8 023 738,92. In den letzten 10 Jahren betrug die Gesamteinnahmen aller Gewerkschaften 57 358 027,06, die Gesamtausgaben 51 355 943,17 Kronen. Die separat verwalteten Streikfonds aller Organisationen, inklusive des Vermögensbestands Ende 1909 und der Einnahme im Jahr 1910, ergaben zusammen 4 433 105,75 Kronen. Die Unterstützungen an Gemaßregelte und Streikende erforderten im Jahr 1910 den Betrag von 902 669,39 Kronen, somit um 1 346 056,57 Kronen weniger als im Vorjahr. Die Gesamtorganisation verfügt über 3 530 436,36 Kronen, ohne den *Solidaritätsfonds*, der von der *Reichskommission der Gewerkschaften Österreichs* ebenfalls separat verwaltet wird und in obiger Summe nicht mit eingerechnet ist. Der Gesamtvermögensbestand sämtlicher Gewerkschaften ist von 9 773 911,22 Kronen im Jahr 1909 auf

11 377 344,99 Kronen gestiegen; die Vermögenszunahme beträgt somit 1 603 433,77 Kronen. Der Jahresbeitrag ist im Durchschnitt pro Mitglied und Jahr 27,71 Kronen, die Ausgabe 20,03 und der Kassenbestand 10,72 Kronen.

Während der Osterfeiertage fanden Kongresse und Verbandstage der Hutmacher, Steinarbeiter, Dachdecker, Buchdruckerei- und Schriftgießereihilfsarbeiter, Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, Drechsler, Holzarbeiter, Versicherungsangestellten und Zeitungsbeamten sowie eine lokale Gewerkschaftskonferenz für Nordböhmen statt.

Dänemark Die der dänischen Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften hielten vom 25. bis zum 28. Mai in Kopenhagen ihren diesjährigen Kongreß ab. Zur Beratung standen die Errichtung einer Arbeiterschule, ein Projekt, das noch näher geprüft werden soll, ferner die Erledigung vorhandener Grenzstreitigkeiten. Die Reichstagsfraktion wurde ersucht für die möglichste Einschränkung der Heimarbeit einzutreten. Für die Errichtung eines Gewerkschaftshauses in Kopenhagen wurden aus den Mitteln der Landeszentrale 100 000 Kronen zur Verfügung gestellt. Ferner ist der Gewerkschaftskongreß dem Beschluß einer aus Partei- und Gewerkschaftsvertretern zusammengesetzten Kommission beigetreten, wonach in Kopenhagen eine Konsumenten- und Produktivorganisation großen Stils geschaffen werden soll. Es sind 50 000 Anteile à 10 Kronen ausgegeben worden, die sowohl von der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisation wie deren Mitgliedern und auch von außenstehenden Personen erworben werden können. Eine aus Partei- und Gewerkschaftsvorstehern gebildete togliedrige Kommission leitet die Vorarbeiten. Für andere Städte des Landes soll in gleicher Weise gearbeitet und ein entsprechendes Kapital aufgebracht werden.

Kurze Chronik Der Buchbinderverband hat für die Städte Berlin, Leipzig, und Stuttgart mit der Organisation der Arbeitgeber einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Der Sattlerverband hat ebenfalls für Berlin und Offenbach mit den Arbeitgeberorganisationen neue Tarifverträge vereinbart. Der Grundstein, das Organ des Bauarbeiterverbands, hat mit der Nummer 24 eine Auflage von 300 000 erreicht. Die *Verbandszeitung*, das Organ der Brauerei- und Mühlenar-

beiter, hat mit ihrer Nummer 22 eine Auflage von 50 000 erreicht; vor 6 Jahren betrug sie erst 25 000. Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbands der Zigarrensortierer wird am 4. September in Dresden zusammentreten, um die Frage der Verschmelzung mit den Tabakarbeitern zu prüfen. Der Zentralverband der Schuhmacher veranstaltet am 1. Juli eine Lohnstatistik sowie eine Erhebung von Haushaltsrechnungen. Mitglieder, die sich daran beteiligen, müssen die Lohnstatistiks- und Haushaltungslisten ein volles Jahr führen. Der *Verein deutscher Kaufleute*, eine Organisation mit mehr als 18 000 Mitgliedern, hat seinen Austritt aus dem *Verband der deutschen Gewerksvereine* beschlossen. Dieser beabsichtigt deshalb einen *Gewerksverein der kaufmännischen Angestellten* zu gründen.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Bau- und Bodenpolitik Der Oberbürgermeister der Stadt Aachen hat den Stadtverordneten eine Denkschrift über die städtische Bau- und Bodenpolitik vorgelegt, die eine Darstellung der Tätigkeit der Stadt auf diesem Gebiet bringt. In der Vorbemerkung wird hervorgehoben, daß mit der Handhabung der Bauordnung und mit der Aufstellung von Bebauungsplänen allein die Stadt nicht den wünschenswerten Einfluß auf die Gestaltung der Bautätigkeit habe gewinnen können. Infolgedessen habe man sich entschlossen die Stadtgemeinde in gewissem Umfang am Grundbesitz in den Stadterweiterungsbezirken zu beteiligen und ihn nach bestimmten, vom Interesse der Allgemeinheit diktierten Grundsätzen allmählich aufzuschließen und der Bebauung zu übergeben. Bei der Durchführung dieser Bau- und Bodenpolitik sah sich die städtische Verwaltung vor ganz neue Aufgaben gestellt, für deren Lösung geeignete Grundsätze und Methoden erst allmählich gefunden werden mußten. Die Erfahrungen, die seit ihrer Inaugurierung gemacht worden sind, werden in der Denkschrift niedergelegt, die gleichzeitig die Grundlage für die Erörterung der Frage schaffen soll, ob sich die städtische Bau- und Bodenpolitik bewährt hat und in welcher Weise sie fortzusetzen ist. Wie in anderen Städten so hat auch in Aachen das städtische Baurecht sich sehr langsam den durch die städtische Entwicklung veränderten Bau- und Wohnungsverhältnissen angepaßt. Die 1. all-

gemeine Bauordnung stammt aus dem Jahr 1826. Sie enthält 33 kurze Paragraphen, von denen 17 für die ganze Stadt gelten, während 16 sich auf eine einzelne Straße beziehen. Diese Bauordnung blieb bis zum Jahr 1853 in Kraft. Unter ihrer Herrschaft vermehrte sich die Bevölkerung der Stadt um 51,4 %. Die nächste Bauordnung datiert vom 28. Juni 1853. Sie ist wesentlich ausführlicher als die frühere, enthält sie doch 65 Paragraphen. Im Vordergrund steht die Standfestigkeit und Feuersicherheit der Bauten; die Fürsorge für die Gesundheit der Bewohner findet nur in einigen Bestimmungen über Kellergeschosse, Aborte, Wasserbehälter etc. Ausdruck. Bei der Revision dieser Bauordnung vom 7. Dezember 1871 wurden keine einschneidenden Änderungen getroffen. Erst am 1. Mai 1900 wurde eine neue Baupolizeiverordnung erlassen, die auf wesentlich veränderten Grundsätzen beruhte. Von 1853 bis 1900 sind also die gleichen Grundsätze bei der Handhabung der Aachener Baupolizei zur Anwendung gelangt. In dieser Zeit war Aachen Großstadt geworden, seine Bevölkerungszahl von rund 53 000 auf 135 000 gestiegen. Die Vorschriften der Bauordnungen von 1853 und 1871 haben es natürlich nicht verhindert, daß an vielen Stellen des Stadtgebiets die Grundstücke eine bauliche Ausnutzung erfuhren, die weder vom Standpunkt der Gesundheitspflege noch der Ästhetik befriedigte. Wenn auch die eigentliche Mietkaserne in Aachen keinen Eingang gefunden hat, so wurden doch die Grundstücke in fortgesetzt steigendem Maß ausgenutzt und der Zugang von Licht und Luft zu den Wohnungen verbaut. Große Gebäudehöhe und geringe Hofgröße fanden sich nicht nur in der innern Stadt sondern auch in den Außenbezirken, ja, im freien Feld. Es mußte also eine stärkere Beschränkung der weitgehenden Baufreiheit, wie sie die alten Bauordnungen zugelassen hatten, nunmehr vorgenommen werden, um eine weitere Verschlechterung der Bauverhältnisse zu verhindern. Hier setzte die neue Bauordnung von 1900 ein. Sie brachte die Ausscheidung reiner Wohnbezirke, die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenstadt mit der Abstufung der Bebauungsfähigkeit der Grundstücke, beugte dem Entstehen neuer belästigender Fabrikanlagen im Stadttinnern vor und beschränkte die Ausnutzung der Grundstücke durch Auf-

stellung fester Vorschriften für die Hofgröße und die Gebäudehöhe. So große Fortschritte die Bauordnung von 1900 brachte, so hat doch die Praxis ihre Vorschriften als nicht völlig ausreichend erwiesen. Namentlich die Abstufung der Bebauungsvorschriften war nicht genügend durchgeführt. Ebenso fehlte es an der Unterscheidung von großen Miethäusern und Kleinhäusern. Eine Revision der Bauordnung von 1900 ist daher bereits in Angriff genommen. Die dafür aufgestellten allgemeinen Grundsätze, die in der Denkschrift zum Abdruck gebracht sind, enthalten mancherlei beachtenswerte Gesichtspunkte. Es wird in ihnen vorgeschlagen die Bauordnung in zwei Teile zu teilen, die eigentliche Bauordnung, die nur das enthalten soll, was dem durchgebildeten Architekten nötig ist, um einen den öffentlichen Interessen entsprechenden Bauplan anzufertigen, und eine Zusammenstellung der Regeln der Baukunst, die, weil eigentlich selbstverständlich, in einen Anhang verwiesen werden sollen. Ferner wird vorgeschlagen die Mindestmaße so weit als möglich aus der Bauordnung zu entfernen, da durch die Aufstellung solcher Mindestforderungen die Entwicklung zum Bessern auf diese zurückgedrängt wird. Des weitern sollen in der Bauordnung feste Maße vermieden werden. Sie sollen durch Verhältnisangaben ersetzt werden. Es wird ferner die Unterscheidung von 3 Bauzonen empfohlen, innerhalb deren dann durch die Einführung verschiedener Bauklassen eine reichere Abstufung der Gebäude erreicht werden kann. Besonders weittragend ist der Grundsatz, daß die baupolizeilichen Interessen bei der Grundstücksausnutzung in jeder Beziehung einwandfrei nur durch ausführliche Bebauungspläne gewahrt werden können, «denen Fluchtlinienplan und Straßenbau sich in lebendiger Wechselwirkung mit den Bauabsichten angepaßt haben, die genau angeben, in welcher Weise ein Gelände baulich ausgenutzt werden solle. Mit der Durchführung dieses Grundsatzes soll erreicht werden, daß abgerundete Stadtanlagen entstehen, die Tätigkeit des Architekten die notwendige Freiheit erhält und bei der Gestaltung kleiner Stadtteile der landschaftliche Reiz des Geländes zur Geltung gebracht werden kann. Sehr beachtenswert ist der Vorschlag in einem Anhang zur Bauordnung unmittelbar auf bestimmte gute Pläne Bezug zu

nehmen. Begründet wird dieser Satz damit, daß aus dem Gegensatz zwischen den baupolizeilichen Anforderungen, dem Profitbedürfnis des Unternehmers und dem Wohnungsbedürfnis und der Leistungsfähigkeit des Publikums sich Normalwohnungen herausgebildet haben, die immer in mehr oder weniger guter Form wiederkehren und in ihrer Grundgestalt durch die freie Architektentätigkeit in absehbarer Zeit nicht mehr verbessert werden können. Es sei daher oft besser einen zweckentsprechenden Normalgrundriß zu übernehmen und in dessen vollendeter Einzeldurchbildung den wirtschaftlichen Vorteil und den künstlerischen Reiz zu suchen. Die Tatsache, daß sich auf Grund gegebener Bauvorschriften gewisse Normaltypen für die verschiedenen Wohnungsgrößen herausbilden, die sich für die Unternehmer als die wirtschaftlich vorteilhaftesten erwiesen haben, ist durchaus richtig. Es fragt sich nur, ob diese Wohntypen auch den Bedürfnissen der Mieter, die nicht immer die gleichen bleiben sondern wachsen, und den vom Standpunkt der Allgemeinheit aus an sie zu stellenden Forderungen (Gesundheit, Sittlichkeit, Anstand etc.) entsprechen, die ihrerseits in einer steten Aufwärtsentwicklung begriffen sind, oder ob nicht gerade durch den Erlaß einer neuen Bauordnung höhere und bessere Typen erreicht werden sollen. Muß diese Frage bejaht werden, so kann die Aufnahme solcher Normalgrundrisse in die Bauordnung geradezu gefährlich werden. Die Entwicklung des Einfamilienhauses soll durch Abstandnahme von Einzelvorschriften gefördert werden. Es bedeute für die Behörde kein Wagnis seiner freien Entwicklung, nur gestützt auf ihre allgemeinen Befugnisse, zuzusehen.

Der städtische Grundbesitz hat sich im Lauf der Jahre 1898 bis 1908 um 120,34 Hektar vermehrt. Zieht man aber den Grundbesitz ab, der durch die Eingemeindung von Forst hinzugekommen ist, so verbleibt nur noch eine Vermehrung um 63,96 Hektar. Angekauft wurden 112,57 Hektar, verkauft 28,58. Das unbebaute Gelände wurde durchschnittlich zum Preis von 2,14 Mark pro Quadratmeter gekauft und zum Preis von 16,99 Mark pro Quadratmeter verkauft. Die Differenz zwischen An- und Verkaufspreis gibt etwa den Bruttogewinn wieder. Davon sind aber noch abzuziehen die sämtlichen Unkosten der baulichen Erschließung, eventuell die Straßenbau-

kosten, die normale Verzinsung des Ankaufspreises abzüglich eventuell erzielter Einnahmen, die allgemeinen Unkosten, die Stempel usw. Es erbrachte nun der Verkauf von 15,18 Hektar in 3 Stadterweiterungsbezirken im Durchschnitt aller Verkäufe pro Quadratmeter 23,74 Mark und einen Reingewinn von 12,02 Mark pro Quadratmeter. Hier sind augenscheinlich die günstigeren Verkäufe ausgewählt worden. Der erzielte Reingewinn gestattete aus dem erworbenen Gelände für städtische Zwecke größere Flächen, im ganzen 7,49 Hektar, zur Verfügung zu stellen.

Bei der Verwertung des Grundbesitzes läßt sich die Stadt nicht ausschließlich von dem Gesichtspunkt leiten dem Stadtsäckel möglichst hohe Einnahmen zu verschaffen. Sie ist vielfach gezwungen, um gemeinnützige Bedingungen zu fördern, städtischen Grundbesitz teils kostenlos zur Verfügung zu stellen (Spielplätze, Schrebergärten, Schwimmbad, Straßendurchbrüche etc.) teils zum Selbstkostenpreis abzugeben (staatliche Schulen). Außerdem aber ist die Stadt beim Verkauf baureifen städtischen Grundbesitzes bestrebt durch privatrechtliche Vereinbarungen möglichst dafür zu sorgen, daß der auf dem veräußerten Gelände entstehende Stadtteil den modernen städtebaulichen Anforderungen insbesondere nach der hygienischen und ästhetischen Seite entspricht. Es wurden also den Grundstückskäufern regelmäßig bestimmte Verpflichtungen im Verkaufsvertrag auferlegt, durch die sie zur Einhaltung weitergehender Bauvorschriften gezwungen werden. So wurde in der Regel die Bedingung gestellt, daß die zu errichtenden Gebäude eine bestimmte Höhe nicht überschreiten dürfen, daß die Bebauung nach der Tiefe beschränkt sein muß, daß die zu errichtenden Häuser eine architektonisch durchgebildete Fassade erhalten usw. Schließlich wurde auch, um den Baustellenhandel einzuschränken, die Bedingung gestellt, daß die Bebauung innerhalb 2 Jahre nach dem Verkauf stattfinden. Kommt der Verkäufer dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Stadt berechtigt entweder die ausbedungene Vertragsstrafe zur Einziehung zu bringen oder das Grundstück zum Ankaufspreis zurückzukaufen. Offenbar müssen derartige beschränkende Bestimmungen eine Einwirkung auf den Verkaufspreis ausüben. Doch weist die Denkschrift darauf hin, daß nach den bisherigen Er-

fahrungen das städtische Grundbesitzgeschäft dadurch nicht verlustbringend geworden sei. Im Gegenteil, wie wir bereits gesehen haben, hat die Stadt auch bei den mit Baubeschränkung verkauften Grundstücken einen ansehnlichen Gewinn erzielt.

Außer durch Verkauf verwertet die Stadt ihren Grundbesitz durch Vergabung in Erbbaurecht. Die Dauer beträgt in der Regel 61 Jahre, der jährliche Erbbauzins 3 % des Bodenwerts. Die Baupläne bedürfen der Genehmigung der Stadtverwaltung. Auf Verlangen gewährt die Stadt den Erbbauberechtigten Baudarlehen bis zu 65 %. Der Zinsfuß beträgt $3\frac{1}{2}$ bis 4 %, die Darlehen sind innerhalb der Erbbauezeit durch jährliche Zahlungen mit mindestens 0,42 % zu tilgen. Mit Ablauf der Erbbauezeit fällt das Baugelände mit den darauf errichteten Baulichkeiten an die Stadt zurück. Wird die Zahlung einer Entschädigung für diese vertraglich festgelegt, so gelten dafür die folgenden Grundsätze: Es soll dem Erbbauberechtigten eine Beteiligung an dem Wert der errichteten Baulichkeiten nach Verhältnis der von ihm oder von seinem Rechtsvorgänger aus eigenen Mitteln aufgebrauchten Baugelder zu den Gesamtbaukosten zugebilligt werden. Der Wert der Baulichkeiten soll eventuell unter Ausschluß des Rechtswegs durch ein Schiedsgericht ermittelt werden. Der Mietspreis, den der Erbbauberechtigte für die von ihm vermieteten Räume erhebt, darf eine mit der Stadtverwaltung zu vereinbarenden Höhe nicht überschreiten. Es sind bisher 10 Erbbauverträge über 3824 Quadratmeter Gelände abgeschlossen worden. Darin hat sich die Stadt vorbehalten das Vertragsverhältnis zum Ablauf der ersten 15 Jahre und von da ab jeweils alle 5 Jahre zu kündigen. Es ist nämlich nicht ausgeschlossen, daß die Stadt das Erbbaugelände zur Erweiterung städtischer Pflegeanstalten benötigt. Die finanziellen Vorteile für die Stadt lassen sich zurzeit noch nicht übersehen. Die günstigen Wirkungen des Erbbaurechts auf die allgemeinen Wohnungsverhältnisse liegen dagegen auf der Hand. Mit Recht weist aber auch die Denkschrift darauf hin, daß der Personenkreis für seine Anwendung stets ein beschränkter sein werde, da sich Privatleute nur selten zu einem Verzicht auf die möglichen Gewinne aus der steigenden Grundrente entschließen werden. Zum Schluß noch einige Mitteilungen

über die Bedeutung, die der städtische Grundbesitz für den gesamten Grundstückshandel hat. Die Stadt besaß am 1. April 1909 etwa ein Drittel des gesamten Stadtbezirks. Scheidet man aber den Stadtwald aus, so sinkt der Anteil des städtischen Grundbesitzes auf 12,95 %. Noch klarer zeigt sich, welche Bedeutung der städtische Grundbesitz für den Grundstücksumsatz hat, wenn man diesen mit dem Grundstücksgeschäft der Stadt vergleicht. Dieses betrug in den Jahren 1898 bis 1908 für unbebaute Grundstücke 29,44 % des gesamten Grundstücksumsatzes, bei den bebauten Grundstücken nur 1,11 %. bei beiden zusammen 19,52 %. Der Wert des städtischen Grundstücksgeschäftes betrug bei den unbebauten Grundstücken 21,65 %, bei den bebauten 2,21 %, bei beiden gemeinsam 5,47 % des Wertes des gesamten Grundstücksumsatzes. Die Stadt ist also noch weit davon entfernt einen wirklich entscheidenden Einfluß auf den Grundstücksumsatz ausüben zu können. Selbst in den Bezirken, in denen der städtische Besitz besonders groß ist, hat sie dieses Ziel noch lange nicht erreicht. In dem südwestlichen Stadterweiterungsbezirk, wo das Verhältnis für die Stadt am günstigsten ist, beträgt der Anteil der Stadtgemeinde am Gesamtumsatz der unbebauten Grundstücke auch erst 31,8 %.

X
Umlegung Der Gesetzentwurf, durch den das Frankfurter Umlegungsgesetz vom 28.

Juli 1902 mit seiner Novelle vom 8. Juli 1907 auf die Stadt Posen ausgedehnt wurde, ist in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 21. Juni in 2. und 3. Lesung angenommen worden, nachdem bereits das Herrenhaus ihm, ohne Änderungen vorzunehmen, zugestimmt hatte. In der Begründung und in den Verhandlungen über den Entwurf in der Gemeindekommission des Abgeordnetenhauses wurden Mitteilungen über die Wirksamkeit des Frankfurter Gesetzes gemacht, die von allgemeiner Interesse sind. Bisher wurden in Frankfurt 177 Hektar freiwillig umgelegt, und nur in 2 Fällen mit 41 Hektar der gesetzliche Zwang angewandt. Das Frankfurter Gesetz hat also zunächst dahin gewirkt, daß es die Bereitwilligkeit der Eigentümer zu freiwilligen Umlegungen verstärkt hat. Von der Anwendung des gesetzlichen Zwangsverfahrens hat die Stadt Frankfurt anfänglich deshalb keinen

Gebrauch gemacht, weil der Prozentsatz des unentgeltlich abzutretenden Geländes zu niedrig war. Erst nachdem dieser Prozentsatz durch die Novelle von 1907 von 30 % auf 35 bis 40 % hinaufgesetzt worden war, ist das Gesetz auch tatsächlich in Wirksamkeit getreten. Dabei hat sich herausgestellt, daß sich das gesetzliche Zwangsverfahren wider Erwarten rasch abwickelt, und daß verhältnismäßig wenig Streitpunkte zutage treten. Infolgedessen unterwerfen sich die Grundstückseigentümer, die bisher geneigt gewesen waren freiwillig umzulegen, lieber dem Zwangsverfahren des Gesetzes, weil sich nachher die Regulierung der Eigentums- und Hypothekenverhältnisse innerhalb des Verfahrens viel rascher und prompter erledigt als wenn die Sache auf freiwillige Anträge hin vor dem Grundbuchrichter verhandelt wird. In der Gemeindekommission konnte daher der Regierungsvertreter feststellen, daß sich das Gesetz in Frankfurt im großen und ganzen bewährt habe. Wenn sich, abgesehen von dem Prozentsatz des unentgeltlich abzutretenden Straßengeländes, vielleicht bei einzelnen untergeordneten Punkten Zweifel herausgestellt hätten, so sei die Frage doch nicht so geklärt, daß man an eine Abänderung des Gesetzes herantreten könne. Anders wird in einem Artikel der *Kölnischen Zeitung* die Wirksamkeit der lex Adickes beurteilt. Hier wird der Umlegung durch privatrechtliche Vereinbarung der Vorzug vor dem gesetzlichen Zwangsverfahren gegeben, und zwar deshalb, weil in dem einen Fall, in dem das gesetzliche Zwangsverfahren zur Anwendung kam, ein ganzes Jahr zu seiner Erledigung notwendig war. Da es sich aber in diesem Fall um 21 Hektar und eine größere Zahl von Grundbesitzern handelte, kann die Dauer eines Jahres nicht als sehr lang bezeichnet werden. Jedenfalls bietet das gesetzliche Verfahren die Sicherheit eines Ergebnisses, während bei dem freiwilligen in jedem Augenblick das Scheitern des ganzen Unternehmens eintreten kann.

× **Kurze Chronik** Der Breslauer Magistrat hat die Errichtung eines Stadtschuldbuchs vorläufig vertagt, da es an den erforderlichen Räumen fehlt. × Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung hat auf Antrag des Rates die Anschaffung von 2 Krankenautomobilen mit Benzinbetrieb beschlossen. × Die Stadt

Osnabrück hat die Einrichtung einer städtischen Hypothekenbank beschlossen, um Gebäude und Grundstücke mit Beträgen bis zu 25 000 Mark zur 2. Hypothek zu beleihen. × In Charlottenburg ist die Errichtung eines Krankenhauses für Geburtshilfe mit 2 Krankenpavillons nebst Entbindungsgebäuden, mit 211 Betten für 113 Erwachsene und 98 Säuglinge beschlossen worden. Für den 2. Bauabschnitt sind weitere 207 Betten geplant. Die gesamten Bau- und Einrichtungskosten einschließlich der Kosten des Grundstücks betragen 2 749 000 Mark. × Die Gemeindekommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat die Eingemeindung Vohwinkels nach Elberfeld abgelehnt. Es liege kein Anlaß vor die Selbständigkeit eines blühenden und leistungsfähigen Gemeinwesens wie Vohwinkel nur deshalb zugunsten einer Großstadt aufzuheben, weil diese kein eigenes Gebiet mehr zu ihrer Entwicklung habe und eine Eingemeindung wünschenswert sei. × Die Stadtverordneten der Gemeinde Ohligs haben den Anschluß an die Gasfernversorgung des *Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerks* abgelehnt.

× **Literatur** Das statistische Amt der Stadt München hat in dem 22. Band seiner *Mitteilungen* die Resultate einer Erhebung über die Obdachlosenfürsorge in deutschen Städten veröffentlicht, die sich auf alle deutschen Städte mit mehr als 150 000 Einwohnern und auf die bayrischen Städte mit mehr als 60 000 Einwohnern erstreckte. Es sind 38 Städte behandelt. Jeweils ist die städtische und die nichtstädtische Obdachlosenfürsorge getrennt dargestellt worden. Die Tabelle gibt Auskunft über die vorhandenen Obdachlosenhäuser, über den Personenkreis, der Unterkunft findet, ob Einzelpersonen oder auch Familien, über Art und Dauer der Unterkunft, über den Preis der Unterkunft und schließlich über die Frage, ob außer der Unterkunft auch noch Nahrung und andere Unterstützungen gewährt werden. Die Tabelle gibt einen wertvollen Überblick über diesen Zweig der städtischen Armenpflege. Ferner sei hier noch auf die folgenden Mitteilungen des selben statistischen Amtes besonders hingewiesen: Über die Milchpreise in den größeren Städten Bayerns und in einigen außerbayrischen Städten im Jahr 1910 orientiert eine

Zusammenstellung, die die Kleinhandelsdurchschnittspreise für 1 Liter Vollmilch in der letzten Woche der Monate Mai bis Dezember zusammenstellt. Sie bringt Angaben von 56 bayrischen und 7 nicht-bayrischen süddeutschen Städten. Man kann nur den Wunsch aussprechen, daß diese Statistik fortgeführt wird, um das Material für eine Darstellung der Bewegung der Milchpreise für einen längeren Zeitraum zu beschaffen. Damit in Zusammenhang steht die Übersicht über die Milchversorgung Münchens im Jahr 1910. Sie gibt Auskunft über die Einfuhr, geteilt nach Staatsbahn, Isarthalbahn, Landstraße, die Ausfuhr und die Milchgewinnung im Stadtgebiet. Die *Entwicklung Münchens, vorgeführt in graphischen Darstellungen* veranschaulicht in 35 Diagrammen die Bevölkerungsvorgänge in München, die Vorgänge auf dem Bau- und Wohnungsmarkt, Schlachtungen, Biererzeugung und Verbrauch, Fleisch-, Brot-, Butterpreise, Entwicklung städtischer Anstalten wie Sparkasse, Leihanstalt, Arbeitsamt, Gasanstalt, Elektrizitätswerke usw. Die *berufliche Gliederung der Bevölkerung Münchens 1907*, 1. Teil, gibt eine allgemeine Darstellung der beruflichen Zusammensetzung der Münchener Bevölkerung. Sie beschränkt sich daher auf die Hauptberufsabteilungen und -gruppen, die in 4 Abschnitten nach Berufstellung, Alter und Familienstand, Religionsbekenntnis und Gebürtigkeit behandelt werden. Daran schließt sich ein Vergleich der Zählungsergebnisse von 1882, 1895 und 1907.

WISSENSCHAFT

Hygiene / Benno Chajes

Senator † Wieder hat der Tod einen der Großen auf dem Gebiet der Medizin dahingerafft. Im 77. Lebensjahr ist Hermann Senator an einer Herzlähmung verschieden. Sein Lebensgang war nicht der gewöhnliche eines deutschen Professors. Durch eigene Kraft hat er sich zu der Größe, die er auf seinem Wissensgebiet erlangt hat, emporgearbeitet. Eine Reihe von Jahren hat er als praktischer Arzt seinen Lebensunterhalt gefunden, und sich dann nicht durch Protektion sondern durch hervorragende wissenschaftliche Leistungen die Dozentur erworben. Seine Arbeiten über Fieber und Nierenkrankheiten haben seinen wissenschaftlichen Ruf begründet. Er wurde Leiter des *Augustahospitals* in

Berlin und übernahm darauf die Leitung der 3. medizinischen Klinik an der *Charité* in Berlin. Als Arzt und Konsiliarius war er unter den Ärzten ebenso beliebt wie als Lehrer bei seinen Schülern. Senator ist erst vor kurzer Zeit von seinem Amt als Leiter des Berliner poliklinischen Universitätsinstituts zurückgetreten. Obgleich er einer der bedeutendsten Internisten gewesen ist, war für ihn an einer deutschen Universität doch keine ordentliche Professur frei gewesen, weil er Jude war, und während bei der Besetzung der Ordinariate an der Berliner Universität in den letzten Jahren Männer berufen wurden, die in wissenschaftlicher Bedeutung weit unter Senator standen, wurde dieser geflissentlich übergangen.

× **Internationale Hygieneausstellung** Die internationale Ausstellung, die in diesem Sommer in Dresden stattfindet, umfaßt das gesamte Gebiet der Hygiene und wurde von allen Kulturvölkern beschiedt. Es ist natürlich unmöglich an dieser Stelle auch nur einen kurzen Abriss von dem überreichen Material, das dort zusammengetragen ist, zu geben. Sehen wir von der rein medizinisch-wissenschaftlichen Abteilung ab, die an sich schon ein ganzes Studium erfordert, um die dort enthaltenen Schätze würdigen zu können, so kann besonders der Sozialhygieniker wertvolle Anregungen schöpfen. So sei zum Beispiel die Abteilung der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung besonders hervorgehoben. Der vorzügliche Katalog dieser Sonderausstellung (bearbeitet von Dr. Klein) enthält eine Reihe von Tafeln, Kurven und Tabellen, die eine Fülle von Material bringen. Ebenso ist die statistische Abteilung hier zu erwähnen. Das gesamte Gebiet der Jugendfürsorge einschließlich der Säuglingsfürsorge findet ausgiebige Berücksichtigung, ebenso wie die Berufshygiene in umfassender Weise dargestellt wird; besonders wertvoll ist auch die spezielle Berufsstatistik. Endlich sei hier noch auf die populäre Abteilung, die Halle *Der Mensch* hingewiesen, die vielleicht und mit Recht die größte Anziehungskraft auf das Publikum ausübt und zweifellos durch eine geschickte und fesselnde, dabei leicht faßliche Darstellung der Anatomie und Physiologie des Menschen zum Nachdenken anregt und damit einen fruchtbaren Boden für die Forderungen der Hygiene vorbereitet. Daß die Ausstellungsleitung durch die bekannten Vorkommnisse bei der geplanten Einrichtung

einer Heimarbeitssonderausstellung mit der Masse der deutschen Arbeiterschaft in Konflikt getreten ist, ist in beiderseitigem Interesse zu bedauern. Trotzallem bringt die Ausstellung gerade für denjenigen, der die hygienische Förderung gerade der Arbeiterschaft im Auge hat, reiche Anregungen.

✕ **Schulgesund-** Auf der Tagung der Ver- ✕
heitspflege einigung des Deutschen Ver-
eins für Schulgesundheits-

pflege und der Schulärzte Deutschlands, die vom 5. bis zum 8. Juni in Dresden stattfand, bildete neben dem Referat Schulärzte an höheren Lehranstalten das Thema Krankheitsfürsorge für Schulkinder den Mittelpunkt der Verhandlungen. Die beiden Referenten, Poelchau-Charlottenburg und Thiele-Chemnitz, von denen der eine Schularzt im Nebenamt, der andere im Hauptamt ist, verlangten zunächst eine dauernde Überwachung der Schulkinder behufs Feststellung derjenigen, die eine ärztliche Behandlung oder eine Fürsorge bedürfen. Durch mündliche Aussprachen und durch schriftliche Mitteilungen, eventuell durch Vermittlung einer Schulschwester, soll ein enger Konnex zwischen Schularzt und Eltern hergestellt werden. Die Schulschwester soll besonders die Aufgabe haben die Durchführung der schulärztlichen Ratschläge, was die Einleitung einer ärztlichen Behandlung, Verordnung von Brillen etc. anlangt, zu unterstützen, eventuell die Inanspruchnahme der entsprechenden kommunalen und Wohlfahrtsinstitutionen anzubahnen. Die Bekämpfung der Unterernährung der Schuljugend ist ferner eine wichtige Aufgabe der Kommunen und muß durch entsprechende Schulspeisungen betätigt werden. Endlich soll durch die Schule eine Unterbringung der kränklichen Kinder in Ferienkolonien bewirkt, respektive eine Aufnahme in Waldschulen usw. ermöglicht werden. Übereinstimmend wurde von den Referenten das Fehlen der obligatorischen Familienversicherung in der neuen Reichsversicherungsordnung gerügt, da dadurch allein die wirksamste Krankenfürsorge für die Schulkinder ermöglicht werden kann.

Unter den 986 Schulärzten Englands sind 73 Frauen. In 6 Gemeinden nehmen die weiblichen Ärzte die leitende Stellung unter den Schulärzten ein. Ferner sind in den englischen Gemeinden 289 Schulschwestern zur weiteren Fürsorge für die bei der Untersuchung als leidend festgestellten Kinder angestellt.

Der ärztlichen Überwachung waren im Berichtsjahr in England und Wales 1 397 000 Schulkinder unterstellt.

✕ **KurzeChronik** Die Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene hat einen Preis von 600 Mark für die beste Arbeit über das Thema *Bringt materielles und soziales Aufsteigen den Familien Gefahren in rassehygienischer Beziehung?* ausgesetzt. Die Jury besteht aus den Herren Obermedizinalrat Dr. von Gruber, Professor Dr. Martius, Dr. Plötz und dem Vorstand der Berliner Gesellschaft. Ein anderes Preisausschreiben geht von der Frankfurter Wochenschrift *Die Umschau* aus. Es werden für die beste Beantwortung der Frage *Was kosten die schlechten Rasselemente den Staat und die Gesellschaft?* insgesamt 1200 Mark ausgesetzt. ✕ Vom 2. bis zum 7. Oktober findet in Dresden unter dem Vorsitz des Geheimrats Dr. Renk der 3. internationale Kongreß für Wohnungshygiene statt. ✕ Die holländische Zweite Kammer hat eine Abänderung des Arbeitergesetzes beschlossen. Die hauptsächlichsten neuen Bestimmungen betreffen das Verbot der Nacharbeit für Frauen — mit Ausnahme der in der Heringsindustrie beschäftigten — und das Verbot der Sonntagsarbeit für die gesetzlich geschützten Personen (mit Ausnahme der Blumenbinderinnen). Ferner ist eine 50-stündige Arbeitswoche für alle gesetzlich geschützten Personen festgelegt, ferner der freie Sonnabendnachmittag für die verheiratete Arbeiterin und alle sonstigen gesetzlich geschützten Personen, für letztere durch Verwaltungsbestimmungen.

✕ **Literatur** Das überaus inhaltsreiche ✕
kleine Werk *Schutzpockenimpfung und Impfgesetz* von Professor Dr. Martin Kirchner /Berlin, Schoetz/ bringt in objektiver Weise das gesamte Material, das in der Impffrage auf Grund der amtlichen Quellen vorliegt, zur Darstellung. Man kann sich an seiner Hand ein Urteil über die Wirkung der Schutzpockenimpfung auf die Bevölkerung Deutschlands bilden und aus den Tabellen die segensreiche Wirkung der Schutzpockenimpfung erkennen. Die von den Impfgegnern beliebten Übertreibungen der Gefahr der Impfung wird einwandfrei widerlegt, und nur ein Fanatiker kann nach dem Studium des Büchleins noch die direkt die Volksgesundheit bedrohende Agitation der Impfgegner billigen.

KUNST

Bühnenkunst / Hans Winand

Opernregie Auf den Bühnen herrscht Sommerruhe. Die Zeiten, da ehrgeizige Anwärter der Bühnenleitung den Sommer zum Manöverfeld wählten, um die Kunst zu retten, sind scheinbar dahin. Hie und da spielt man recht und kümmerlich im Sommer ein kleines Lustspiel oder eine altertümliche Posse. Die Retter der Literatur, die früher auf die Jagd nach Sommertalenten zogen, sind ausgestorben. Abgesehen von der Unkunst der Operette wagt nur die Oper, nur die Musik immer noch den Kampf gegen die sommerliche Theaterträgheit des Publikums. Dem Ton allein traut man noch die Macht zu an den Tagen der Sonnenstrahlen und der Schulferien Gläubige aus schattigen Lauben und blumenumkränzten Veranden in den Musentempel zu locken. Zeichendeuter mögen das als Symptom deuten und über den Niedergang des Wortdramas jammern. Man hat oft genug darüber geklagt, daß unsere besten Wortbühnen in Form und Wesen zur Oper streben; daß der Schrecken aller Schrecken, die Veroperung des Dramas, schon hörbar an die Pforten pocht. Es ist in Theaterdingen leicht und bequem Pessimist zu sein; jeder wackern Seele steht es wohl an über den Verfall der Bühnenkunst zu seufzen und Tage herbeizusehen, da ein verständiges Publikum in Scharen zur Literatur strömt.

Viel wichtiger mag es scheinen den eifervollen Lieferanten der Sommermusik auf die Finger zu schauen. Und was für sie gilt, gilt für unser ganzes Opernwesen. Nun, da der einzige Neuerer in der Trübsal unserer Operntheater nach Wien entführt wurde, wirft man gern den Theaterbesuchern vor, sie hätten Gregor nicht verstanden und ihn mit Recht verscherzt. Wie in allen solchen Urteilen steht auch hier Richtiges neben Falschem. Es ist müßig darüber zu diskutieren, ob Gregor zur Oper gegangen wäre, hätte Reinhardt nicht bereits auf der Wortbühne das Beste von Gregors Träumen zu verwirklichen gesucht. Gleichviel; Als dieser Mann moderne Regiegedanken in die Oper trug, beschränkt er in der Praxis unseres Musikdramas Neuland. Wir erlebten eine ganze Reihe von Auführungen, die schlechthin von einem Meister der Regiekunst stammten. Aber nun, da die erste sentimentale Wehmut

des Abschieds verfliegen, fragen wir uns fast erstaunt: Wie kommt es, daß unvergängliche Eindrücke kaum zurückblieben? Wie kommt es, daß in der Erinnerung nur Bilder fortleben, Bühnenbilder und Massenbewegungen? Die königliche Oper in Berlin ist gewiß eine fragwürdige Kunstmaschine, und sie wird immer fragwürdiger, je tiefer sie in den Wiesbadener Geschmack der neuen Ära hineingerät: Aber hin und wieder glückt es ihr doch uns musikalische Erlebnisse zu schenken. Es ist kein Zufall, daß dann im Erinnerungsbild das Orchester dominiert: nie die eigentliche Aufführung auf der Bühne. Aber es ist auch kein Zufall, daß der Begriff *Gregor* sich für uns mit Bühnenbildern verknüpft und niemals mit den Klängen eines Orchesters. Gregors Aufführung von *Pelleas und Melisande* wird in der Phantasie von Tausenden fortleben: Das war ein Höhepunkt künstlerischer Regie, eine so restlose und glückliche Problembewältigung wie sie Reinhardt — trotz ungleich größerer Summe der Arbeit — nur ganz selten zu verzeichnen hat. Und trotzdem ist für jeden, der — im Gegensatz zu Wagners Theorie — im Musikdrama an ein restloses Nebeneinander aller Faktoren nicht glauben will und den Ton, den Klang, die Musik über alles stellt, kein Grund zur Verwunderung darüber, daß Gregor scheiterte. Was er in klugen Worten oft sein Ziel nannte, ist ihm noch nicht geglückt. Es war sein Schicksal, daß in seiner Seele trotz bessern Wollens Bild, Farbe, Linie und der Mensch die Oberhand behielten. Wir erlebten wundervolle Inszenierungen und prächtige Darstellungen mit meist schlechter, oft erträglicher und bisweilen besserer Musik. Aber wir erlebten fast nie gute Musik mit einer guten Inszenierung. Das musikalischste der von ihm aufgeführten Werke, *Die verkaufte Braut*, bewies gerade, wie geringe Beziehung Gregor zur Musik hatte: Plumpe Kürzungen zerrissen die zarte und kräftige Anmut des musikalischen Baus, das Theaterparfüm zerstörte erbaumungslos den ländlichen Duft der musikalischen Poesie. Es ist begreiflich, daß Gregor sein Schwergewicht auf reine bühnentechnische Reformen legte: Dies ist die Stelle, wo unsere heutige Musikbühne nicht nur sterblich sondern fast schon gestorben ist. Gregor fühlte, daß er hier Wertvolles zu bieten hatte. Und dies sichere Gefühl für das Schöne, was er zu schenken hatte, ließ ihn vergessen, daß

schöne Fassaden allein schlecht zu bewohnen sind. Es ist müßig daran zu erinnern, mit welchen gewaltigen Schwierigkeiten bei den modernen Sängergagen ein privates Operntheater zu kämpfen hat, dem weder Staat noch ein gekrönter Mäzen jährlich ein Vermögen zuwenden. Die Würdigung dieser Hindernisse und die Anerkennung, wieviel ihnen trotzdem abgerungen wurde, gehört in das Kapitel von Hans Gregors Persönlichkeit und nicht in das unserer Opernkunst. Für sie bleibt das Fazit, daß Gregor durch seine unerschöpfliche und fruchtbare Arbeit den Beweis erbrachte, daß die Operschablone nicht Notwendigkeit ist. Und den Beweis dafür, daß die hohlen Traditionen der landläufigen Operaufführungen nicht in dem Wesen des Musikdramas begründet liegen sondern einzig in der Unfähigkeit der Operndirektoren.

Hätte Gregor es vermocht die musikalischen Leistungen seiner Oper auf die gleiche Höhe zu bringen wie seine Vorzüge als Regisseur: er hätte zweifellos jenes unzählbare Publikum gefunden, das zum musikalischen Drama ein innerlicheres Verhältnis hat als zum Wortdrama. Die weitaus größere Mehrzahl der Besucher der königlichen Oper sind entsetzt über den bühnlichen Teil vieler königlicher Aufführungen: doch wir richten immer wieder unsere Schritte zu diesem Theater, wenn wir gute Musik hören wollen. Gregor hat um sich nur die Schar jener zu vereinigen gewußt, die dem allmählichen Werden eines neuen Opernstils ein größeres Interesse entgegenbrachten als den Erschütterungen, die Glucks *Orpheus*, Beethovens *Fidelio* oder Mozarts *Don Juan* schenken.

Wie anspruchslos das Publikum der Bühnentechnischen Seite unseres Opernwesens gegenübersteht, kann man aus dem leichten Triumph sehen, den Hermann Gura im vorigen Jahr mit seiner Sommeroper erringen konnte. Man war so dankbar dafür statt der zweiten Besetzung des Opernhauses eine bessere von fremden Gästen zu hören, daß man willig einen geschickten und unternehmenden Organisator als Ideal eines Operndirektors pries und für ein Regietalend hielt. Wir haben inzwischen die Ernüchterung erlebt; und wissen auch, daß mit dem Fortgang Gregors zwar nicht eine Lücke gerissen ward, aber doch eine Hoffnung auf bessere Zeiten entschwand. Als Leiter der königlichen Oper wäre er an seinem Platz gewesen. Hier hätte er die

Synthese einer musikalisch erstklassigen und auch darstellerisch erstklassigen Operaufführung zu vollenden vermocht. Nun bleibt uns Morris mit seiner neuen *Kurfürstenoper*. Ob ihm die Verbindung der Musik mit der Bühne gelingt?

Daß Gregors Schaffen auch mittelbar im deutschen Opernwesen noch keine Spuren hinterlassen hat, daß die Führer der großen subventionierten Operntheater nicht diese Anregungen aufgreifen und fortführen: das ist nur ein Beweis, wie an vielen Stellen nicht die richtigen Männer stehen. Die Dresdener Aufführung des *Rosenkavaliers*, die Reinhardt inszeniert hat, hat gezeigt, welche Wirkungen eine Opernregie hervorbringen kann, wenn sie sich mit wirklicher Wiedergabe der Musik — mag diese selber gut oder weniger gut sein — verbindet. Nicht die blitzenden vergoldeten Wände brachten in Dresden diese Wirkung hervor, sondern das Streben die Beziehungen zwischen Mensch, Gebärde und Ton inniger zu gestalten und jede Bewegung aus der Musik emporwachsen zu lassen. Und hierin liegt wohl auch der Weg, den die Zukunft beschreiten muß. Er führt im Grund weitab von den Bahnen Wagners, der doch letzten Endes den dramatischen Inhalt über die Musik setzte und immer Wert darauf legte das Tempo der Musik dem Spiel des Sängers anzupassen. Erst kürzlich hat Mottl darüber, in seinen *Bayreuther Erinnerungen*, lehrreiche Einzelheiten verraten.

X

Kurze Chronik Im kommenden Dezember wird Max Reinhardt einen Wettstreit mit den Londoner Pantomimeregisseuren auf deren eigensten Gebieten wagen: Er will in London eine große Weihnachtspantomime inszenieren, zu der Humperdinck die Musik, Vollmoeller die Handlung schreibt, und bei der nach den Angaben englischer Blätter mehr als 2000 Menschen beschäftigt sein werden. X Im kommenden Winter wird Tilly Durieux, die aus dem Ensemble des *Deutschen Theaters* ausgetreten ist, in dem von den Direktoren Meinhardt und Bernauer übernommenen ehemaligen *Hebbeltheater* und heutigem *Modernen Theater* auftreten. X Zum Nachfolger des verstorbenen Felix Mottl am Münchener Hoftheater ist der bekannte Kölner Kapellmeister Lohse in Aussicht genommen. X Die junge Pariser Schauspielerin Geneviève Lantelme,

deren reifendes Talent einer großen Zukunft entgegenzustreben schien, ist bei einer Vergnügungsfahrt auf dem Rhein ums Leben gekommen.

× Literatur

× Auf dem Gebiet der Literatur über Theater scheint es immer mehr Mode zu werden aus alten Rezensionen neue Bücher zu machen. Das Verfahren wäre an sich nicht zu verurteilen, wenn die in Buchform herausgegebenen Aufsätze über den Eintagswert herauskämen. Fritz Jacobsohn hat ein Buch *Hans Gregors Komische Oper* /Berlin, Oesterheld/ erscheinen lassen. Es wäre eine dankenswerte Arbeit über das Wollen und Wirken Gregors einen literarischen Überblick zu schaffen. Der Autor hat es sich aber, vielleicht im Vertrauen auf die Aktualität des Themas, doch etwas leicht gemacht. Außer einer kurzen Einleitung besteht das Buch nur aus kompilierten Zeitungsrezensionen, die oft nur eine halbe Seite füllen und kein wirkliches Bild von Gregors Schaffen geben können. Das Buch über Gregors Berliner Wirksamkeit bleibt noch zu schreiben. Doch wird auch dieses Buch um der beigegebenen Abbildungen willen vielen eine schöne Erinnerung an Gregors Berliner Zeit bedeuten. × Der temperamentvolle Kritiker der *Täglichen Rundschau*, Karl Streckler, hat eine Broschüre herausgegeben, die ebenfalls vorwiegend aus bereits veröffentlichten Aufsätzen zu bestehen scheint, und in der Streckler über den Niedergang Berlins als Theaterstadt spricht (*Der Niedergang Berlins als Theaterstadt* /Berlin, Schwetschke). Das kleine Heftchen ist frisch und anschaulich geschrieben und erregt Sympathie durch die eifernde und trotzige Persönlichkeit, die aus den Zeilen spricht. Aber im übrigen wissen wir, daß noch zu allen Zeiten über den Niedergang der Theaterkunst geklagt worden ist, und daß es bei der nun einmal unvermeidlichen Verquickung von Kunst und Geschäft müßig ist die Theaterdirektoren dafür verantwortlich zu machen, daß oft schlechte Stücke dem Publikum besser gefallen als wertvollere. × *Das Deutsche Theater* gibt mit Beginn der kommenden Spielzeit eine wöchentlich erscheinende Zeitschrift heraus, betitelt *Die Blätter des Deutschen Theaters* /Berlin, Reiß/. Felix Hollaender und Arthur Kahane haben die Redaktion übernommen.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Buchkunst Die Entwicklung der neuen deutschen Buchkunst wird von einem Willen zur Gesundung beherrscht. Mit den Genrebildchen, die das *Prachtwerk* unserer Väter *zierten*, ist aufgeräumt worden. Die ornamentale Zeichnerei, hervorgehoben durch Walter Cranes Ruf nach einer dekorativen Illustration, ist eine kurzlebige Episode geblieben. Das Typographische, das Gestalten des Buches aus der Schrift, dem Druck, dem Satz, dem Papier und einem gepflegten Einbandmaterial hat sich gegen alle äußerlichen Schmuckzutaten durchgesetzt. Durch eine Sachlichkeit, die in ihrer Konsequenz bisweilen etwas Packendes hat, scheinen die Forderungen eines Morris erfüllt, der da behauptet, »daß ein ganz schmuckloses Buch schön sein kann, wenn es, sozusagen, architektonisch gut ist«. »Nun laßt uns sehen«, schreibt er weiter, »was diese architektonische Anordnung von uns verlangt. Erstens, die Seiten müssen klar und leicht lesbar sein, was kaum geschehen kann, wenn nicht, zweitens, die Typen gut gezeichnet sind; oder drittens, ob die Ränder breit oder schmal seien, so müssen sie im richtigen Verhältnis in den Kolumnen stehen . . . Die Ornamente müssen in dem selben Maß wie die Typen selbst einen eigentlichen Bestandteil der Seiten ausmachen, und um ornamental zu wirken, müssen sie sich gewissen Beschränkungen unterwerfen und architektonisch werden.« Etwas von diesem architektonischen Geist, dem Morris lediglich durch ein paar kostbare Luxusdrucke zustreben konnte, hat sich in unserm Buchgewerbe durchgesetzt. Künstler, Verleger, Drucker, Kalligraphen, Typengießer und Setzer haben sich zu Leistungen zusammengefunden, deren Schwerpunkt in einer handwerklichen Gediegenheit liegt. Man braucht nur an die neueren Erscheinungen des *Inselverlags*, von Eugen Diederichs, Schaffstein, S. Fischer, Paul Cassirer oder Zeitler zu erinnern, um dieses Niveau zu kennzeichnen. Wenn jetzt der neu begründete *Verein deutscher Buchgewerbetünstler*, der den Ehrgeiz hat in sich die künstlerischen Kräfte zu vereinigen, die sich an dieser Entwicklung bewährt haben, mit einer ersten Ausstellung vor die Öffentlichkeit trat, so war eine Überschau ohne weiteres zu erwarten. Es kam nur

darauf an, mit wie viel Geschicklichkeit die Jury das Gleichgültige auszuschalten verstand. Es ist ihr, wie man zugestehen muß, gelungen einen gut orientierenden Überblick über das Erreichte zu geben. Man verspürt da den Triumph des Handwerklichen, erkennt, wie diejenigen unter den Künstlern, die in die Werkstätten, in die Gießereien oder Druckereien einzudringen vermochten, zu immer klareren Lösungen gelangen. Ehmcke, der so überlegt formt, ist vielleicht das beste Beispiel für diesen Typus. Auch Behrens, Hupp, Koch, der italisierende Tiemann und Kleukens sind hier zu ihrer Sicherheit gelangt, wohingegen die Schmuckzeichner auf toten Geleisen stranden. Sattler scheint sich in seinem allzu engen Zirkel festgebissen zu haben, Vogelers nachgeborenes Präraphaelitentum ist immer dünnblütiger geworden, Marcus Behmer mag — wie bei einer Ausgabe des *Westöstlichen Diwans* — durch das hohe Maß seiner Kultiviertheit über sein Anempfindertum hinwegblenden, ganz zu schweigen von Orlik, Christophe und anderen Gelegenheitsdekorateuren. Mit einigem Interesse mag man von einer neu auftauchenden Gruppe illustrativer Geister Kenntnis nehmen; von ihnen ist nur Slevogt ein Gestalter, der moderne Phantasie mit einer waschecht modernen Handschrift hinschmettert. So gediegen eine solche Übersicht auch sein mag, erscheint sie doch für eine Vereinigung, die an sich einen so hohen künstlerischen Maßstab gelegt sehen möchte, einigermaßen bescheiden. Von einer Künstlervereinigung erwartet man neue Anregungen, weitere Entwicklungsmöglichkeiten, Zukunftsperspektiven. Und da ist es doch bezeichnend, daß der Interessanteste unter all diesen Künstlergeistern Thomas Theodor Heine ist, der seine Werke doch schon vor 10 Jahren gegeben hat. Und es erscheint beinahe als ein Symptom, daß ein Künstler wie E. R. Weiß, der in seinen Anfängen zu so prachtvollen Lösungen gelangte, aus Angst vor der Wiederholung oder der Erschöpfung bei dem nachbiedermeierlichen Buchtyp Anleihen macht, der mit seinen Kränzchen, seinem dünnen und weit auseinandergesperrten Titelsatz, mit dem scheinbar aufgeklebten Rückenschildchen der Vorläufer für die Zeit der schümmsten Entartung gewesen ist. Hauptmanns *Emanuel Quint* hätte auf diese Art vor 60 Jahren auch herausgebracht werden können. Dieser Band, der nur

herausgegriffen wurde, weil an ihm aufs deutlichste zu erkennen ist, wohin es führen muß, wenn die Künstler sich begnügen auf bequeme Weise Varianten zu ersinnen, deutet vielleicht die Entwicklung an, die ein paar Modemacher der Buchkunst geben möchten. Eine Entwicklung, die allerdings alles, was bis jetzt erreicht ist, vernichten würde.

× **Buchbinderei** Die Buchbinderei ist in dieser Ausstellung ziemlich spärlich vertreten. Abgesehen von ein paar netten Bändchen, die zwei Münchener Damen, M. v. Kranz und L. Lange gefertigt, von einigen nicht ganz gelungenen Prachtbänden des sonst recht schätzenswerten Leipzigers Carl Sonntag junior ist es nur der Hamburger Franz Weiße, der mit seinen Schülern beweist, daß es auch bei uns Ansätze zu einer modernen und geschmackvollen Buchbinderkunst gibt. Diese schwache Vertretung ist nicht weiter erstaunlich, wenn man bedenkt, daß die Jury ihre Auswahl sorgfältig getroffen hat, und daß es eben unter unseren sogenannten *Kunstabbindern* nur ganz wenige gibt, die vor einer ernsthaften Kritik bestehen können. Man sollte meinen, daß die Buchbinder alles daran setzten einen nützlichen Gebrauchsband zu fertigen. Allein statt hier sich einer klaren Sachlichkeit zu unterwerfen, ein haltbares Material ohne überflüssigen Dekor wirken zu lassen, einen Titel wagemutig in guter Type auf das Leder zu pressen, den Rücken für die Einreihung in das Bücherregal einzurichten und darauf Bedacht zu nehmen, daß das Buch beim Hinlegen nicht zuklappt, benutzen sie die Möglichkeit den Schmucktrieb ein bißchen auszutollen. Die meisten Bücherfreunde berichten von den langwierigen Kämpfen, die sie mit ihrem Buchbinder auszufechten hatten, bis er sich zu einer natürlichen Zweckmäßigkeit zu bequemen beliebte. Daher die wachsende Vorliebe für den Verlegereinband. Nachdem die neuen Kunstgewerbebestrebungen ihn von dem geschmacks- und materialwidrigen Talmi befreit hatten, nachdem man dazu überging statt der Lederimitationen Leinen, *Art Linen*, den ordentlichen Pappdeckel, Tunk- und Kleisterpapierüberzüge oder wirkliches Leder zu nehmen, haben sich die rührigen Verleger von tüchtigen Künstlern Entwürfe fertigen lassen, die nicht selten in gutem vornehmen Ma-

terial und exakter Arbeit ausgeführt worden sind. Allein auf der doch nicht allzu umfangreichen Ausstellung im Kunstgewerbemuseum habe ich mir folgende tadellose Exemplare notiert: Tiemann: *Huch *Fra Celeste* und Shakespeare *Sonnets** (Rowohlt), Kleukens: *Das Buch Esther* (Inselverlag), Ehmcke: *Boccaccio *Leben Dantes* und Semerau *Condottieri** (Diederichs), Koch: *Die Legenden des heiligen Franziskus* (Diederichs), Weiß: Wassermann *Die Schwestern* (S. Fischer) und die ganze Reihe der Schaffsteinbücher. Außerdem könnte ich noch ein paar Dutzend Werke von Diederichs und aus den Katalogen des *Inselverlags* mehr als die Hälfte der neuen Erscheinungen hierhersetzen. Was einem in solchen Massenbänden, die leider noch nicht die Regel bilden, geboten wird, ist ein einfaches, aber brauchbares Gewand, anständig und angenehm wie ein moderner Herrenanzug.

Das Beste ist freilich schon, daß der Bücherliebhaber selber etwas davon versteht, wie ein Buch zweckmäßig, schön und einfach zu binden ist, und daß er nach eigenen Angaben sich die Bände herstellen läßt. Denn nur er allein kann schließlich wissen, was ihm das eine oder andere Buch ist, wie er es daher auch gern äußerlich sehen möchte. Auch kann er allein nur berücksichtigen, neben welchen Büchern der Band in seiner Bibliothek stehen wird, so daß er zugleich das Buch als Einzelercheinung wie auch als Teil einer Gesamtheit für sich gestalten kann. Die Bücher sind etwas Individuelles: nicht nur für den, der sie geschaffen, sondern auch für den, der sie nachschaffend aufzunehmen imstande ist. Und daher trägt eine Bibliothek in ihrem Äußern, wenn sich der Besitzer darum kümmert, ganz von selber und ohne Künstlerlei auch einen Teil seines eigenen Wesens. Daher können auch die Buchbinderphantasieen dem, der seine Bücher wirklich liebt, gar nichts sagen, und er wird die Einfachheit, die aus ihm selber herauskommt — und die gerade darum auch dem Sinn des modernen Kunstgewerbes entspricht —, dem fremden Geschmack stets vorziehen.

✕ **Deutscher Werkbund** Der *Werkbund* gab wieder ein Zeichen seiner Existenz durch die 3. Jahresversammlung, die Anfang Juni in Dresden stattfand. Nennenswerte neue Unternehmungen sind nicht in Angriff genom-

men worden; der Bund erblickt ja seinen eigentlichen Zweck in der Schaffung von Verbindungsmöglichkeiten zwischen Baumeistern, Kunstgewerblern und den Fabrikanten, die durch ihre Produktion dem Qualitätsgedanken dienen wollen. Daher hat er auch weniger den künstlerischen Problemen als den Fragen nach der Geschmackserziehung der Massen, der Organisation des Absatzes und der Heranbildung des Nachwuchses seine Aufmerksamkeit zu widmen. Einig war man sich in der Verdammung der Architektenerziehung an den technischen Hochschulen. Dieser allgemeine Unwille verdichtete sich zu der agitatorisch sehr brauchbaren Wendung, daß diese Anstalten ihren Ehrgeiz darin sähen Räte 4. statt Baumeister 1. Klasse heranzubilden. Die angekündigte ästhetische Disputation, an der Männer wie Cornelius Gurlitt, Theodor Fischer, K. E. Osthaus und andere teilnahmen, hätte sich leicht zu theoretischen Reflexionen ausspinnen können, wenn Muthesius mit seinem Referat über die gegenwärtige Lage nicht zu einer Auseinandersetzung mit den Strömungen herausgefordert hätte, die immer mehr die weitere Entwicklung bedrohen. Muthesius wandte sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen die krampfhaften Zierversuche jener Leute, die er *Spaßmacher* und *Variétékünstler* nannte. Das schlechte Rokoko von 1850 sei eine ernste Gefahr, der mit allen Mitteln zu begegnen wäre. Mit einer nicht gerade glücklichen Wendung gegen den Impressionismus erwartet er das Heil vom architektonischen Geist. Das eigentlich künstlerische Problem der architektonischen Form sei bislang vernachlässigt worden.

✕ **Chromoskop** Auf dieser *Werkbundtagung* führte auch Dr. Leo Arons das von ihm erfundene Chromoskop vor, das die Möglichkeit bietet jede Farbnuance durch ein bestimmtes Zahlenverhältnis festzulegen. Das Prinzip des Apparats — über den ja bereits hier in der Rubrik *Naturwissenschaften* (1911, 1. Band, pag. 75 ff.) berichtet worden ist — läßt sich kurz etwa folgendermaßen zusammenfassen: Der Kalkspat hat die Eigenschaft das Licht in 2 Strahlen zu zerlegen. Bei Verwendung eines Nicolschen Prismas wird der eine dieser Strahlen beseitigt. Nach dem Durchgang hat er aber nur noch halbe Helligkeit. Beim Passieren eines zweiten Nicol kann durch Drehen ein Helligkeits-

wechsel von voller Helligkeit bis zum Schwarz erreicht werden. Eingeschaltet zwischen diese beiden Nicols wird eine Quarzplatte, die die Eigenschaft hat die Schwingungslinie des durchgehenden Lichtes aus ihrer Lage zu drehen, und zwar für Licht von verschiedener Wellenlänge verschieden. Läßt man also weißes Licht durch zwei Nicolsche Prismen und eine dazwischen aufgestellte Quarzplatte von bestimmter Dicke gehen, so erblickt man eine bestimmte Farbe, die durch 2 Zahlen, nämlich die Neigungswinkel zwischen den Nicolschen Prismen, festgelegt ist. Durch Drehung innerhalb 180° läßt sich jeder beliebige Farbton herstellen, und jeder ergibt ein neues Ziffernverhältnis. Durch ein weiteres Ansatzrohr kann jede beliebige zu untersuchende Farbe durch Deckung mit der gleichen Nuance ziffernmäßig festgestellt werden, und zwar entstehen diese Farben — im Gegensatz zu den Spektralfarben — wie in der uns umgebenden Natur durch verschiedenartige Absorption des weißen Lichts. Für das Kunstgewerbe kann der Apparat von Bedeutung werden durch die absolute ziffernmäßige Festlegung jeder Nuance, durch die Möglichkeit sie immer und überall wieder herzustellen. Das Gefühlsmäßige, auf das man sich bisher verlassen mußte, wird durch Zahlen ersetzt, die für jedes normale Auge gleichbleiben. Man könnte sich also vorstellen, daß man bei irgendeiner Auftragserteilung dem Fabrikanten, dem Händler oder dem ausführenden Handwerker statt einer Farbprobe die Chromoskopziffern angäbe. Die für gewerbliche Zwecke wichtige Differenzierung nach Strukturen scheint der Apparat ebenfalls zu erfassen. Außerdem könnte man durch ein umgekehrtes Verfahren eine durch das Chromoskop bestimmte Farbe wieder in Wasserfarbe zurück übertragen. Das Entscheidende für alle Verwendungsmöglichkeiten liegt jedenfalls in der zahlenmäßigen Festlegung der auf diese Weise bisher unfaßbaren Farbnuancen.

× **Kurze Chronik** ×
 Nachdem der Bismarck-ausschuß jetzt die von der Jury preisgekrönten Künstler zu einem nochmaligen Wettbewerb aufgefordert hat, setzt eine heftige Propaganda zur Erweiterung des Niederwalddenkmals ein. Die wirklichen Kunstfreunde mögen aus dieser Sammlerei den Vorteil haben, daß die eine

Kollekte die andere totmacht, und die Rheinufer nicht weiter verunstaltet werden. × Der Wiener Architekt Otto Wagner, der als 50jähriger einen radikalen Strich unter sein Schaffen setzte, um sich wie einer der Jüngsten zur Moderne zu bekehren, dessen Schulung wir feinfühligte Geister wie Olbrich und Josef Hoffmann verdanken, beging am 13. Juni den 70. Geburtstag. Ein 70jähriger, der in Wien noch immer um eine Wirkungsmöglichkeit kämpfen muß.

× **Literatur** ×
 In der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* ist von K.

Spieß ein Bändchen *Die deutschen Volkstrachten* erschienen. Spieß gelangt zu dem Ergebnis, daß die Volkstracht als eine Mode anzusehen sei, die im Rückstand geblieben ist. Was in der höfischen oder städtischen Gesellschaft einmal modern gewesen ist, sickert zur Landbevölkerung durch und bleibt da noch Jahrhunderte lang als Tracht erhalten. Sie verschwindet mit der Aufnahme einer neuen städtischen Mode, weshalb Spieß auch die Bemühungen gewisser Gesellschaftsschichten zur künstlichen Weiterhaltung verschwindender Trachten als aussichtslos und dilatorisch abweist. Statt dessen empfiehlt er örtliche Trachtenmuseen und genaue Schilderungen, wie er sie selbst in einem leichtfaßlichen Überblick bietet. × Da alles Kunstgewerbe seine wirtschaftliche Seite hat, die für mancherlei Gestaltungen überhaupt entscheidend wurde, geben Untersuchungen, wie die des Plauener Handelskammersekretärs B. Dietrich über *Kleinasiatische Stickereien* (Plauen, Selbstverlag) gewichtige Aufschlüsse, auch ästhetischer Art. Die kleinasiatische Stickerei, die in früheren Zeiten so hervorragende Werte aufzuweisen hatte, ist ein Opfer des in den Orient einbrechenden Kapitalismus geworden. Die europäischen Aufkäufer, die nach Konstantinopel oder Brussa reisen, bestimmen die Muster, die Arbeitsmaterialien und durch ihre niedrigen Gebote die geringwertige Arbeit der schlecht entlohnten Stickerinnen. Das Ergebnis sind Arbeiten, die durch ein paar äußerliche Zutaten, wie Schriftzeichen, Halbmonde und dergleichen, den Schein des Asiatischen erwecken sollen, an denen, um Material zu ersparen, Techniken bevorzugt werden, die im Gegensatz zu den älteren Arbeiten auf Vereinfachung und

Verbilligung ausgehen. Den einzigen Halt gegenüber dieser Verwüstung bietet der Koran, der den türkischen Frauen untersagt Arbeiten zu Erwerbszwecken auszuführen. Dieser Koran, der durch sein Bilderverbot die reiche Ornamentik der Orientalen erst veranlaßt hat, erweist sich als Erhalter einer alten Volkskunst.

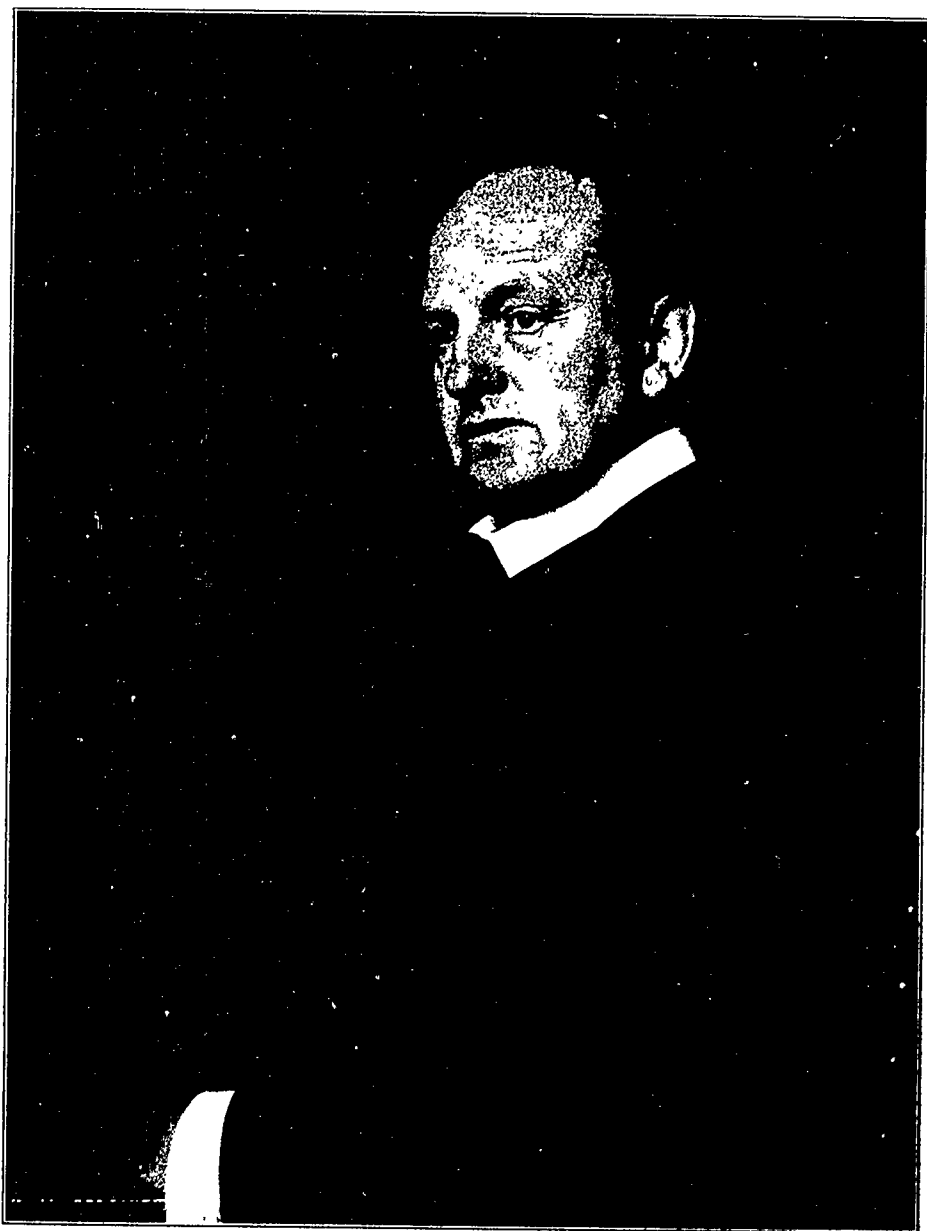
DIVERSA

Neuerscheinungen

Frobenius: Seit Monaten laufen durch *Auf dem Wege nach Atlantis* die Tagespresse allerhand Notizen über die Entdeckung Leo Frobenius', der in Nordwestafrika auf Kulturtrümmer gestoßen ist, die es ihm zur Gewißheit machten, daß er auf heiligem Boden stehe, daß er die Poseidoninsel Atlantis und die Stadt mit den goldenen Mauern wiedergefunden habe, von der schon Plato als von einer längst verschwundenen Herrlichkeit berichtet. Daß es sich bei dieser Entdeckung nicht um eine Insel handelt, wie die Griechen annahmen, ist weiter nicht verwunderlich, da man weiß, wie manche Insel früherer Zeiten sich durch unsere exakte Forschung als Stück eines Kontinents entpuppte. Seit Schliemann die Überreste Trojas entdeckte, das auch in den klügsten Köpfen nur für ein Gebilde der Dichterphantasie galt, ist man vorsichtiger im Verurteilen unwahrscheinlich scheinender Entdeckungen. Und wenn auch die Kunde von Frobenius' Fund vielfach auf Zweifel und Widerspruch stößt, so geben doch auch anerkannte Wissenschaftler zu, daß gerade Naturen wie Frobenius, scharfe Draufgänger mit starker Intuition, oft durch Geistesblitze mit einem Schlag ganze Strecken erhellen, die der minutiös arbeitende Verstand der zünftigen Gelehrten allein nur sehr viel langsamer und weit weniger plastisch herauszugestalten vermag. Freilich läßt es Frobenius nicht etwa an streng wissenschaftlicher Arbeit fehlen, und deren Ergebnisse sind an zuständiger Stelle eingereicht. Das vorliegende Buch aber (*Auf dem Wege nach Atlantis* / Berlin, Vita!) soll nicht Gelehrte überzeugen sondern ein großes Publikum anregen und mit den allgemeinen für die Gesamtkultur wichtigen Richtlinien vertraut machen, die den innerlichen Wert solcher Expeditionen ausmachen. Daß dieses Buch nicht nur in der bekannten

lebendigen Weise, die Frobenius eigen ist, Sitten und Gebräuche fremder Völker der Gegenwart schildert sondern uns auch auf den geheimnisvollen Wegen mitzuführen sucht, die von der Gegenwart in eine wundervolle Vergangenheit leiten, gibt ihm noch einen eigenen Reiz. Man fühlt ordentlich die Ungeduld und das Forscherfieber, das den Führer beseelt, das ihn alle Strapazen überwinden läßt und die Sehnsucht nach der Heimat und seinen Freunden übertäubt. Er will immer neue Beweise herbeibringen, er will zeigen, daß er nicht nur einen Glauben sondern auch ein Schauen der Welt zu geben hat. Es ist nur begreiflich, daß die Begleiter der Expedition oft nicht verstehen; daß ihr Führer an unscheinbaren Punkten so hartnäckig einhackt, daß er sich für Spuren interessiert, von denen kaum noch ein Hauch vorhanden ist, mehr als für die prächtigsten gegenwärtigen Schätze. Schade nur, daß das Bildermaterial nicht einwandfrei ist; die Photographieen sind zu unscharf, die Zeichnungen des begleitenden Künstlers nicht charakteristisch genug. Das Buch — das übrigens vom Verlag schön und gediegen ausgestattet ist — wirkt wie ein wundersamer Blumenstrauß, auf einem weiten Gang gesammelt: Der Laie freut sich darüber, der Botaniker aber sucht sich die seltenen Exemplare heraus, die ihm zu neuen, tiefen Naturgeheimnissen die Wege weisen.

Vor vielen Jahren saß Frobenius als blasser, sensitiver junger Mensch in unserer Stube, und oft zerbrachen wir uns den Kopf, was aus dieser Persönlichkeit, in der die seltsamsten Gaben kunterbunt und überreich beisammen lagen, einst wohl werden würde. Wir waren älter als er und lächelten wohl leise über seine *Lust zum Fabulieren*, über die *Waffen-sammlung wilder Völker*, mit der er sein Zimmer schmückte, obschon er noch kaum je von Berlin weggekommen war. Berlin, das zersetzende und ewig wiederbauende, ließ uns aus einander gleiten; wir hörten nicht mehr von seinen Träumen und Wünschen, wie es die Freundschaft tut, sondern von Taten, Reisen, Forschungen, erfolgreichen Büchern. Hat er nun wirklich Atlantis gefunden? Hat ihn seine Phantasie zu einer Wahrheit geführt, die hoch, hoch über unseren Köpfen steht? Dann ist eben er der Weise und kann leise lächelnd den Kopf schütteln: über uns, die wir zweifelten, weil wir älter waren. IDA HÄNY-LUX



GERHART HAUPTMANN / NACH EINER
AUFNAHME AUS DEM JAHRE 1909